

Wahlprogramm  
zur Kommunalwahl '26  
in Frankfurt am Main

Volt

Politik, die  
funktioniert

# Warum es Volt in Frankfurt braucht

## Vorwort

Aus einer europäischen Bewegung heraus hat sich Volt Europa als paneuropäische Partei gegründet, um gemeinsam die Zukunft Europas grenzüberschreitend zu gestalten. Viele Herausforderungen unserer Zeit können wir effektiver und gezielter meistern, wenn wir als Gemeinschaft mit dem Ziel eines vereinten Europas denken und handeln.

Weltweit erstarken populistische Kräfte und vielerorts ist ein Trend zur Isolation statt zur Kooperation erkennbar. Die Sorge vor Krieg, Wirtschaftskrisen und Klimawandel bewegt nicht nur Europa, Deutschland und Hessen; sie bewegen uns auch in Frankfurt am Main. Genau an dieser Stelle setzt sich Volt für eine konstruktive und progressive Politik ein. Wir sind proeuropäisch, weil wir die Vorteile, die Notwendigkeit und die großen Errungenschaften des Projekts Europäische Union und deren Zusammenarbeit erkennen und fördern wollen. Wir arbeiten mit Freiwilligen aus ganz Europa an Ideen für eine nachhaltige und gerechte Gesellschaft. Nur gemeinsam und auf allen politischen Ebenen kann es uns gelingen, nationale Egoismen und nationalistische Bestrebungen zu überwinden.

Volt Europa ist die erste paneuropäische Partei. Wir sind in fast allen Ländern Europas aktiv und verfolgen überall dieselben übergeordneten Ziele. Seit 2019 sind wir im Europäischen Parlament vertreten, seit der Europawahl 2024 sogar mit fünf Abgeordneten aus zwei Ländern; Frank-

furt hat uns dabei mit über 17.000 Stimmen unterstützt. Volt Frankfurt ist 2021 zum ersten Mal zur Kommunalwahl angetreten und hat mit über 10 Mandaten in verschiedenen Gremien den Einstieg in die Stadtpolitik geschafft. Wir haben in der Stadtverordnetenversammlung, in vier Ortsbeiräten und der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung gewirkt und wurden Teil der Regierungskoalition, die seit 2021 in Frankfurt am Main regiert.

Seitdem haben wir uns als aktiver Teil einer progressiven Mehrheit an wichtigen Entscheidungen beteiligt und so die Zukunft Frankfurts gestaltet. Trotz der kleinen Fraktionsstärke in der Stadtregierung haben wir uns als verlässlicher Partner behauptet und uns pragmatisch für sinnvolle Kompromisse eingesetzt. Mit der Besetzung des Dezernats V konnten wir auch neue Entwicklungen und Herangehensweisen im Bereich der Digi-

talisierung und Bürger\*innenbeteiligung einführen. Gerade im Hinblick auf die großen Herausforderungen, vor denen Frankfurt steht, wollen wir diese Arbeit im Sinne einer modernen, europäischen Metropole weiterführen.

Volt steht in Europa und in Frankfurt für eine lösungsorientierte, pragmatische und zukunftsgerichtete Politik. Wir begreifen uns als Teil der europäischen Gemeinschaft, die auf der Basis unserer gemeinsamen Werte an einer lebenswerten Zukunft arbeitet. Wir werden die Politik in Frankfurt europäischer gestalten und die Art und Weise, wie Politik gemacht wird, neu denken und weiterentwickeln.

Für ein Frankfurt, das **Funktioniert**.



# Die größten Herausforderungen und unsere Lösungen

Volt geht die dringendsten Probleme unserer Stadt direkt an – von Wohnen über Mobilität bis zu Klima und sozialer Gerechtigkeit. Die gute Nachricht: Für die meisten Probleme gibt es bereits Lösungen. Unsere europäische Nachbarschaft macht es uns vor. Wir müssen nur hinschauen – und hinhören! Denn die größten Herausforderungen und unsere Lösungsansätze darauf haben wir in einer kurzen Podcast-Reihe „Volt funktioniert“ gemeinsame mit unseren Spitzenkandidierenden aufbereitet. Einfach den QR-Code scannen oder auf die Episode klicken.

	<b>Episode 1: Was wird überhaupt gewählt?</b>	Episode 1 .mp3 7,3MB 05:09min
Episode 2 .mp3 16,1MB 11:24min	<b>Episode 2: Teure Mieten, wenig Wohnraum, alte Konzepte</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>› Wie <u>Nachverdichtung</u> und <u>weniger Leerstand</u> die Mieten drücken</li> <li>› Warum <u>„Superblocks“</u> die Stadtviertel der Zukunft sind</li> <li>› Wie <u>innovative ÖPNV-Konzepte</u> den Stadtrand ins Zentrum holen</li> <li>› Wie wir <u>sozialen Wohnraum</u> nach Frankfurt holen</li> </ul>	
	<b>Episode 3: Bahnhofsviertel, Obdachlosigkeit, Drogen</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>› Wie <u>„Housing-First“</u> die Obdachlosigkeit reduziert</li> <li>› Warum <u>„Drug-Checking“</u> unnötige Rettungseinsätze verhindert</li> <li>› Wie <u>Mikrohandel</u> und <u>Rauchplätze</u> den Drogenkonsum von den Straßen des Bahnhofsviertels bekommen</li> </ul>	Episode 3 .mp3 22,7MB 16:08min
Episode 4 .mp3 22,9MB 19:33min	<b>Episode 4: Stau, Stress, Schmutz</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>› Wie <u>cleveres Verkehrsmanagement</u> schneller A und B verbindet</li> <li>› Warum <u>smartes Ampeln</u> ÖPNV, Rad- und Fußverkehr besser machen</li> <li>› Wie „<u>geschützte Kreisverkehre</u>“ und „<u>All-Ride“-Phasen</u> Ärger vermeiden</li> </ul>	
	<b>Episode 5: Hitze, Beton, Starkregen</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>› Wie wir mit der „<u>3-30-300-Regel</u>“ mehr Grünflächen bekommen</li> <li>› Warum <u>unversiegelte Flächen</u> vor Überschwemmungen schützen</li> <li>› Wie <u>fliegende Gärten</u> und <u>„Miyawaki-Wälder“</u> die Stadt abkühlen</li> </ul>	Episode 5 .mp3 22,7MB 16:05min
Episode 6 .mp3 9,4MB 6:39min	<b>Episode 6: Verwaltung, Modem, Faxgerät</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>› Wie die <u>„Frankfurt App“</u> alle Dienstleistungen der Stadt bündeln soll</li> <li>› Wie <u>digitale Lösungen</u> den <u>Fachkräftemangel der Verwaltung</u> bekämpfen</li> <li>› Warum <u>Open Data</u> und <u>Transparenz</u> letztlich allen nutzen</li> </ul>	
	<b>Episode 7: Armut, Alltag, Ausgrenzung</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>› Wie das <u>„Triester Modell“</u> <u>psychische Gesundheit</u> und <u>Teilhabe</u> fördert</li> <li>› Warum junge Geflüchtete <u>Beratung, Schutz und Sprachkurse</u> brauchen</li> <li>› Warum <u>kommunale Ausschreibungen</u> an soziale Kriterien gekoppelt werden sollten</li> </ul>	Episode 7 .mp3 21,2MB 15:03min
Episode 8 .mp3 23,1MB 16:23min	<b>Episode 8: Wirtschaft, Finanzen, Wachstum</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>› Welchen Einfluss <u>Nachhaltigkeit</u> und <u>Transparenz</u> in der Wirtschaft hat</li> <li>› Welche Rolle Start-Ups in einer <u>innovativen Wirtschaft</u> spielen</li> <li>› Wie „<u>Zero-Based-Budgeting</u>“ und <u>CO2-Budgets</u> wirken</li> <li>› Wie wieder Perspektiven und Chancen ins Handwerk kommen</li> </ul>	

# Inhalt

<b>Vorwort</b>	<b>2</b>	<b>Inklusion</b>	<b>30</b>
		Kinder- und Jugendförderung	30
		Menschen im fortgeschrittenen Alter	31
		Barrierefreiheit	32
		Integration von Geflüchteten	33
		Newcomer and Expats	34
<b>Kapitel 1: Smart State</b>	<b>5</b>	<b>Exklusion</b>	<b>35</b>
<b>Digitalisierung</b>	<b>6</b>	Rassismus	35
Digitaler Zugang zur Stadt	6	LGBTQIA+	35
Smart City und Open Data	7	Antisemitismus	36
Digitalisierung der Stadt	8	Intersektionale Diskriminierung	36
<b>Stadtverwaltung</b>	<b>9</b>	<b>Kapitel 4: Global Balance</b>	<b>37</b>
Arbeiten für Frankfurt	9	<b>Umwelt</b>	<b>38</b>
Kommunale Haushaltsreform	10	Klimawandel	38
Haushalt für Frankfurt	11	Klimaschonender Strom	40
<b>Bildung</b>	<b>12</b>	Nachhaltige Wärmequellen	41
Bildungsbau	12	Sauberkeit und Müll	42
Bildungsupdate	13	<b>Mobilität</b>	<b>43</b>
Europäische Schule	13	Superblocks	43
<b>Gesundheit</b>	<b>14</b>	Fußverkehr	44
Ernährungspolitik	14	Fahrradstadt	45
Digitale Gesundheitsversorgung	15	ÖPNV	46
Frankfurter Weg	15	Autoverkehr	47
Psychische Gesundheit	16	E-Auto-Ladeinfrastruktur	48
Hebammenversorgung	17	Stellplatzsatzung	49
<b>Sicherheit</b>	<b>18</b>	<b>Kapitel 5: Citizen Empowerment</b>	<b>50</b>
Lebenswerte Stadt	18	<b>Teilhabe</b>	<b>51</b>
Schutzplätze	19	Politische Teilhabe	51
Krisenvorsorge	19	Teilhabe von Kindern und Jugendlichen	52
<b>Kapitel 2: Economic Renaissance</b>	<b>20</b>	Partizipativer Haushalt	53
Sozial gerechte Wirtschaft	21	Quartiersmanagement	53
Nachhaltige Wirtschaft	21	Öffentliche Gremien	54
Innovation in der Wirtschaft	22	<b>Kultur</b>	<b>55</b>
Handwerk und Ausbildung	23	Frankfurts Kulturszene	55
Tourismus und Events	24	Erinnerungskultur	55
<b>Kapitel 3: Social Equality</b>	<b>25</b>	Kulturförderung	56
<b>Leben in Frankfurt</b>	<b>26</b>	Kulturbau	56
Öffentlicher Raum	26	<b>Kapitel 6: Europa und International</b>	<b>57</b>
Hunde in Frankfurt	26	Europastadt	58
Bauen und Wohnen	27	Weltstadt	59
Lebendige Innenstadt	28		
Bahnhofsviertel	28		
Obdachlosigkeit und Housing First	29		

# Wenn die Stadt ihren Job macht

## Kapitel 1: Smart State

Bildung und Digitalisierung sind die Schlüsselemente für ein funktionierendes und lebenswertes 21. Jahrhundert. Dies setzt die Bereitstellung effektiver und effizienter, qualitativ hochwertiger öffentlicher Dienstleistungen sowie transparente öffentliche Verwaltungen voraus.

Der Smart State spielt in der Modernisierung unserer Verwaltung eine zentrale Rolle. Ein digitales Frankfurt am Main braucht Behörden, die Informationen effizient und sicher verarbeiten, den Bürger\*innen dienen und jede Form von Bürokratie so angenehm wie möglich mit kurzen Wegen gestalten.

Wenn sinnvoll angewandte neue Technologien den Verkehr besser fließen lassen, dann soll darauf auch zurückgegriffen werden. Wenn Amtsgänge sicher online erledigt werden können, gibt es keinen Grund, sie nicht digital zugänglich zu machen. Wenn eine moderne Arbeitswelt voraussetzt, dass auch im Home Office problemlos gearbeitet werden kann, dann sollte das eine Stadt auch ermöglichen. Dieses Ziel wollen wir erreichen, indem wir nicht nur digitale Angebote schaffen, sondern auch digitale Infrastrukturen dafür bereitstellen.

Grundlage dafür sind eine schnelle und stabile Internetverbindung sowie ein sicherer Umgang mit Daten. Außerdem sind gut aus- und

fortgebildete Verwaltungsmitarbeiter\*innen wichtig, die die digitale Infrastruktur zu nutzen wissen.

Ein Smart State ist die Basis, auf der die gesamte Kommune zukunftssicher wird. Von Bildung und Bildungsbau bis zu Partizipation und Gesundheit: Frankfurt am Main braucht eine digitale Strategie, die funktioniert.

Hierfür hat Volt in der letzten Legislaturperiode entscheidende Impulse gesetzt. Die Umsetzung der städtischen Digitalisierungsstrategie wurde mit der Gründung eines neuen "Transformation Office" institutionell verankert. Damit wurde eine Voraussetzung geschaffen, um digitale Projekte schneller, koordinierter und wirkungsorientierter umzusetzen.

Ein herausragender Erfolg ist die digitale Transformation des "Bürgeramts". Seit 2025 gehört das Frankfurter "Bürgeramt" zu den digitalsten "Bürgerämtern" aller Großstädte Deutschlands. Die Einführung neuer Online-Dienste wie der elektronischen Wohnsitzanmeldung, innovativen Lösungen wie der Dokumentenausgabebox sowie dem Ausbau des mobilen "Bürgeramts" haben zu konkreten Verbesserungen im Alltag aller Frankfurter\*innen geführt.

Digitalisierung, die funktioniert.



# Digitaler Zugang zur Stadt

Wir wollen Frankfurt zu einer modernen, digitalen Stadt für alle Bürger\*innen machen. Dafür soll die Stadt Frankfurt eine auf Open Source basierte App zur Verfügung stellen. Sie wird zum zentralen, barrierefreien Zugang zu allen wichtigen Informationen und Dienstleistungen der Stadt. Von Behördengängen über Müllabfuhr bis hin zu Veranstaltungen, Kultur und Bildung – alles wird über eine App einfach zugänglich, mehrsprachig, datenschutzkonform und inklusiv zur Verfügung gestellt. Die Frankfurt App informiert aber auch über lokale Märkte, Veranstaltungen und Ereignisse. Dazu gehören auch Straßensperrungen und Baustellen, die den lokalen Alltag beeinflussen können.

Die bereits bestehende Plattform [FFM.de](#) wird für eine moderne, digitale Beteiligung der Frankfurter\*innen am Stadtleben weiterentwickelt. Wir werden den Mängelmelder ausbauen und eine Verpflichtung der beteiligten Stellen erwirken, um den Bearbeitungsstand konsequent zurückzumelden. Darüber hinaus sollen Bürger\*innen an Umfragen teil-

nehmen können, Petitionen starten oder live bei Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung oder der Ortsbeiräte zuschauen können. Informationen sollen unkompliziert und schnell bei denjenigen ankommen, die davon betroffen sind, und das Engagement der Bürger\*innen soll möglichst störfrei und direkt bei der Stadt ankommen. Deshalb streben wir eine Integration der bereits bestehenden App [FFM.de](#) an.

Ergänzend dazu bauen wir digitale Infotafeln im Stadtgebiet aus. Sie spiegeln einen Teil der Inhalte aus der Frankfurt App, wie Nachrichten, Warnungen sowie Veranstaltungshinweise, und machen so wichtige Informationen für alle sichtbar. So informiert die Stadt auch Menschen ohne Smartphone oder Tourist\*innen über relevante Ereignisse in der Umgebung.

Diese digitalen Angebote der Stadt müssen grundsätzlich barrierefrei gestaltet werden. Dazu gehören eine angemessene Lesbarkeit, eine Übersetzung in mehrere Sprachen und ein barrierefreier Zugang zur Informationsquelle.

Das setzt eine funktionierende und stabile Internetverbindung voraus. Deshalb werden wir die bisherigen Bemühungen des Dezernats V fortsetzen, den Glasfaserausbau im Rahmen der [Gigabit Region Frankfurt Rhein Main](#) zu beschleunigen.

## Kyiv Digital App

 Best Practice

Aus der Not geboren dient die [Kyiv Digital App](#) als eine zentrale Anlaufstelle für zahlreiche Funktionen der öffentlichen Hand und des öffentlichen Lebens. Sie beinhaltet u.a. den ÖPNV, Parkplatzsuche, Petitionen, Hinweise der Verwaltung und seit dem Angriffskrieg auch Informationen zu Luftalarm und Schutzräumen.

Foto von Marta Klement von Pexels



# Smart City und Open Data

Smart Cities erzeugen enorme Mengen von Daten zum Verkehr, zur Wetterlage, zum Klima oder vielen anderen Bereichen des Frankfurter Alltags. In diesen Daten liegt ein großes Potenzial, das Leben in der Stadt zu verbessern. Dafür müssen diese Daten jedoch ausgewertet werden. Viele Daten bleiben aber unausgewertet und einige Datensätze werden immer noch aufwändig manuell analysiert. Das ist langsam, kostspielig und ineffizient und lässt das Potenzial dieser Daten ungenutzt. Das möchten wir durch moderne Verfahren und effiziente Auswertungen ändern.

Mit den ausgewerteten Daten möchten wir das Leben der Frankfurter\*innen verbessern, den Verkehr optimieren und die Wirtschaft fördern. Die gewonnenen Erkenntnisse sollen transparent nach dem Prinzip von "Open Data" verarbeitet werden. Das bedeutet, dass die daraus gewonnenen Daten den Bürger\*innen, der Wirtschaft und der Verwaltung offen, nutzbar und transparent zur Verfügung gestellt werden. Wir wollen die "Urbane Datenplattform" mit wirksamen Anwendungsfällen (Use Cases) ausbauen und eine Konsolidierung der verschiedenen Datenplattformen ("Statistik Portal", "Offene Daten Frankfurt",

"Geodatenkatalog") vorantreiben. Denn auch effizient erarbeitete Daten helfen nur dann, wenn sie auch problemlos eingesehen und verarbeitet werden können.

Ein Anwendungsbeispiel für die Nutzung solcher Daten ist der "Digitale Zwilling". Ein solcher erlaubt es, aus den Daten Frankfurts eine digitale Repräsentation der Stadt zu erschaffen. Diese hilft dabei, verschiedenste Situationen digital durchzuspielen, um bessere Entscheidungen zu treffen und bereits getäigte Entscheidungen auf ihre Wirksamkeit zu prüfen.

Ein weiteres Anwendungsbeispiel ist die Veranstaltung von öffentlichen Hackathons, zum Beispiel im Rahmen des "Smart City Forums". Dafür kommt eine große Zahl an Leuten zusammen, die kollaborativ an einer Software-Lösung eines bestimmten Problems arbeiten. Damit es hier nicht nur zu einem funktionalen, sondern auch einem praktikablen Ergebnis kommt, wollen wir sicherstellen, dass auch alle Fachbereiche der Verwaltung aktiv einbezogen werden und die Expertise der Mitarbeitenden wirksam eingebunden wird.

Mit einer konsequenten Daten-erhebung machen wir den Alltag vor allem im Stadtverkehr effizienter und angenehmer. Neu errichtete oder modernisierte Ampeln sollen grundsätzlich smart steuerbar sein. Die dauerhafte Messung von Verkehrsdaten soll an zentralen Punkten ausgeweitet werden, um sowohl eine datenbasierte Stadtplanung, als auch alltägliche Ampelschaltungen zum Wohl der Bürger\*innen zu ermöglichen. Grundsätzlich gilt bei allen Maßnahmen, insbesondere jedoch dort, wo potenzielle Gefahren für Leib und Leben existieren, auf eine angemessene digitale Sicherheit zu achten.

Volt setzt sich außerdem für den Aufbau eines Systems von vernetzten Sensoren im Parkraum ein. Damit werden freie Parkplätze in Echtzeit in marktgängigen Parking Apps oder als ausgewiesene Car-Sharing-Parkplätze angezeigt **> s. Autoverkehr**. Dieses System ermöglicht außerdem eine deutlich verbesserte Parkraumkontrolle (Einhaltung von Park- und Halteverboten und Parkdauern) unter Berücksichtigung datenschutzrechtlicher Anforderungen.

## Dublins Digitaler Zwilling

### ■ Best Practice

Dublin arbeitet zurzeit an einem digitalen Zwilling, der sich vor allem auf die Mobilität fokussiert und Daten aus dem Stadtverkehr, dem öffentlichen Personennahverkehr und Fußgänger\*innen nutzt, um Ampelschaltungen zu optimieren, dedizierte Busfahrspuren zu planen, Verkehrsstaus zu vermeiden und so die Situation für alle zu verbessern.

Foto von Lukas Kloepfel von Pexels



**Digitalisierung**

# Digitalisierung der Stadt

Die digitale Transformation der Stadt Frankfurt am Main ist für uns kein nebensächliches Randthema, sondern eine zentrale Zukunftsaufgabe. Wir wollen die bisherigen Erfolge entschieden ausbauen, damit die Verwaltung Frankfurt trotz Fachkräftemangels, demografischen Wandels und zunehmender gesellschaftlicher Herausforderungen für unsere Bürger\*innen besser funktioniert.

Die Digitalisierung ist kein rein technisches Projekt, sondern ein umfassender Modernisierungsprozess von Staat und Politik. Es geht um eine neue Verwaltungs- und Arbeitskultur, die Zusammenarbeit, Transparenz und Innovation in den Mittelpunkt stellt. Mit der im Jahr 2024 von der Stadtverordnetenversammlung verabschiedeten **“Rahmenstrategie Digitalisierung”** haben wir dafür einen klaren Kompass erhalten. Diese Strategie sieht eine Intensivierung des digitalen Wandels in der Stadtverwaltung vor, sodass im Jahr 2030 alle städtischen Arbeitsbereiche umfassend durch digitale Technologien unterstützt werden. Nun kommt es darauf an, diesen Weg konsequent, behördengrenzenübergreifend und im Interesse der gesamten Stadtgesellschaft umzusetzen.

Im Zentrum stehen die Bürger\*innen. Unser Anspruch ist ein handlungsfähiger Staat, dem die Menschen vertrauen und der modern, serviceorientiert und verlässlich ist. Dienstleistungen müssen deshalb möglichst einfach digital, persönlich und jederzeit barrierefrei zugänglich sein. Wir schaffen eine Verwaltung, die allen gerecht wird, und zugleich Freiräume für persönliche Beratung, wo sie gebraucht und geschätzt wird. Die Digitalisierung kann als nachhaltiger Hebel für einen echten Verwaltungswandel genutzt werden, wenn Prozesse beschleunigt und vereinfacht, die Mitarbeitenden entlastet und das Serviceangebot verbessert werden.

Deshalb verfolgen wir weiterhin die in der **“Rahmenstrategie Digitalisierung”** gesetzten Ziele.

Um diese Ziele zu erreichen, benötigt die kommunale Verwaltung funktionierende IT-Systeme. Wir sehen dabei die Gefahren der Abhängigkeit von externen Akteuren, wie großen privaten IT-Anbietern, die dauerhaft keine Unabhängigkeit und Souveränität garantieren können. Open-Source-Lösungen können hier Abhilfe schaffen. Sie können in unterschiedlichen Szenarien zum Einsatz kommen und binden die Verwaltung nicht an private Unternehmen. Bei der Auswahl dürfen jedoch nicht nur Lizenzfragen eine Rolle spielen, sondern auch Aspekte wie Interoperabilität mit anderen Systemen sowie langfristige Stabilität und Support. Damit diese Anforderungen möglichst effektiv und für möglichst viele Verwaltungen erfüllt werden können, sollten die IT-Lösungen von zentralen Einrichtungen der öffentlichen Hand entwickelt und bereitgestellt werden. Vom setzt sich dafür ein, die Serviceorientierung als verbindlichen Standard für Konzeption, Gestaltung, Umsetzung und Betrieb aller digitalen Angebote zur Voraussetzung zu machen.

Wir wollen das **“Once-Only-Prinzip”** auf Grundlage des Onlinezugangsgesetzes, der Registermodernisierung und der **“Single-Digital-Gateway-Verordnung”** der EU einführen. Diese Vorschriften regeln, unter welchen Voraussetzungen einmal erhobene Daten wiederverwendet werden können, und garantieren den notwendigen Datenschutz. Dies ermöglicht, dass Bürger\*innen und Unternehmen ihre Daten nur noch ein Mal der Verwaltung übermitteln müssen.

All diese Modernisierungen stärken auch die Stadt Frankfurt selbst. Als Arbeitgeberin gewinnt sie an Attraktivität **» s. Arbeiten für Frankfurt**, Bürger\*innen erhalten moderne Dienstleistungen und die IT der Verwaltung wird sicherer. Damit bauen wir die Zukunftsfähigkeit unserer Verwaltung aus und setzen ein klares Signal: Die Stadt Frankfurt am Main wartet nicht auf die Digitalisierung, sie gestaltet sie aktiv selbst.

Foto von Bench Accounting auf Unsplash



# Arbeiten für Frankfurt

Damit Frankfurt funktioniert und lebenswert bleibt, wird ausreichend qualifiziertes Personal benötigt. Die Arbeit für die Stadt ist für viele allerdings unattraktiv. Um qualifiziertes Personal im Bereich der Digitalisierung, aber auch der Stadtplanung, der Jugendhilfe und Kitas zu finden, muss sich die Stadt als zukunftsorientierte und verlässliche Arbeitgeberin positionieren.

Wir machen uns für eine Frankfurt-Zulage für besonders gefragte Fachkräfte stark, um im Wettbewerb mit der Privatwirtschaft besser bestehen zu können. Zudem wollen wir moderne Arbeitsweisen etablieren, die beispielsweise auf Projektmanagement, flachen Hierarchien und agilen Methoden basieren. Ergänzt wird dies durch zeitgemäße Arbeitsbedingungen, wie flexible Arbeitszeiten, Kinderbetreuung, Home Office und eine bessere, digitale Ausstattung der Arbeitsplätze.

Mit Co-Working-Spaces und regelmäßigen Verwaltungslabs fördern wir Austausch, Kreativität und Transparenz. Mobiles Arbeiten und flexible Zeitmodelle sind fester.

Bestandteil dieser Arbeitskultur. Dadurch wird die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gestärkt, der Pendelverkehr reduziert und die Stadtverwaltung ein attraktiver Arbeitgeber im Wettbewerb um qualifizierte Fachkräfte.

Das Stadtplanungsamt leidet unter Personalmangel im Planungsbereich. Deshalb werden wir bei der Ausschreibung von Stellen im Stadtplanungsamt auch Personen mit Bachelorabschluss zulassen (für entsprechende Aufgaben) oder Personen mit passendem Masterabschluss, jedoch noch ohne Berufserfahrung. Damit wollen wir auch Personen, die sich bisher aufgrund der strikten Regularien nicht auf eine dringend zu besetzende Stelle bewerben konnten bzw. aufgrund von formalen Anforderungen abgewiesen wurden, die Chance bieten, im Rahmen ihrer Ausbildung und Fähigkeiten für das Stadtplanungsamt zu arbeiten. Dieses Potential wird bereits von Städten wie Düsseldorf und Berlin genutzt.

Der Mangel an Erzieher\*innen ist groß. Wir möchten, dass die Zahl der städtischen praxisorientierten Ausbildungsplätze erhöht wird, es Tagespflegepersonen erleichtert wird, eine Stelle in einer Kita

anzutreten und die Anerkennung pädagogischer Ausbildungen aus dem Ausland bei der oft langwierigen Prüfung der Anerkennung bevorzugt bearbeitet werden.

Zudem wollen wir Stellen für Sozialarbeiter\*innen in Kitas einführen. Diese sollen insbesondere den Eltern bei Erziehungsproblemen, persönlichen Problemen und der Integration beratend zur Seite stehen und die Vermittlung von Hilfs- und Förderangeboten wie z. B. finanzielle Zuschüsse und Sprachkurse übernehmen. So fällt diese wichtige Arbeit nicht mehr (allein) bei nicht dafür ausgebildeten Erzieher\*innen an, sodass sie mehr Zeit für ihre eigentliche Aufgaben haben. Des Weiteren sollte bei der Arbeit mit Kindern berufsspezifische Besonderheiten, wie durchschnittlich häufigere Krankheitstage, berücksichtigt werden. Es sollte auch sichergestellt werden, dass genügend qualifiziertes Vertretungspersonal zur Verfügung steht.

Volt möchte, dass die Stadt ihren Mitarbeiter\*innen ermöglicht, im Ehrenamt aktiv zu sein. Zwar ist das derzeit nicht verboten, jedoch sollte Flexibilität bei der Anpassung der Arbeitszeiten ans Ehrenamt gewährleistet sein. Zu prüfen ist auch, inwiefern eine geringe Anzahl von Stunden pro Monat (1 - 3) in ehrenamtlichen Tätigkeiten als Arbeitszeit angerechnet werden kann, dies ist in großen Unternehmen nicht unüblich.

Wir streben eine Modernisierung des "Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst" (TVöD) an. Wir möchten, dass mehr Spielraum für Quereinsteiger\*innen und Personen ohne akademische Qualifikationen vorhanden ist, die insbesondere im IT-Bereich wichtige Aufgaben erfüllen könnten.



Foto von Andreas Brück, Volt

# Kommunale Haushaltsreform

Volt setzt sich dafür ein, in kommunalen Haushalten das Prinzip des sogenannten "Zero-Based Budgeting" (ZBB) fortzuführen. Dabei wird jede Ausgabe von Grund auf gerechtfertigt, anstatt lediglich den Vorjahreshaushalt fortzuschreiben. Dies ermöglicht eine effizientere und wirkungsorientierte Mittelverwendung. Studien zeigen, dass ZBB zu einer besseren Ressourcenallokation führt und unnötige Ausgaben reduziert. Die Wirksamkeit der städtischen Ausgaben muss durch messbare Indizes (Key Performance Indicators/KPIs) überprüfbarer werden.

Volt setzt sich für eine Reform des „**Kommunalen Finanzausgleichs (KFA)**“ ein, um eine gerechtere Verteilung von Finanzmitteln zwischen finanzstarken und finanzschwachen Kommunen zu gewährleisten. Dies soll insbesondere strukturschwachen Regionen helfen, ihre Aufgaben angemessen zu erfüllen und notwendige Investitionen zu tätigen. Eine

gerechte und effektive Reform des „Kommunalen Finanzausgleichs“ soll Frankfurt dabei entlasten, da die Stadt zentrale Infrastruktur für ihr Umland bereitstellt. Wir wollen anliegende Kommunen wie z. B. Eschborn stärker beteiligen, wenn sie durch ihre Nähe zu Frankfurt derart profitieren. Dies kann erreicht werden, indem der KFA beispielsweise um einen Zentrumslastenausgleich ergänzt wird. Zusätzlich können Regionalfonds einen Ausgleich zwischen Metropolen und anliegenden Kommunen erreichen. Entwicklungsfonds für den ländlichen Raum können strukturschwache Kommunen darüber hinaus fördern.

Volt will Klimaschutz als festen Bestandteil der kommunalen Finanzplanung verankern. Dazu sollen CO<sub>2</sub>-Budgets am Beispiel von Graz eingeführt und Investitionen in nachhaltige Projekte priorisiert werden. Dies fördert nicht nur den Umweltschutz, sondern kann langfristig auch Kosten einsparen.

Wir machen uns dafür stark, die Finanzverwaltungen der Kommune zu digitalisieren. Dies umfasst die Einführung moderner IT-Systeme und die Automatisierung von Prozessen. Eine digitalisierte Finanzverwaltung erhöht die Effizienz, reduziert Fehlerquellen und ermöglicht eine bessere Datenanalyse für fundierte Entscheidungen.

Wir setzen uns dafür ein, die Kapazitäten der Stadt Frankfurt zur Beantragung und Verwaltung von Fördermitteln aus EU-, Bundes- und Landesprogrammen zu stärken. Dies beinhaltet die Einrichtung einer zentralen Beratungsstelle und die Schulung von Verwaltungsmitarbeiter\*innen, um die verfügbaren Mittel optimal zu nutzen.

Foto von [Leonhard Niederwimmer](#) auf [Unsplash](#)



## Haus Graz

### Best Practice

Graz hat sich zum Ziel gesetzt, bis 2040 klimaneutral zu werden. Die Stadtverwaltung („**Haus Graz**“) will das bereits 2030 schaffen und hat dazu ein CO<sub>2</sub>-Budget eingeführt. Ein CO<sub>2</sub>-Budget ist die maximale Menge an Treibhausgasen, die noch ausgestoßen werden darf, ohne das globale Klimaziel zu gefährden. Es basiert auf einem globalen Budget, das auf Länder, Städte und Individuen heruntergebrochen wird.

# Haushalt für Frankfurt

Frankfurt soll eine Stadt bleiben, die funktioniert. Dies bedarf einer mutigen Politik, die nicht nur verwaltet, sondern aktiv gestaltet. Volt steht für eine Finanzpolitik, die transparent, gerecht, zukunftsorientiert ist und ein lebenswertes Frankfurt ermöglicht.

Bei den laufenden Ausgaben sichern wir die auskömmliche Finanzierung der Pflichtleistungen, beispielsweise im Sinne der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes. Bei den freiwilligen Leistungen setzen wir auf zielgerichtete soziale Unterstützung und (Sub-)Kulturförderung. Bei den Zukunftsinvestitionen liegen unsere Schwerpunkte auf der Schaffung von sozialem Wohnraum, moderner Bildung, Klimaschutz und einer nachhaltigen Mobilitätsinfrastruktur. Frankfurt darf sich mit einseitigen Großprojekten, wie dem Neubau der Städtischen Bühnen, nicht übernehmen. Große Zukunftsinvestitionen müssen immer in Bezug auf ihre ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen geprüft werden, und dazu allen Bürger\*innen zu Gute kommen.

Wir wollen die Transparenz und Bürger\*innenbeteiligung in der Haushaltsplanung stärken. Dazu sollen Bürgerhaushalte eingeführt werden, für die Bürger\*innen Haushaltsvorschläge digital einreichen und über Ausgabenprioritäten diskutieren und abstimmen können. Erfahrungen aus verschiedenen Kommunen zeigen, dass solche Beteiligungsformate das Vertrauen in die Politik erhöhen und auf diese Weise zu einer bedarfsgerechten Mittelverwendung führen

## > s. Partizipativer Haushalt

Trotz jahrelanger Kritik des Revisionsamts und der Stadtverordneten hat die Stadt Frankfurt bis heute kein modernes digitales Vertrags- und Fördermittelmanagement eingeführt. Dadurch entstehen unnötige Bürokratie, lange Bearbeitungszeiten und fehlende Transparenz im Umgang

mit öffentlichen Geldern. Wir wollen, dass Frankfurt endlich konsequent in ein digitales System investiert, das Verträge, Förderanträge und Mittelabrufe effizient, transparent und rechtssicher abbildet. Damit schaffen wir klare und einheitliche Prozesse, entlasten Verwaltung und Antragsteller\*innen und ermöglichen eine schnelle, faire und nachvollziehbare Vergabe von Fördermitteln. Unser Ziel ist eine transparente Verwaltung, die in der Korruptionsprävention eine Vorreiterrolle einnimmt. Der Mitgliedschaftsprozess bei Transparency International e.V., welcher mit einer Überprüfung der Antikorruptions-Standards einhergeht, muss zügig abgeschlossen werden. Wir möchten eine finanzielle und personelle Stärkung der bestehenden Strukturen, wie dem Antikorruptionsreferat der Stadt Frankfurt.

Volt möchte durch eine gezielte Finanzpolitik soziale Ungleichheiten abbauen. Dies umfasst Investitionen in benachteiligte Stadtteile, wie im Frankfurter Westen, Fechenheim und dem Gallusviertel. Zudem wollen wir die Förderung von Projekten, die soziale Teilhabe und Chancengleichheit stärken.

Eine gerechte Verteilung von Ressourcen trägt zu einem solidarischen und inklusiven Gemeinwesen bei.

Mit der Grundsteuerreform wurden bestehende, historisch gewachsene Ungerechtigkeiten durch ein möglichst aktuelles und objektives Bewertungsverfahren ersetzt. In Summe erzielt die Stadt Frankfurt dadurch keine Mehreinnahmen. Deshalb lehnen wir eine Senkung des Hebesatzes ab. Wir sehen außerdem keine Notwendigkeit für die Einrichtung eines Härtefallfonds.

Volt setzt sich weiterhin dafür ein, neue zweckgebundene Finanzierungsquellen für die Mobilität zu erschließen, dazu zählen z. B. die City-Maut und der Arbeitgeberbeitrag. Wir sehen aktuell keinen Anlass für eine Anpassung der Gewerbesteuer, weder nach unten noch nach oben. Um auch langfristig einen angemessenen Gewerbesteuerhebesatz ermitteln zu können, wollen wir eine unabhängige wissenschaftliche Analyse in Auftrag geben, die eine fundierte Datengrundlage für eine nachhaltige Entscheidung schafft.

Foto von Läisma Ardmare auf Unsplash



# Bildungsbau

Viele Schulen sind sanierungsbedürftig, rund 100 müssen erneuert werden, und etwa 30 % der Schüler\*innen lernen in Containern. Bis 2030 werden rund 32.000 zusätzliche Schulplätze benötigt, auch Kitas und Berufsschulen stoßen an ihre Kapazitätsgrenzen. Die **Schulbauoffensive der Stadt** ist ein wichtiger Schritt, wir wollen jedoch mutig weiterdenken. Mit innovativen Ansätzen, konsequenten Investitionen und langfristigen Strukturen gestalten wir ein Bildungssystem, das funktioniert, alle Kinder einbezieht und Frankfurt als lebenswerten Ort für die Zukunft sichert.

Alle Schulbauprojekte sollen nach klaren pädagogischen und baulichen Kriterien priorisiert werden. Eine öffentlich zugängliche Online-Plattform soll Zeitpläne, Fortschritte und Kosten transparent machen. Ergänzend will Volt ein umfassendes städtisches Bildungsmonitoring gewährleisten, das Wirkung und Investitionsbedarf sichtbar macht. Wir setzen uns dafür ein, den tatsächlichen Bedarf der Finanzierung über die bereits beschlossenen Gelder hinweg realistisch einzuplanen – für Planungssicherheit und eine nachhaltige Sanierung.

Während langfristige Projekte geplant werden, braucht es kurzfristige Verbesserungen: etwa

die Sanierung von Schultoiletten, bessere Belüftung, Hitzeschutz, Klimaanlagen, bessere Lichtverhältnisse und digitale Infrastruktur in bestehenden Gebäuden. Auch bauliche Anpassungen, um den Bedürfnissen behinderter Kinder gerecht zu werden, sind an dieser Stelle zu erwähnen. Barrierefreie Zugänge, 2-Wege-Alarmsysteme (akustisch und optisch) oder taktile Leitsysteme für Blinde sind da nur einige Beispiele.

## ► s. Barrierefreiheit

Auch die frökhindliche Bildung benötigt moderne, kindgerechte Räume sowie mehr Personal. Volt setzt sich dafür ein, dass Kitas und Vorschulen in die Planungen der Bauoffensive systematisch einbezogen werden. Serielle und modulare Bauweisen ermöglichen eine effizientere und kostengünstigere Umsetzung neuer Bildungsbauten. Um die Projekte besser zu koordinieren, begrüßt Volt die Gründung einer spezialisierten Schulbaugesellschaft und möchte die Beteiligung städtischer Stellen sowie externer Fachkompetenz gewährleisten.

Alle Neubauten und Sanierungen sollen die Klimaziele der Stadt erfüllen. Dazu gehören Hitzeschutz, Klimaanlagen, Gebäude-

begrünung, Photovoltaikanlagen, Anbindung ans Fernwärmennetz und zukunftsfähige Baustandards.

Bildung braucht moderne Ausstattung – überall. Volt setzt sich für flächendeckendes WLAN, zuverlässige Endgeräte für alle Schüler\*innen und eine digitale Infrastruktur für Distanzunterricht und Lernplattformen ein.

Volt will Schüler\*innen stärker in Schulentwicklung und Bauprojekte einbinden – z. B. über Schüler\*innen-Haushalte, bei denen sie über ein eigenes Budget mitentscheiden. So können sie auch bei Sanierungsprioritäten involviert werden.

Foto von [Tolu Olubode](#) auf [Unsplash](#)



## Schüler\*innen Haushalt

### Best Practice

In Berlin und Brandenburg können sich Schüler\*innen bereits seit dem Jahr 2015 aktiv über ein Schüler\*innenbudget an der Gestaltung ihrer Schule beteiligen und dabei Demokratie leben sowie Verantwortung übernehmen.

# Bildungsupdate

Volt steht für ein Bildungssystem, das alle mitnimmt. Inklusion ist kein Extra, sondern eine Grundvoraussetzung. Barrierefreie Gebäude, individuelle Förderung und ausreichend Fachpersonal müssen selbstverständlich sein – von der Kita bis zur Berufsschule.

Volt setzt sich für eine zukunftsweisende Medienbildung in Frankfurt ein. Wir fördern digitale Kompetenzen von Eltern, Lehrkräften, Kindern, Jugendlichen, Berufstätigen, Arbeitssuchenden und Senior\*innen durch zielgruppenrechte und praxisnahe Workshops, Beratungsangebote und Medienlots\*innen als Multiplikatoren. Die geförderten Programme stärken Cybersicherheit, Medienkritik und KI-Wissen – für einen sicheren, reflektierten und kreativen Umgang mit analogen und digitalen Medien.

Wir fördern Bildungs- und Beratungsinitiativen, wie TUMO, die digitale Teilhabe und allgemeine Chancengleichheit. So machen wir Frankfurt fit für die digitale Gesellschaft von morgen und stärken den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Foto von Taylor Flowe auf Unsplash



## TUMO

**TUMO** in Frankfurt ist ein modernes Lernzentrum für Jugendliche. Kostenfrei und unabhängig vom Schulunterricht können sie dort in ihrem eigenen Tempo digitale und kreative Fähigkeiten ausbauen. Aus mehreren Bereichen wie etwa Robotik, Programmierung oder Grafikdesign wählen die Teilnehmenden selbstbestimmt jene Themen, die sie interessieren. Die Eröffnung ist für 2026 geplant.

## Europäische Schule

Frankfurt beheimatet die **Europäische Zentralbank (EZB)**, die **Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen** und die **betriebliche Altersversorgung (EIOPA)** sowie die **Europäische Anti-Geldwäschebhörde (AMLA)**. Die Stadt Frankfurt hat damit eine vertragliche Verpflichtung für die Kinder des dort arbeitenden Personals, schnellstmöglich ein angemessenes neues Grundstück für die Europäische Schule auf Frankfurter Gemarkung bereitzustellen.

Die Größe auf dem bisherigen Standort reicht längst nicht mehr aus. Wir unterstützen eine pragmatische und zeitnahe Lösung für den zukünftigen Standort der Schule. Wir wollen zudem eine Öffnung und lokale Einbindung der Schule in den Stadtteil. Perspektivisch werden wir prüfen, ob die Stadt mit einem Stipendium Schüler\*innen, deren Eltern nicht bei einer EU-Institution tätig sind, ermöglichen kann, vom interkulturellen Schulkonzept der Europäischen Schule zu profitieren.

# Ernährungspolitik

Volt setzt sich für eine ganzheitliche, kommunale Ernährungspolitik ein, die Gesundheit, Nachhaltigkeit und soziale Teilhabe vereint. Wir wollen regionale Landwirtschaft stärken, ökologische Prinzipien fördern und faire Chancen für kleine Erzeuger schaffen. Frankfurt soll ein Vorbild für eine resiliente und klimafreundliche sowie gerechte und transparente Ernährung werden.

Wir wollen die Schul- und Kitaverpflegung reformieren, indem wir die Infrastruktur ausbauen. Jede Schule sollte über eine eigene Küche verfügen, um die Ganztagsbetreuung umzusetzen. Ergänzend möchten wir die Rekommunalisierung prüfen. Eine Machbarkeitsstudie soll dazu die Grundlage für eine städtische Trägerschaft der Schulverpflegung und dauerhafte Partnerschaften mit regionalen Betrieben schaffen.

Es sollen faire Vergabeprozesse eingeführt werden, indem Ausschreibungen so gestaltet werden, dass kleine und regionale Caterer, sowie Caterer mit innovativen Konzepten leichter teilnehmen können, dies inkludiert auch Beratungsangebote.

Wir wollen die Ernährungsbildung durch die Einführung von Ernährungsscouts oder Ernährungsfachkräften an Schulen stärken. Diese sorgen für Qualitätssicherung, Wissensvermittlung und Schüler\*innenbeteiligung. Zudem wollen wir eine unabhängige Prüfinstanz für

“DGE-Qualitätsstandards” etablieren, um die Qualitätskontrolle zu professionalisieren. Caterer sollen außerdem Essensreste systematisch erfassen und auswerten, um daraus Verbesserungen abzuleiten, um Lebensmittelabfälle zu senken.

Wir brauchen eine funktionierende kommunale Ernährungsstrategie. Dazu werden wir eine Strategie mit dem Ernährungsrat erarbeiten, die im Einklang mit dem „Milan Urban Food Policy Pact“ (s.u.) steht.

Volt möchte eine Koordinierungsstelle schaffen, die ressortübergreifend arbeitet und Anlaufstelle für Bürger\*innen, Verwaltung und Unternehmen ist. Wir fördern den vorrangigen Einsatz lokaler Produkte in Schulen, Kitas, Kantinen und städtischen Einrichtungen.

Die lokale Landwirtschaft braucht Unterstützung. Volt wird deshalb die Stadtrandflächen schützen, damit sie für die ökologische, regenerative Landwirtschaft genutzt werden. Zudem wollen wir Flächenversiegelung zugunsten von Biodiversität, Klimaanpassung und schließlich lokaler Lebensmittelherzeugung reduzieren. Wir bauen unsere lokale, urbane Ernährungskultur aus. Dazu werden wir „Urban Gardening“ und den Anbau von Obstbäumen auf öffentlichen Flächen und an Schulen fördern und Angebote zur Wissensvermittlung schaffen. Wir wollen auch Plattformen mit

dem Thema Ernährung fördern und unterstützen. Wir werden Gemeinschaftsküchen fördern, diese sind in Quartieren, Stadtteilen und Bildungszentren Orte für Teilhabe, Begegnung und Bildungsarbeit.

> s. Quartiersmanagement

Durch eine Reform der Wochenmärkte wollen wir Anreize für nachhaltige und plastikfreie Anbieter regional produzierter Waren schaffen und so zu einem sauberen, lebenswerten Frankfurt beitragen.



## Din trädgård runt hörnet

Best Practice

Die Initiative „Dein Garten um die Ecke“, in der Stadt Göteborg, Schweden, besteht aus rund 45 Gartenvereinen. Sie pachtet Flächen in verschiedenen Stadtteilen, die landwirtschaftlich von den Mitgliedern genutzt werden. Das Ganze ist Teil der Bestrebung gemeinschaftliche Projekte zu fördern, die die Bevölkerung zur Gründung von Erzeugergemeinschaften zu ermutigen und in der eigenen Region selbst anzubauen.

## Milan Urban Food Policy Pact

Der **Milan Urban Food Policy Pact** ist eine internationale Vereinbarung zwischen Städten, die sich dazu verpflichtet haben, nachhaltige Ernährungssysteme zu entwickeln, die inklusiv, widerstandsfähig, sicher und vielfältig sind. Hauptziel ist es, eine dauerhafte Plattform für den Austausch von Wissen, bewährten Praktiken und Kapazitätsaufbau unter den unterzeichneten Städten zu schaffen. Frankfurt am Main ist der Vereinbarung bereits 2018 beigetreten.

# Digitale Gesundheitsversorgung

Eine alternde Gesellschaft, komplexe Krankheitsbilder, Fachkräftemangel und schleppende Digitalisierung führen zur Überlastung von Rettungsdienst und Kliniken und stellen uns vor große Herausforderungen. Vulnerable Gruppen sind durch den Mangel an psychiatrischen Versorgungsstrukturen und den Abbau der Kindernotfallversorgung besonders gefährdet. Klassische Maßnahmen wie z. B. die Einstellung von mehr Personal sind unzureichend. Wir brauchen intelligente Lösungen für eine moderne, funktionierende Notfallversorgung, die Leben rettet, Ressourcen intelligent nutzt und alle Bürger\*innen schützt.

Wir wollen Patient\*innen durch bessere Vernetzung und durch Digitalisierung zur richtigen Versorgungsstufe bringen. Wir setzen uns deshalb für den Ausbau von telemedizinischer Erstversorgung, Schaffung digitaler Schnittstellen im Gesundheitswesen, Implementierung von Ersthelfer\*innen-Systemen und öffentlichen Schulungen wie z. B. Erste Hilfe oder Wiederbelebung ein.

## Digital heile

Best Practice

Norwegen gilt als ein europäischer Vorreiter für eine moderne, digital vernetzte Gesundheitsversorgung. Seit Jahren setzt das Land auf Telemedizin, um unabhängig vom Wohnort, Zugang zu medizinischer Betreuung zu ermöglichen. KI-gestützte Bildanalysen in der Teleradiologie verkürzen Wartezeiten und Online-Plattformen bieten Therapieangebote. Gesetzliche Anpassungen fördern die dauerhafte Integration dieser Lösungen.

# Frankfurter Weg

## Zürcher Modell

Best Practice

Zürich zeigt, wie durch konsequente, koordinierte Maßnahmen, der offenen Drogenhandel und -konsum nachhaltig eingedämmt werden kann. Nach Jahrzehnten massiver Drogenprobleme entwickelte die Stadt in den 90ern das **Vier-Säulen-Modell** aus Prävention, Therapie, Schadensminderung und Repression. Im Mittelpunkt steht eine klare Null-Toleranz-Strategie gegenüber öffentlichem Drogenhandel, kombiniert mit gezielter sozialer und medizinischer Unterstützung. In den Konsumräumen wird der Mikrohandel in einem kontrollierten Umfeld toleriert. So verlagert sich der Handel aus dem öffentlichen Raum, in sichere, betreute Strukturen. Bedürftige erhalten Zugang zu Beratung und medizinischer Hilfe.

Der Frankfurter Weg hat national und auch international Maßstäbe gesetzt. Mit Drogenkonsumräumen ist es in weiten Teilen gelungen, intravenösen Drogenkonsum von der Straße in spezielle, medizinisch begleitete Räume zu verlegen. Wir möchten an diesem Konzept festhalten, müssen es jedoch weiterentwickeln. Denn neue Konsummuster stellen unsere Stadt vor große Herausforderungen.

Bei „Crack“, beispielsweise, ist der Suchtdruck so groß, dass die Abhängigen es sofort dort konsumieren, wo sie es kaufen – auf der Straße. Hier können wir von zwei unserer europäischen Nachbarstädte, Zürich und Basel, lernen. Diese stellen in ihren Konsumräumen Crack-Rauchplätze zur Verfügung und erlauben dort den Mikrohandel damit. Die Abhängigen konsumieren deshalb ihre Drogen nicht mehr auf der Straße, sondern

in den Räumen. Das bedeutet mehr Sicherheit für die Abhängigen und weniger Konflikte im Viertel für die umliegende Bevölkerung.

Nach diesem Vorbild wollen wir den Mikrohandel auch in Frankfurter Drogenkonsumräumen ermöglichen. Außerdem hilft das sogenannte „Drug-Checking“, Leben zu retten. Abhängige erfahren dabei, wie die Substanzen, die sie konsumieren, zusammengesetzt sind. In Berlin besteht das Konzept bereits seit 2023 und verhindert erfolgreich Überdosierungen sowie die daraus resultierenden Einsätze der Rettungskräfte. Auch das soll es in Frankfurt geben. Wir setzen uns auf Landesebene dafür ein, dass die rechtlichen Voraussetzungen dafür geschaffen werden.

# Psychische Gesundheit

Psychische Erkrankungen gehören zu den größten gesundheitlichen Problemen unserer Zeit. Betroffen sind jedes Jahr rund 28 Prozent der erwachsenen Bevölkerung in Deutschland. Besonders in Städten wie Frankfurt ist das Risiko hoch. Gründe sind soziale Belastungen wie Arbeitslosigkeit, Diskriminierung oder Armut, städtische Faktoren wie Lärm, Enge, Umweltverschmutzung und ein anonymes Umfeld sowie soziale Ungleichheiten.

## FraPPE

„In dem vom Bundesministerium für Gesundheit geförderten „Frankfurter Projekt zur Prävention von Suiziden mittels Evidenz-basierter Maßnahmen (FraPPE)“ wird ein auf Evidenzbasierten Methoden aufbauendes Programm zur Suizidprävention evaluiert. Untersucht wird die Effektivität eines Maßnahmenpaketes bezüglich einer Reduktion suizidalen Verhaltens. Ziel ist die Senkung von Suiziden und Suizidversuchen innerhalb der dreijährigen Projektlaufzeit.“

Gleichzeitig bieten Städte bessere Zugänge zu Gesundheit, Bildung und Kultur – diese Chancen reichen jedoch nicht aus, um die Belastungen auszugleichen. Frankfurt trägt daher eine besondere Verantwortung, die psychische Gesundheit ihrer Bevölkerung aktiv zu fördern. Dafür wollen wir niedrigschwellige Angebote schaffen und eine frühzeitige Erkennung ermöglichen. Dazu gehören der Aufbau von gemeinschaftsbasierten Gesundheits- und Beratungszentren, die Einführung einer 24/7 Krisenaufnahme in Zusammenarbeit mit bestehenden Projekten wie „FraPPE“ sowie ergänzend, sofern medizinisch vertretbar, digitale Angebote wie Selbsttests und Beratungsplattformen, besonders für junge Menschen und Studierende.

Wir fördern gezielte strukturelle Maßnahmen wie den Ausbau der kommunalen Koordinationsstelle für psychische Gesundheit beim Gesundheitsamt. Wir wollen eine Einbeziehung von Betroffenen in die Gestaltung von Programmen, Anti-Stigma-Kampagnen und Förderung von Gesundheitskompetenz in Schulen, Vereinen, sowie Betrieben. Darüber hinaus sind wir für die Einführung von „Mental Health Days“ auf lokaler Ebene und regelmäßige Datenerhebungen zur psychischen Gesundheit in Frankfurt.

Wir machen uns stark für die Unterstützung vulnerabler Gruppen, wie zum Beispiel obdachlosen Menschen, durch den Ausbau von „Housing-First“-Projekten mit sehr wichtiger psychologischer Betreuung [> s. Obdachlosigkeit](#). Frauen nach der Geburt sollen kostenfreie Screenings auf postnatale Depression erhalten. Alleinerziehende sollen stärker unterstützt werden, unter anderem durch den Ausbau von Beratungs- und Kinderbetreuungsangeboten. Für Kinder und Jugendliche sind [Mental Health Coaches](#) an Schulen und Jugendhäusern sowie die Verankerung von Mental Health im Lehrplan vorgesehen. Senior\*innen sollen von mehr Begegnungsorten gegen Einsamkeit profitieren, etwa durch Mehrgenerationencafés.

Für Menschen mit Migrationshintergrund setzen wir auf kultursensible Beratung, mehrsprachige Informationen und Integrationslots\*innen mit psychologischem Grundtraining. Durch Maßnahmen in der Stadtgestaltung kann die psychische Gesundheit verbessert werden. Dazu wollen wir die Umwandlung versiegelter Flächen in Grünräume wie „Pocket Parks“ ermöglichen, Straßen und Plätze für Begegnung schaffen [> s. Superblocks](#), naturpädagogische Gesundheitswege in Parks bauen und Community-Projekte wie urbane Gärten (z. B. „GemüseheldInnen Frankfurt“) stärken. [> s. Ernährungspolitik](#)

## Triester Modell

### Best Practice

Das sogenannte „Triester Modell“ gilt europaweit als Vorbild für eine moderne und gemeinde- nahe psychiatrische Versorgung.

Im Mittelpunkt steht nicht die Krankheit, sondern der Mensch mit seinen individuellen Bedürfnissen. Ziel ist es, die psychische Gesundheit ganzheitlich zu fördern und soziale Teilhabe zu sichern.

Ein zentrales Element davon ist das „personalisierte Projekt“: Statt ausschließlich medizinische Behandlungen zu finanzieren, werden auch Mittel für Ausbildung, Wohnen oder Unterstützung bei der Arbeitssuche bereitgestellt. Damit wird Genesung nicht nur medizinisch, sondern auch sozial und wirtschaftlich verstanden.

Die Versorgung findet in „Community Mental Health Centres“ (CMHCs) statt, die in Wohnhäusern untergebracht und rund um die Uhr geöffnet sind. Sie haben nur wenige Betten, sind leicht zugänglich und verstehen ihre Nutzer\*innen grundsätzlich nicht als „Patient\*innen“, sondern als „Gäste“. Parallel dazu tragen Öffentlichkeitskampagnen bei, Vorurteile abzubauen und Akzeptanz zu schaffen.

Foto von [madison lavern](#) auf [Unsplash](#)



# Hebammenversorgung

Die Hebammenversorgung in Frankfurt am Main ist seit Jahren unzureichend. Der Mangel an frei-beruflichen Hebammen führt dazu, dass viele Familien keine Betreuung unter der Geburt oder im Wochenbett erhalten. Wir wollen die Versorgung gezielt stärken, neue Hebammenstellen fördern und bürokratische Hürden abbauen, damit Familien die Unterstützung bekommen, die sie brauchen. Eine Stadt, in der Eltern und Kinder gut versorgt sind, ist eine Stadt, die für ihre Bevölkerung funktioniert und lebenswert ist.

Foto von [Jonathan Borba](#) auf [Unsplash](#)

Unser Ziel ist es, die Hebammenversorgung in Frankfurt bis 2030 flächendeckend sicherzustellen und nachhaltig auszubauen. In der Schwangerschaft sollen alle Frankfurter\*innen möglichst einfach eine Hebamme für die ambulante Wochenbettbetreuung finden – unabhängig vom Wohnort oder vom Zeitpunkt der Suche.

Wir machen uns deshalb für ein Hebammen-Stipendium mit Niederlassungsverpflichtung nach Ausbildung stark, verstetigen das Projekt „[Frankfurter Wochenbett-Notversorgung](#)“ und erweitern das Angebot auf die gesamte Wochenbettzeit von 12 Wochen (statt 10

Tage). Zudem dürfen Geburtshilfe-Hebammen länger mit dem [Parkausweis „Sozialer Dienst“](#) parken. Eine erweiterte Datenerfassung des Gesundheitsamtes zur Erkennung von Hebammen-Versorgungslücken soll etabliert werden. Volt setzt sich zudem für die Einrichtung einer zentralen städtischen Vermittlungsplattform für Hebammen ein.

Wir wollen die gesetzlich festgelegte freie Wahl des Geburtsorts sicherstellen, indem neben den fünf Frankfurter Geburtskliniken auch Geburtshäuser oder Hausgeburtshilfen zur Verfügung stehen. Frankfurt soll ein attraktiver Standort für junge Hebammen werden, sodass Absolvent\*innen der Hebammenwissenschaften gezielt in Frankfurt bleiben oder zuziehen.



## Frankfurter Wochenbett Notversorgung

Die Initiative [Frankfurter Wochenbett Notversorgung](#) wird durch die Dr. Senckenbergische Stiftung und das Gesundheitsamt der Stadt Frankfurt am Main finanziert. Sie vermittelt Hausbesuche sowie Hebammensprechstunden und sie gibt bei Bedarf telefonisch Rat.

## Hebammenstipendien

### Best Practice

In Baden-Württemberg und in Niedersachsen wurden bereits Stipendien für Hebammenstudium mit Verpflichtung zur Niederlassung als Hebamme vor Ort als Maßnahme eingeführt.

# Lebenswerte Stadt

Volt setzt sich für eine moderne Sicherheitspolitik ein, die auf Prävention, Vertrauen und sozialer Infrastruktur beruht. Sicherheit wird dabei nicht nur als polizeiliche Aufgabe, sondern als gesamtgesellschaftliche Verantwortung für ein funktionierendes und lebenswertes Frankfurt verstanden.

Wir machen uns dafür stark, dass die Stadtplanung auch nachhaltig genutzt wird, um eine sichere und lebenswerte Stadt zu schaffen. Dazu zählen gute Beleuchtung, einsehbare Strukturen, saubere öffentliche Räume und eine gemischte Nutzung der Fläche mit Gastronomie, Kultur und Wohnen.

Wir wollen, dass die Beleuchtung von öffentlichen Plätzen, Bahnhöfen und Parkanlagen geprüft und angepasst wird, um eine angemessene Beleuchtung sicherzustellen. Hierbei sollte auch der Einsatz von smarten, dimmbaren Beleuchtungsmöglichkeiten erwogen werden, damit die Lichtverschmutzung reduziert wird. Außerdem werden wir das "Heimwegtelefon" unterstützen. Beim Heimwegtelefon kann man auf dem nächtlichen Nachhauseweg mit einer Vertrauensperson bis zum Erreichen des Wohnortes sprechen. Wir möchten, dass dieser Dienst ausgebaut wird und unter den Bürger\*innen eine höhere Bekanntheit erreicht. Einer Ausweitung von Waffenverbotszonen sowie der Errichtung neuer Videoüberwachung von öffentlichen Plätzen stehen wir kritisch gegenüber.

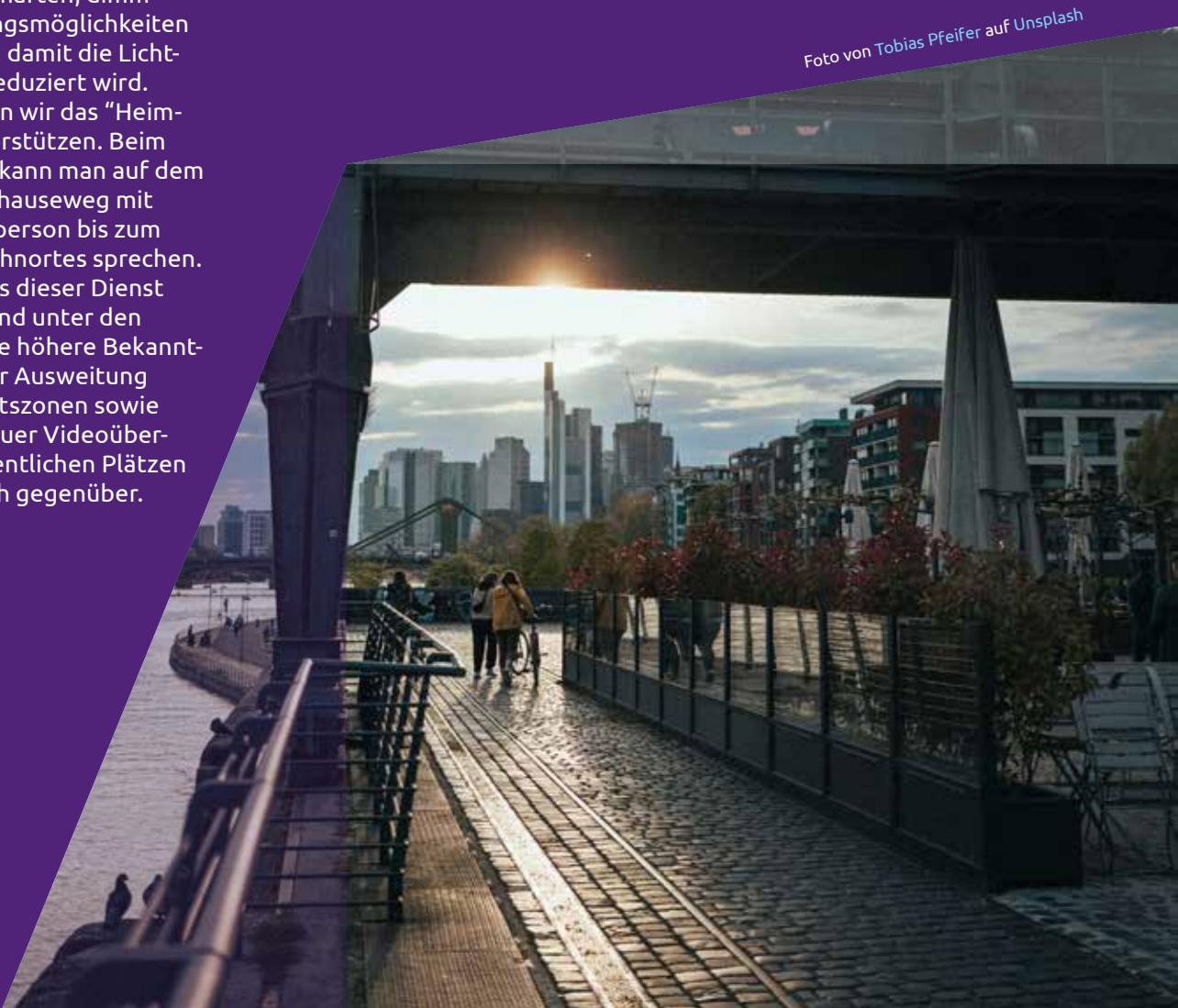
Um den steigenden Anforderungen der Einsätze gerecht zu werden, machen wir uns für eine bedarfsorientierte Aufstockung des Personals der Stadtpolizei, Feuerwehr und Rettungsdienste stark und stellen sicher, dass diese über angemessene Ausrüstung verfügen.

Die Nutzung und Beteiligung der Ersthelfer\*innen-App soll ebenfalls intensiviert werden.

Wir möchten, dass die Stadtpolizei, unter Wahrung des Datenschutzes, mit Bodycams ausgestattet wird, da diese in Einsatzsituationen deeskalieren, sowie Vollzugshandlungen im Nachhinein untersucht werden können. Insbesondere beim Zücken jeglicher Dienstwaffen müssen die Bodycams jedoch automatisch mit der Aufnahme starten.

Die Angemessenheit der Sicherheits-Anforderungen von Festen sollte geprüft werden. Die Kostenlast soll vom Land Hessen als Anforderer getragen werden. Die Antragstellung für die Übernahme der Kosten für die Sicherheit sollte einfach sein. Wir möchten, dass die Antragsteller\*innen zeitnah die Auszahlung erhalten, sodass insbesondere kleinere Straßenfeste weiterhin sicher und frei stattfinden können.

Foto von Tobias Pfeifer auf [Unsplash](https://unsplash.com/@tobiaspfeifer)



## Schutzplätze

Volt ist fest davon überzeugt, dass Geschlechtergerechtigkeit ein zentraler Bestandteil einer modernen Gesellschaft sein muss. Wir setzen uns dafür ein, dass Frauen, Mädchen und nonbinäre Personen gleiche Chancen und Möglichkeiten wie Männer und Jungen haben, sei es im Berufsleben, im politischen Raum sowie in persönlichen Beziehungen. Feminismus bedeutet für uns, dass alle Menschen unabhängig von ihrem Geschlecht respektiert, geschützt und unterstützt werden sollten. Um geschlechtsspezifische Gewalt zu beenden, setzen wir uns für die konsequente Umsetzung der "Istanbul Konvention" ein.

Sie bekämpft Gewalt gegen Frauen und Mädchen durch Opferschutz, Prävention, Strafverfolgung und Gleichstellung der Geschlechter.

Wir begrüßen auch das 2025 in Kraft getretene Gewalthilfegesetz. Allerdings bedauern wir, dass der Rechtsanspruch auf Schutz-, Beratungs- und Unterstützungsangebote erst 2032 in Kraft tritt. Wir von Volt machen uns daher schon heute dafür stark, dass die Frauenhausplätze in Hessen auf eine ausreichende Anzahl erhöht werden, sowie dazu ergänzend ein kommunaler Rechtsanspruch auf einen Frauenhausplatz besteht.

Zudem wollen wir die Einführung einer Pauschalfinanzierung pro Platz und Jahr statt Tagessätzen ermöglichen. Ergänzend fördern wir die Schaffung zusätzlicher Schutzplätze für Frauen mit Behinderungen.

Durch eine umfassende Präventionsstrategie, öffentlichkeitswirksame Kampagnen, die Unterstützung von z. B. Männergruppen, die sich für Gewaltprävention einsetzen und erweiterte Täterarbeit, wollen wir eine Sensibilisierung der gesamten Bevölkerung für häusliche Gewalt erreichen und Hilfe ermöglichen.



## Krisenvorsorge

Wir setzen uns für einen effizienten und funktionierenden Zivilschutz der Stadt Frankfurt, als Bestandteil der Metropolregion Rhein-Main, ein. Hier haben international agierende Banken, Rechenzentren und der Frankfurter Flughafen sowie EU-Institutionen ihren Sitz, weshalb Frankfurt in nationale und europäische Sicherheitsstrategien eingebunden werden muss. Vor allem die kritische Infrastruktur, wie der Internetknotenpunkt, muss

geschützt werden. Wir erkennen die strategische Bedeutung des Standorts Frankfurt im Verteidigungsfall an und wollen medizinische, logistische und zivile Versorgung konsequent vorbereiten. Dazu wollen wir verlässliche Abläufe, Training und Koordination zwischen Stadt, Land, Bund und unseren europäischen sowie internationalen Partnern gewährleisten.

Volt will den bestehenden Zivilschutz und die Zusammenarbeit mit lokalen Akteur\*innen wie z. B. der "Arbeitsgemeinschaft Frankfurter Hilfsorganisationen" (AGFH) weiter ausbauen, sodass im Krisenfall ein inklusives Schutzkonzept für alle Frankfurter\*innen bereit steht.

## Istanbul Konvention

### Best Practice

Die „**Council of Europe Convention on preventing and combating violence against women and domestic violence**“, auch bekannt als „Istanbul-Konvention“, basiert auf der Erkenntnis, dass Gewalt gegen Frauen eine Form geschlechtsspezifischer Gewalt darstellt, die gegen Frauen verübt wird, weil sie Frauen sind. Es ist die Pflicht des Staates, diese Gewalt in all ihren Formen zu bekämpfen und Maßnahmen zu ergreifen, um Gewalt zu verhindern, ihre Opfer zu schützen und die Täter zu verfolgen.

# Wirtschaft und Soziales im Einklang

## Kapitel 2: Economic Renaissance

Klimaneutralität, Wettbewerbsfähigkeit und soziale Gerechtigkeit dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden, denn sie sind der Schlüssel für ein zukunftsfähiges Deutschland und funktionierendes Frankfurt. Es ist Zeit für ein progressives Update unserer Wirtschaft.

Unsere Wirtschaft muss wettbewerbs- und innovationsfähig sein. Sie muss sich im globalen Wettbewerb mit neuen Kräften und disruptiven Technologien behaupten, Arbeitsplätze schaffen und die Bedürfnisse unseres Gemeinwesens sichern.

Im Bereich Wirtschaft hat Volt sich für eine ökologische, sozial gerechte und zukunftsfähige Wirtschaftsstruktur in Frankfurt stark gemacht, mit einem besonderen Fokus auf Innovation, Fairness und gezielter Unterstützung von kleinen und mittleren Akteur\*innen. Mit mehreren Etatanträgen, deren Umsetzung teilweise noch aussteht, hat Volt hierauf einen Schwerpunkt gesetzt.

Insgesamt wurde die städtische Wirtschaftsförderung gestärkt und weiterentwickelt, um schneller, strategischer und an den Bedürfnissen verschiedener Branchen ausgerichtet agieren zu können. Darüber hinaus hat Volt mit Veranstaltungen wie dem "Rooftop Day" und der Unterstützung der alternativen Bahnhofsviertelnacht wichtige Impulse für eine moderne und kreative Tourismusförderung in einem lebenswerten Frankfurt gesetzt.

Wirtschaft, die **funktioniert**.



# Sozial gerechte Wirtschaft

Die Lebenshaltungskosten in Frankfurt sind sehr hoch. Ohne soziale Ausgleichsmechanismen verschärfen sich Ungleichheiten. Volt verfolgt das Ziel einer Wirtschaftspolitik, die lokale Stärke mit sozialer Gerechtigkeit verbindet: Wirtschaftliche Entwicklung darf nicht zu Verdrängung und Ungleichheit führen, sondern soll Wohlstand breiter verteilen.

Volt fordert von großen Unternehmen soziale Verantwortung zu übernehmen, da dies auch ihrem eigenen Interesse entspricht. Die Übernahme von Verantwortung gegenüber Menschen und Umwelt kann Kosteneinsparungen bewirken sowie den Zugang zu Kapital, die Beziehung zu den Kund\*innen, die Situation der Arbeitnehmer\*innen verbessern und die Innovationskapazitäten erhöhen. Sie schafft dauerhaftes Vertrauen und damit bei den Beschäftigten, den Verbraucher\*innen und den Bürger\*innen eine Basis für nachhaltige Geschäftsmodelle.

Mehr Vertrauen wiederum trägt zur Schaffung eines Umfeldes bei, indem die Unternehmen innovativ arbeiten und wachsen können. Für die Gesellschaft hat das den Vorteil, dass Unternehmen einen erheblichen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung leisten können.

Volt setzt sich dafür ein, dass kommunale Ausschreibungen stärker an soziale Kriterien wie faire Löhne, Integration und Gleichstellung gekoppelt werden. Wir wollen durchsetzen, dass Frankfurt in Kooperation mit Betrieben Ausbildungs- und Qualifizierungsprogramme für Langzeitarbeitslose, Migrant\*innen und Geringqualifizierte schafft. Wir setzen uns für eine faire Vergabepolitik ein, die auch kleinen, regionalen Betrieben Chancen gibt.

Frankfurt soll eine funktionierende Modellstadt für „Social Entrepreneurship“ werden, in dem gemeinwohlorientierte Start-ups und Initiativen gefördert werden.

## Solidarity Economy

### Best Practice

Der [Plan to Boost the Social and Solidarity Economy \(PIESS 2024–2027\)](#) ist Barcelonas Programm zur Förderung der sozialen und solidarischen Wirtschaft (SSE). Er stärkt Unternehmen und Initiativen, die soziale Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit und demokratische Teilhabe der Bürger\*innen fördern. Der Plan entstand im Kontext der Klimakrise und sozialer Ungleichheit. Das Vorhaben ist eng mit der strategischen Ausrichtung Barcelonas verbunden und zielt auf eine Wirtschaft, die dem Wohl der Menschen und dem Schutz des Planeten dient. Er verbindet Soziales mit Wirtschaft und Klima.

# Nachhaltige Wirtschaft

Unsere Klimaziele sollen sich nicht nur auf Veränderungen in den städtischen Versorgungssystemen, den eigenen Verwaltungen und den Privathaushalten beschränken, sondern auch die Frankfurter Unternehmen aktiv miteinbeziehen und mitnehmen. Der grundlegende Wandel zu einer nachhaltigen Art des Wirtschaftens setzt ein entsprechendes Umdenken innerhalb der Betriebe voraus. Diesen ökologischen Wandel betrachten wir für ein lebenswertes Frankfurt als absolut notwendig. Deshalb soll die Stadt eine unterstützende Rolle spielen und eine intelligente Kombination aus freiwilligen Maßnahmen und ergänzenden Regelungen einsetzen, die etwa zur Förderung der Transparenz und zur Schaffung von Marktanreizen für verantwortungsvolles unternehmerisches Handeln beitragen. Darüber

hinaus soll die Stadt Frankfurt ihren direkten Einfluss als Anteilseignerin nutzen, um entsprechende Transformationen bei Unternehmen mit städtischer Beteiligung einzuleiten. Volt macht sich stark für eine gezielte Unterstützung bei der Nachfolge von Handwerksbetrieben, damit wertvolles Wissen und Arbeitsplätze nicht verloren gehen, wenn Eigentümer\*innen in den Ruhestand treten. Wir befürworten soziale und ökologische Unternehmensgründungen. Frankfurt kann hier eine Modellstadt werden, indem wir gezielte Förderprogramme, Beratung und Netzwerke aufbauen und den Zugang zu Finanzierung erleichtern. Volt setzt sich für die Förderung von Gründer\*innen ein. Wir wollen gezielt Frauen ermutigen, ihre Ideen anzugehen, umzusetzen und eigene Unternehmen aufzubauen.

## Climate Plan 2035

### Best Practice

Die Stadt Kopenhagen verfolgt mit dem [Climate Plan 2035](#) ambitionierte Ziele: Klimapositivität für direkte CO<sub>2</sub>-Emissionen innerhalb der Stadtgrenzen und eine Halbiierung der Pro-Kopf-Emissionen bis 2035. Zentral ist die Einbindung aller Akteure – Bürger\*innen, Unternehmen und Verwaltung – über Bürgerforen, Klimagipfel und kooperative Entwicklungsprozesse. Dadurch werden Lösungen gemeinsam erarbeitet, um die globalen und lokalen Emissionen wirksam zu reduzieren.

# Innovation in der Wirtschaft

Viele Kommunen in Deutschland – darunter auch Frankfurt am Main – verfügen zwar über eine starke Hochschul- und Forschungslandschaft, die Zahl der erfolgreichen Ausgründungen bleibt jedoch im internationalen Vergleich zurück. Bürokratische Hürden, mangelnde Finanzierungsmöglichkeiten in der Frühphase und fehlende Anbindung an kommunale Netzwerke erschweren insbesondere innovativen Start-ups den Markteintritt. Volt will Start-ups gezielt unterstützen und Netzwerke stärken – für ein Frankfurt am Main, das funktioniert, Chancen bietet und lebenswert für alle ist.

Wir von Volt wollen Kooperationen mit Hochschulen ausbauen, um Ausgründungen zu erleichtern und Transferzentren für wertvolle Forschungsergebnisse aufzubauen. Wir setzen uns für die Entstehung von kommunalen Mikrokreditfonds ein, die in Kooperation mit der Europäischen Union und lokalen Banken Frühfinanzierungen ermöglichen.

Wir möchten kommunale One-Stop-Shops für Gründer\*innen einrichten, die z.B. Beratung, Förderanträge und Bürokratieabbau bündeln. Wir wollen durchsetzen, dass kommunal Räume für Start-ups (Co-Working, Maker-Spaces, Testflächen) zu vergünstigten Konditionen bereitgestellt werden. Volt möchte Frankfurt zu einem dynamischen Innovationszentrum entwickeln, in dem Gründer\*innen unkomplizierten Zugang zu Finanzierung, Beratung und Netzwerken erhalten. So entsteht ein lokales Innovationsökosystem, das international wettbewerbsfähig ist. Eine zukunftsähnliche funktionierende Stadt braucht eine starke und vielfältige Wirtschaft. Deshalb setzen wir uns für eine aktive und verlässliche städtische Wirtschaftsförderung ein, die mit einem gut ausgestatteten Gründerfonds wirkt. Volt will für die gesamte Bandbreite der lokalen Frankfurter Wirtschaft eine "New Economic Agenda".

Diese soll, wie in Barcelona, Spanien, Prioritäten und Maßnahmen für eine zukunftsähnliche Wirtschaft setzen. Dabei wollen wir die Chancen nutzen, die unsere Stadt mit ihrer einzigartigen Lage, ihrer Internationalität und ihrer hohen Dichte an Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Start-ups bietet. Zentrale Handlungsfelder sind Wettbewerbsfähigkeit, Nachhaltigkeit und Digitalisierung. Denn die kommunale Wirtschaftsförderung ist oft nur auf klassische Gewerbeansiedlung fokussiert, ohne Dinge wie Nachhaltigkeit, sinnvolle Digitalisierung und soziale Aspekte mitzudenken. Für Volt ist das zu kurzsichtig. Aus unserer Sicht ist Wirtschaftsförderung nur nachhaltig, wenn sie ökologische Aspekte, Digitalisierung und soziale Teilhabe berücksichtigt, um ein lebenswertes Frankfurt zu ermöglichen.

Frankfurt verfügt über immer weniger freie Flächen. Das verhindert, dass sich Unternehmen hier ansiedeln und neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Allein in den letzten fünf Jahren kamen 46 Flächenanfragen mit einem Volumen von 650 Hektar nicht zur Umsetzung. Um das zu ändern, wollen wir ein ambitioniertes Gewerbeflächenentwicklungsprogramm (GEP) für Frankfurt umsetzen. Dies beinhaltet ein verbindliches Monitoring, akti vierbare Flächenpotenziale, neue Gewerbegebiete wie im Industriepark Griesheim (mit Potenzial für 4.000–5.000 Arbeitsplätze), ausreichender Schutz bestehender Gewerbeflächen, sowie vernetzter Planung von Wohnen und Gewerbe. Dabei sollen neue Gewerbeflächen nach Vorbild des nachhaltigen Gewerbegebiets in Fechenheim-Nord/Seckbach entstehen.

Foto von Adrien Olichon von [Pexels](#)

## Amsterdam Startup Village

### Best Practice

Das „**Amsterdam Startup Village**“ ist ein Innovationscampus im Amsterdam Science Park, der dort technologie- und wissenschaftsbasierte Start-ups fördert. Die Büros bestehen aus modularen Containern, die flexible Arbeitsräume schaffen. Der Standort vernetzt Forschung, Unternehmertum und Investoren und unterstützt dabei insbesondere Start-ups mit Fokus auf KI und Quantum.



# Handwerk und Ausbildung

Das Handwerk in Frankfurt steht wie auch bundesweit vor vielfältigen strukturellen Herausforderungen. Sinkende Ausbildungszahlen, unbesetzte Ausbildungsplätze und eine wachsende Zahl junger Menschen ohne Berufsabschluss sorgen für fehlende Fachkräfte in Handwerk und Industrie. Zeitgleich sind steigende Lebenshaltungskosten, insbesondere für Mieten, sowie knappe Gewerbeflächen im Stadtgebiet Alltagsrealität.

Frankfurt hat die Chance, nachhaltige Lösungen für die Herausforderungen im Handwerk und Ausbildung umzusetzen. Wir machen uns daher stark für einen vernetzten Ansatz, der Bildung, soziale Maßnahmen, Mobilität und Wohnraum verbindet, um eine funktionierende Stadt der kurzen Wege mit erfolgreichem Handwerk zu schaffen. Frankfurt braucht endlich die Handwerkshöfe, ein Konzept, das seit Jahren diskutiert wird, aber bisher nicht umgesetzt wurde. Gerade in einer wachsenden und dicht bebauten Stadt sind Flächen für Handwerksbetriebe knapp und oft unbezahltbar.

Foto von Vlada Karpovich [Pexels](#)

Handwerkshöfe bieten dafür eine konkrete Lösung: zentrale, bezahlbare und gut erschlossene Flächen, auf denen Werkstätten, kleine Produktionsbetriebe sowie Lagerflächen gebündelt werden können. Damit sichern wir die Zukunft lokaler Handwerksbetriebe, erhalten Ausbildungs- und Arbeitsplätze und sorgen dafür, dass Dienstleistungen und Reparaturen auch weiterhin direkt vor Ort verfügbar sind.

Volt möchte Informationskampagnen und frühe Berufsorientierung in der Schule fördern. Zum Beispiel möchten wir den Schulen Angebote für Praxisprojekte und gezielte Förderung von Sprache, Mathematik und Naturwissenschaften machen. Wir wollen neu in Deutschland Angekommene durch zusätzliche Qualifizierung und Sprachförderung unterstützen und ihnen schneller die Anerkennung ausländischer Abschlüsse ermöglichen.

Damit Auszubildende und Ausbildungsbetriebe sich finden, braucht es niederschwellige Angebote. Eine App oder Matching-Plattformen können hier hilfreich sein, Azubi und Ausbilder\*in zusammenzubringen.

Moderne Social-Media-Kampagnen, sowie Kooperationen mit regionalen Handwerks-Influencer\*innen sind geeignet, das Handwerk attraktiv zu machen. Ergänzend dazu soll ein freiwilliges Handwerksjahr wie in Lübeck angeboten werden.

Um kleinen Betrieben das Ausbilden zu ermöglichen, setzen wir auf Anreize und wollen Ausbildungsverbünde, Bürokratieabbau, Mentoring und Konfliktberatung fördern.

Damit auch Auszubildende sich trotz der enormen Mietpreise das Leben in Frankfurt leisten können, setzen wir uns für den zügigen Bau von Azubi-Wohnheimen ein. Um kurzfristig ausreichend Azubi-Wohnraum zur Verfügung zu stellen, wollen wir Alternativen wie z. B. die Umwidmung von Leerstand prüfen.

Wir unterstützen die Gründung eines kommunalen Azubiwerks, analog zu Studierendenwerken, nach Münchner Vorbild. Ein solches Azubiwerk würde sich explizit um die Anforderungen von Auszubildenden kümmern.

## Freiwilliges Jahr

■ Best Practice

Das [Freiwillige Handwerksjahr in Lübeck](#) bietet Jugendlichen die Möglichkeit, in einem Jahr bis zu vier verschiedene Ausbildungsberufe praktisch auszuprobieren. Sie gewinnen klare Orientierung über ihre berufliche Zukunft und können unmittelbar entscheiden, welcher Beruf zu ihnen passt. Teilnehmer\*innen erhalten eine monatliche Aufwandsentschädigung können bei Interesse in eine Ausbildung starten.



# Tourismus und Events

Frankfurt ist mehr als nur ein Finanzplatz – es ist eine offene, internationale, vielfältige Stadt mit hoher Anziehungskraft im Tourismus für Geschäftsreisende und Event-besucher\*innen, aber auch für Bewohner\*innen aus dem Umland, die in unserer Stadt Gastronomie- und Kulturan-gebot sowie unseren Einzelhandel nutzen. Diese Besucherströme sind zugleich Chance und Herausforde- rung. Bisher fehlt ein kohärenter, transparenter und nachhaltiger Ansatz, der den Tourismus als Teil der gesamten Stadtentwicklung versteht, die Lebensqualität für alle verbessert und gleichzeitig den ökologischen Fußabdruck minimiert.

Wir setzen uns für eine progres- sive, neue "Visitor-Economy-Stra- tegie" ein, die Stadtentwicklung, Nachhaltigkeit, Wirtschaftsförde- rung und soziale Teilhabe zusammen denkt. Inspiration liefern Best Practices aus europäischen Städten wie Rotterdam und Kopenhagen.

Foto von ClickerHappy von Pexels

Frankfurt braucht eine sinnvolle Neuausrichtung im Tourismus und eine Überarbeitung der Arbeits- weise der "Tourismus+Congress GmbH Frankfurt am Main (TCF)". Wir wollen mit einem öffentlichen Rechenschaftsbericht über den Umsetzungsstand und die Defizite des „Masterplan Tourismus Frank- furt am Main 20230 (PDF)“ und des „Masterplan ErlebnisCity Frank- furt am Main“ informieren. Ergän- zend möchten wir prüfen, ob der Masterplan um Möglichkeiten für nachhaltigen, umweltfreundlichen Tourismus erweitert werden kann.

Wir fördern junge Veranstal- ter\*innen, Start-ups und nachhal- tige Formate, erkennen Clubs als Kulturstätten an und stärken die Kreativ- und Subkulturszene. Frank- furt ist ein Standort für Tagungen, Anreiz- und Belohnungsreisen, Kongresse, und Ausstellungen (Meetings, Incentives, Confe- rences, & Exhibitions "MICE").

Dabei wollen wir den Fokus auf Nachhaltigkeit und "Green Confe- rencing" legen. Dies bringt der Stadt Frankfurt als Standort langfristig ein Alleinstellungsmerkmal auch im internationalen Wettbewerb ein.

Zusätzlich möchten wir Frankfurt als Zukunftsstadt positionieren, indem wir technologiegestützte Freizeitan- gebote stärken. Mit klaren Regeln, professioneller Eventorganisation und Weltoffenheit machen wir Frankfurt zu einer der innovativsten und vielfältigsten Tourismusstädte Europas mit einer lebendigen und gelebten Kulturszene **> s. Kultur**

## Rotterdam Way

### Best Practice

Rotterdam zeigt, dass erfolgreiche Städtetourismus-Strategien nicht von historischen Stadtzentren abhängig sein müssen. Die Stadt hat sich von einem industriellen Hafen mit begrenztem Tourismus zu einem international gefragten Reise- ziel entwickelt. Besucher\*innen schätzen die moderne Architektur, kreative Szene und lebendige Atmosphäre, wobei die industrielle Vergangenheit und urbane Eigen- schaften positiv genutzt werden: der [Rotterdam Way](#). Rotterdam nutzt den Tourismussektor aktiv, um lokale Unternehmen zu stärken, marginalisierte Gruppen einzu- beziehen und städtische Trans- formation zu fördern. Gleichzeitig adressiert die Stadt Herausforde- rungen wie wirtschaftliche, soziale und ökologische Nachhaltigkeit sowie Klimafolgen, wodurch ein ganzheitlicher Ansatz für wach- senden Städtetourismus entsteht.



# Gemeinschaft über alle Grenzen

## Kapitel 3: Social Equality

Von einer Gesellschaft, in der alle Menschen gleichberechtigt sind, dieselben Rechte und Chancen haben sowie sozial teilhaben können. Das bedeutet, dass jede Diskriminierung von Gruppen und Minderheiten beendet wird, dass Armut konsequent abgebaut und die Integration und Teilhabe aller Menschen an der Gesellschaft sichergestellt ist.

Wir setzen uns dafür ein, dass alle Menschen unabhängig von Alter, Herkunft oder Lebenssituation gleichberechtigt in die Gesellschaft eingebunden werden. Kinder und Jugendliche sollen gleiche Bildungschancen und sichere Räume zum Aufwachsen erhalten. Ältere Menschen sollen aktiv am gesellschaftlichen Leben teilhaben und ihre Erfahrung einbringen können. Geflüchtete und Expats sollen integriert werden, Zugang zu Bildung, Arbeit und sozialen Angeboten erhalten und Teil einer offenen, solidarischen und lebenswerten Stadtgesellschaft sein.

Gemeinschaft, die **funktioniert**.



# Öffentlicher Raum

Verändertes Freizeit- und Konsumverhalten haben Einfluss auf die Nutzung des öffentlichen Raums. Sowohl Frankfurts Bürger\*innen als auch Tourist\*innen wünschen sich eine funktionierende Infrastruktur, die für alle verfügbar und frei von wahrgenommener Konsumpflicht ist. Das 2023 beschlossene **Toilettenkonzept** muss beschleunigt umgesetzt werden und für das Konzept der "netten Toilette" mehr Vertragspartner\*innen aus Gastronomie und Einzelhandel sowie in öffentlichen Behörden gefunden werden. Ergänzend schlägt Volt die Einrichtung von selbstreinigenden 24/7-Hotspot-Toiletten vor. Wir wollen, dass das Grünflächenamt

ausreichende finanzielle Mittel erhält, um öffentliche Freizeitanlagen wie Spielplätze instand zu halten und defekte Spielgeräte zu ersetzen. Im Rahmen der normalen Sanierung und Erneuerung sollten vermehrt auch barrierefreie, also gemeinsam nutzbare Spielzeuge installiert werden.

Volt will den Bestand von Trinkwasser- und Erfrischungsbrunnen ausbauen und auch abseits der Zentren mehr Anlagen zur Verfügung stellen. Es sollen weitere Sitzplätze im öffentlichen Raum geschaffen werden – auch abseits der Innenstadt. Dazu möchte Volt mehr Parklets schaffen und

somit mehr Raum für soziales Verweilen und eine nachbarschaftliche Gemeinschaft schaffen.

Ergänzend zum Fundbüro sollen in der Stadt Fundboxen zur Abgabe von Dokumenten und Alltagsgegenständen aufgestellt werden. Diese sollen dazu beitragen, dass mehr verlorene Gegenstände den rechtmäßigen Besitzer\*innen zurückgeführt werden können. Wir fördern die Einrichtung von "Repair Cafés", um einen zusätzlichen Beitrag zur Kreislaufwirtschaft zu leisten.

# Hunde in Frankfurt

In Frankfurt stehen hohe Einnahmen aus der Hundesteuer von rund 2,5 Millionen Euro jährlich einer unzureichenden und veralteten Infrastruktur für Hunde gegenüber. Es mangelt an sicheren, eingezäunten Auslaufplätzen und die offiziellen Informationen dazu sind veraltet. Dies führt zu Nutzungskonflikten und Unzufriedenheit bei Hundehalter\*innen. Unser Ziel ist es, Frankfurt hundefreundlicher zu gestalten und ein faires Miteinander zwischen Hunden, Hundebesitzer\*innen und allen anderen zu fördern.

Wir schlagen dem Grünflächenamt vor, eine Strategie zur Gestaltung und Verteilung von Hundeparks und Hundewiesen zu entwickeln. Dabei sollten Hundehalter\*innen und Interessierte für jeden Stadtteil einzogen werden. Grundsätzlich sollten Hundeparks möglichst eingezäunt sein, sodass Hunde sorgenfrei von der Leine gelassen werden können. In der zu erweiternden "Frankfurt App" kann über aktuelle Verfügbarkeit und Gestaltung von Hundeparks in Frankfurt informiert werden.

Um auch nachts Gassi gehen zu können, sollte es eine bedienbare Beleuchtung in Hundeparks geben. So wird keine übermäßige Lichtverschmutzung in Grünflächen erzeugt.

## ► s. Digitaler Zugang zur Stadt

Damit Hundeparks und Hundewiesen nicht übermäßig verschmutzen, sollten ausreichend Kotbeutel und Mülleimer zur Verfügung stehen. Volt will, dass ein Hundeführerschein Voraussetzung für die Anmeldung eines Hundes wird. Unabhängig, ob ein Hund als gefährlich gilt, halten wir einen Sachkundenachweis für Hundehalter\*innen für wichtig.

Für Hunde, die von ihren Halter\*innen aus Tierheimen übernommen wurden, die mit der Stadt Frankfurt einen Fundtiervertrag oder einen anderweitigen Vertrag in Bezug auf die Verwahrung von Hunden haben, wollen wir eine dauerhafte Steuerbefreiung erreichen. Die 2025 beauftragte Steuerbefreiung für Assistenz- und Therapiehunde werden wir beibehalten.

Foto von Eileen O'Sullivan, Namh



# Bauen und Wohnen

Wir wollen ein Frankfurt, in dem Wohnen für alle bezahlbar wird. Dabei orientieren wir uns an einer flächensparenden, klimaneutralen und klimaresilienten Stadt. Wir wissen, dass Bauland in Frankfurt ein knappes Gut ist. Deshalb wollen wir gemeinsam mit den Umlandkommunen an einer polyzentrischen Erschließung von Bauland für neuen Wohnraum, entlang der Nahverkehrsachsen des ÖPNV, arbeiten.

Im Stadtgebiet soll Bauland vor allem dem Allgemeinwohl dienen und sich, so weit wie möglich, in kommunaler Hand befinden. Volt setzt sich außerdem für eine aktive Liegenschaftspolitik ein. Städtische Vorkaufsrechte sichern wir finanziell über einen gestärkten Liegenschaftsfond und gegebenenfalls eine neue kommunale Anleihe. Städtische Grundstücke werden zeitnah und vorzugsweise an öffentliche, gemeinwohlorientierte und genossenschaftliche Wohnungsunternehmen auf Erbpachtbasis vergeben.

Wir reduzieren den Erbbauzins bei gemeinwohlorientierten Bauprojekten. Den geplanten **Stadtteil der Quartiere** werden wir weiter vorantreiben. Wir wollen außerdem eine soziale und klimangepasste Bebauung der **Güntersburghöfe**. Die Planungen sollen so optimiert werden, dass ein Kerngebiet des wertvollsten Baumbestandes erhalten bleibt. Durch die Priorisierung von Bebauungsplänen, Parallelisierung von Planungs- und Genehmigungsvorgängen und konsequente Digitalisierung beschleunigen wir städtische Genehmigungsprozesse und wollen so Ineffizienzen bei der Verteilung von Wohnraum und Bauland erkennen und beseitigen.

Wir bekennen uns zum **Baulandbeschluss** und schaffen so dauerhaft geförderten Wohnraum. Die bestehenden Förderprogramme (**Förderweg 1** und **Förderweg 2**, **Förderung von selbstgenutztem Wohneigentum**) wollen wir beibehalten und an die zukünftige Preisentwicklung anpassen. Wir setzen auf Nachverdichtung, Dachgeschossausbau und

Aufstockung sowie die Umwandlung von dafür geeigneten Büroflächen in Wohnraum.

Wir setzen uns für die Überarbeitung der **Milieuschutzzsatzungen** ein, da diese in ihrer jetzigen Form zeitgemäße Modernisierungen, energetische Sanierungen und die Schaffung von mehr Wohnraum erschweren oder verhindern. Dabei setzen wir auf sozialverträgliche Lösungen, die sowohl für Mieter\*innen als auch für Kleineigentümer\*innen finanziell tragbar sind.

Wir bekämpfen entschieden spekulativen Leerstand und die Umgehung der Mietpreisbremse durch möbliertes Wohnen. Wir schaffen mehr Transparenz für Bürger\*innen auf dem Wohnungsmarkt und in der Stadtentwicklung. Als innovatives Instrument, um bedarfsgerechten Wohnraum ohne Neubau zu schaffen, sehen wir ein kommunales Umzugskettenmanagement, bei dem Miet erhöhungen vermieden werden.

Wir setzen uns außerdem für eine einkommens- und vermögensunabhängige Umzugsprämie bei Umzügen aus "unterbelegten" in kleinere Wohnungen ein, die auch Renovierungs- und Umzugs kosten abdeckt. Auch für Auszubildende möchten wir das Wohnen erschwinglich machen. Neben der Gründung eines Azubiwerks, wollen wir einen Mietkostenzuschuss für Azubis und Studierende als akute Soforthilfe prüfen.

**> s. Handwerk**

## Wohnfonds Wien

### Best Practice

Der "wohnfonds\_wien" ist ein kommunaler Wohnbaufonds, der als Fonds für Wohnbau und Stadterneuerung zentrale Aufgaben im Bereich des sozialen und geförderten Wohnungsbaus übernimmt. Der Zweck dieses Fonds umfasst insbesondere die Beschaffung, Entwicklung und Bereitstellung von Grundstücken für den sozialen Wohnbau sowie die Unterstützung der Stadterneuerung und Sanierung. Die Stadt Wien investiert jährlich hunderte Millionen Euro in die Wohnbauförderung, die sowohl den Neubau als auch die Sanierung und Mieterunterstützung

umfasst. Rund 60% der Wiener Bevölkerung leben heute in geförderten oder kommunalen Wohnungen. Die Kombination aus kommunaler Grundstückspolitik, strenger Qualitätsprüfung bei Förderungen und vorausschauender Stadtplanung sorgt für ein konstant hohes Angebot an leb baren, qualitativ hochwertigen Mietwohnungen mit sozialer Durchmischung. Das Wiener Modell wird oft als Vorbild für soziale Wohnbaupolitik gesehen. Experten verweisen auf die gute Wohnqualität, moderate Mieten und eine effektive, soziale Steuerung von Wohnraum.

## Lebendige Innenstadt

Wir möchten die Innenstadt entlang der Bedürfnisse ihrer Einwohner\*innen neu gestalten. Einladende, konsumfreie Räume, ansprechend gestaltete Grünflächen, Sitzgelegenheiten und abwechslungsreiche Gastronomie und Einzelhandel sollen die Stadt lebenswert machen. Architektonische Vielfalt und Mut bei der Anlage, Entstiegung und Pflege von Plätzen sorgen für ein Bild, das anregt, die vielen Straßen und Alleen des historisch ältesten Stadtgebiets zu entdecken. Die wirtschaftlichen Inter-

essen der Investoren müssen in Einklang mit der städtebaulichen Entwicklungsstrategie gebracht werden. In den Erdgeschossen der vielen Straßen sollen offene und transparente Räume zu finden sein, die somit viele Schaufenster für kleine bis mittelgroße Einzelhandel und Gastronomien bieten und zum Verweilen einladen. Darüber entstehen Wohnungen, die Lebensraum im Herzen Frankfurts schaffen und Gleichgewicht zwischen Gewerbe und Wohnraum schaffen. Durch den Umbau von

riesigen Ladenflächen hin zu vielen kleinen Ladenflächen bieten wir kleineren, einzigartigen Geschäften die Möglichkeit der Ansiedlung mitten in Frankfurt. Durch sie wird der Spaziergang durch die einladende Innenstadt zu einer Entdeckungsreise, die nicht durch Online-Shopping ersetzt werden kann.

## Bahnhofsviertel

Der einzigartige Charakter des Frankfurter Bahnhofsviertels muss beibehalten werden. Kultur, Gastronomie und ein attraktives Nachtleben sollen und dürfen sich weiterentwickeln, ohne dass der Konsum von Drogen durchpressive Maßnahmen verlagert wird. Wir halten am Frankfurter Weg in der Drogenpolitik fest und möchten ihn weiterentwickeln. **> s. Frankfurter Weg**

Volt unterstützt die Einrichtung eines Suchthilfezentrums speziell für Crack-Konsumierende. Während die finanzielle Förderung des Bahnhofsviertels durch die hessische Landesregierung begrüßt wird, lehnen wir die Verdrängungsmaßnahmen in ihrem 7-Punkte-Plan ab. Wir sehen, dass sich die Situation im Bahnhofsviertel in der letzten Zeit wieder deutlich verbessert hat und die bereits getroffenen Maßnahmen, die insbesondere von den lokalen Akteuren erarbeitet wurden, wirken.

Wir setzen uns dafür ein, dass Drogenhilfe und sichere Konsumräume auch weiterhin Konsumierenden außerhalb Frankfurts zur Verfügung stehen. Wir wollen, dass Frankfurt weiter mit benachbarten Kommunen, aber auch mit der hessischen Landesregierung verhandelt,

so dass auch die entsprechenden Heimatgemeinden mehr für die Drogenkranken vor Ort leisten.

Volt unterstützt die Waffenverbotszone im Bahnhofsviertel. Bei der Videoüberwachung muss allerdings sichergestellt werden, dass datenschutzrechtliche Anforderungen erfüllt sind. Dies gilt insbesondere beim Einsatz von künstlicher Intelligenz. Wir machen uns stark für eine regelmäßige Evaluation und Überprüfung der Verhältnismäßigkeit. Der Einsatz soll sich auf konkrete Ermittlungen begrenzen und Speicherung von Daten, nur sofern unbedingt notwendig, erfolgen.

Volt fördert und verstetigt Beteiligungsformate vor Ort, um das Bahnhofsviertel zu verbessern. Die betroffenen Stakeholder wissen selbst am besten, welche Maßnahmen benötigt werden. Die Stadt fördert dies durch Beteiligung der relevanten Dezernate, langfristigen Erhalt des Koordinierungsbüros und eine Verstetigung des Verfügungsfonds. Wir möchten, dass die Stadt weitere Beteiligungsformate koordiniert, um alle Beteiligte an einen Tisch zu bringen und verpflichtet sich selbst zu proaktiver und frühzeitiger Information und Transparenz von relevanten Projekten, wie neuen

Suchthilfeangeboten. Wir wollen ein quartiersbezogenes Verkehrskonzept entwickeln. Es sollen drei Hauptachsen mit klaren Funktionen entstehen. Die Münchener Straße wird dem ÖPNV und die Taunusstraße dem Radverkehr gewidmet. Die Kaiserstraße hat den Fußverkehr im Fokus; sie wird zum durchgehend autofreien Boulevard bis zur Hauptwache weiterentwickelt.

Volt setzt sich dafür ein, dass eine kulturelle Verbindung zwischen dem Bahnhofsviertel und der zukünftigen Kulturmeile geschaffen wird.

Während die Kulturmeile mit den städtischen Bühnen eher die Hochkultur bedient, kann beispielsweise die Kaiserstraße zum Zentrum für Kleinkunst, Clubkultur, Gastronomie und Unternehmertum entwickelt werden. Entsprechende Maßnahmen wie räumliche Umgestaltungen, Förderung von Zwischennutzungen, oder Unterstützung von Kulturevents sollen umgesetzt werden.

**> s. Kulturförderung**

# Obdachlosigkeit und Housing First

Obdachlosigkeit ist eine der sichtbarsten Formen sozialer Ungleichheit in unserer Gesellschaft. Volt setzt sich dafür ein, die Situation von obdachlosen und wohnungslosen Menschen nachhaltig zu verbessern und Frankfurt für wirklich alle lebenswert zu machen.

Nach Artikel 25 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte hat jeder Mensch das Recht auf Wohnen. Daraus folgt die Verpflichtung des Staates – auf Bundes-, Landes- sowie Kommunalebene – ausreichenden Wohnraum für alle Bürger\*innen sicherzustellen. Obdachlosigkeit verursacht zudem gesellschaftliche Kosten. Betroffene benötigen Notunterkünfte, müssen häufiger ins Krankenhaus oder lösen Notarzt- und Polizeieinsätze aus. Langfristig entstehen hohe Gesundheits- und Sozialkosten, wie beispielsweise durch unbehandelte Krankheiten oder soziale Probleme. Eine der Möglichkeiten, Obdachlosigkeit effektiv zu bekämpfen, ist das „Housing First“-Konzept. Volt hat es in der letzten Wahlperiode bereits maßgeblich gestaltet und mittlerweile findet es parteiübergreifend Unterstützung in Frankfurt.

Beim „Housing First“-Konzept erhalten obdachlose Menschen eine eigene Wohnung – ohne vorherige Bedingungen. Begleitende Hilfen wie Beratung oder Therapie werden ergänzend angeboten. Dadurch erhalten sie Sicherheit und Stabilität, können sich besser um Gesundheit und Arbeit kümmern. Das Programm ist langfristig erfolgreicher und kosteneffizienter als herkömmliche Ansätze. Denn die Kosten für eine Wohnung sind deutlich niedriger als z. B. für Notunterkünfte und regelmäßige Notarzt- und Polizeieinsätze.

In Finnland findet das Konzept schon heute erfolgreich Anwendung. Wir wollen es auch in Frankfurt weiter ausbauen, damit Obdachlosigkeit in einem lebenswerten Frankfurt bald der Vergan-

genheit angehört. Dazu werden wir „Housing First“ als zentrales Element festigen und auch ausreichend Personal zur Verfügung stellen und in einem Stadtkonzept verankern. Wir möchten schnellstmöglich eine angemessene Anzahl Wohnungen durch die stadteigenen Wohnungsunternehmen sowie eine Incentivierung privatwirtschaftlicher Wohnungsunternehmen durch Quoten und Förderungen erreichen. Wir möchten darüber hinaus auch private Vermieter\*innen durch Aufklärungskampagnen über „Housing First“ informieren, damit diese leerstehende Wohnungen zur Verfügung stellen. Um das Risiko für Vermieter\*innen zu reduzieren, wollen wir städtische Mietausfallgarantien ermöglichen. Das Karlsruher Programm „Wohnraumakquise durch Kooperation“ lebt diese Praxis bereits seit Jahren.

Wir machen uns dafür stark, die bisherigen Angebote der Notunterkünfte, des Kälte- und Hitzebus auszubauen, sowie als praktische Hilfe für Wohn- und Obdachlose kostenfreie Schließfächer zur Lagerung persönlicher Gegenstände bereitzustellen.

Foto von [Viktor Talashuk](#) auf [Unsplash](#)



Da ein großer Anteil wohnungsloser Menschen in Frankfurt aus der EU zugewandert sind, die nicht immer Anspruch auf Sozialhilfe bzw. eine längerfristige Unterbringung haben, wollen wir, dass ähnlich wie in Köln, München und in anderen Städten, städtische Unterkünfte eingerichtet werden. Nach dem Vorbild aus „Bureaux du Cœur“ („Büros mit Herz“) in Frankreich wollen wir außerdem Übernachtungsmöglichkeiten für obdachlose Menschen in Büros schaffen. Wir wollen verhindern, dass fristlose Kündigungen und Zwangsräumungen in die Obdachlosigkeit führen. Deshalb sollen Vermieter\*innen auch verpflichtet werden, Mietausfälle frühzeitig der Stadt zu melden, damit rechtzeitig und sozialverträglich im gemeinsamen Dialog nach guten Lösungen gesucht werden kann.

## Asunnottomuutta

### Flag Best Practice

Überall in Europa steigt die Zahl der Obdachlosen – nur in Finnland leben immer weniger Menschen auf der Straße. Der Grund dafür ist die **konsequente Bekämpfung von Obdachlosigkeit unter Anwendung des Housing-First-Prinzips**. Die Menschen erhalten zunächst eine Wohnung, dann kommt der Rest. In großen Teilen Deutschlands läuft das noch anders. Bevor Obdachlose über Hilfsprogramme eine Wohnung bekommen, müssen sie erst ihre Wohnfähigkeit beweisen. Die Gefahr, auf dieser Leiter weiter abzurutschen und wieder ganz unten zu landen, ist leider sehr hoch. Housing-First-Projekte sind in der Regel erfolgreich. Je nach Projekt leben 78 bis 90 % der ehemals Obdachlosen auch nach zwei Jahren noch in den Wohnungen und werden psychisch stabiler.

# Kinder- und Jugendförderung

Über 100.000 Kinder und Jugendliche im Alter zwischen 5 und 20 Jahren leben in Frankfurt. Besonders die psychische Gesundheit dieser Altersgruppe hat unter den großen Herausforderungen und Einschnitten der Covid-Pandemie sowie dem Klimawandel gelitten. Die Wartezeiten auf einen Therapieplatz sind lang und die übrigen Hilfesysteme sind chronisch überlastet. Selbst in Frankfurt existiert nicht in jedem Stadtteil ein Jugendhaus, in dem die Heranwachsenden soziale Kontakte pflegen, neue Freundschaften knüpfen oder Hilfe finden können.

Wir von Volt möchten, dass in jedem Stadtteil gut ausgestattete, also barrierefreie, Kinder- und Jugendhäuser mit ausreichend und angemessen ausgebildetem Personal den Heranwachsenden zur Verfügung stehen, damit diese ohne lange Wege für sie erreichbar sind – auch in den Abendstunden und am Wochenende.

Wir setzen uns dafür ein, dass Kinder, Jugendliche und Eltern den Zugang zu niedrigschwelligem

Gesundheitsangeboten wie z. B. Sozialarbeiter\*innen oder Mental Coaches in den Schulen und Kinder- bzw. Jugendhäuser erhalten. Dabei orientieren wir uns an den Erkenntnissen des Bundes-Modellprogramms „**Mental Health Coaches**“. Zudem machen wir uns dafür stark, dass mentale Gesundheit mit in den Lehrplan aufgenommen wird. Als ergänzende Maßnahme zum persönlichen Kontakt zu Vertrauenspersonen sehen wir großes Potential in der Bereitstellung von digitalen Angeboten zum Thema Gesundheit.

## > s. Digit. Gesundheitsversorgung

Wir wollen, dass öffentliche Plätze weiterhin mit einem Augenmerk auf Jugendliche ausgebaut werden.

> s. Öffentlicher Raum. Menschen jeden Alters freuen sich über sanitäre Anlagen, Trinkwasserbrunnen, Sitzgelegenheiten und WLAN. Speziell für Jugendliche bietet ein Ausbau der Schulhöfe, sowie von Sportanlagen, zu offenen Quartiersplätzen, verbunden mit einer Öffnung während der Ferienzeit, eine Alternative zu Einkaufszentren und Einkaufsstraßen.

Volt setzt sich für eine bessere finanzielle und strukturelle Unterstützung der Kommunalen Kinder-, Jugend- und Familienhilfe sowie freier Träger der Kinder- und Jugendhilfe ein. Sie leisten einen wertvollen Beitrag durch vielfältige Angebote, die flexibel auf die Bedürfnisse junger Menschen reagieren, kulturelle Vielfalt fördern und politische Mitbestimmung ermöglichen.

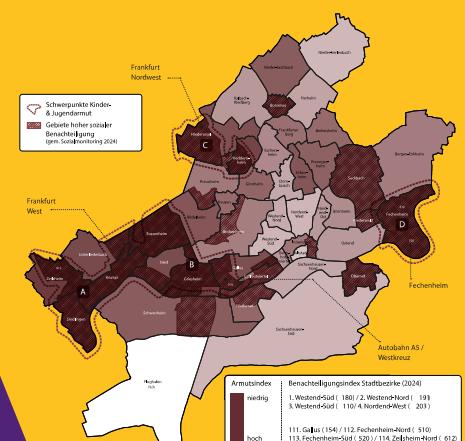
In jeder Einrichtung der offenen Kinder- und Jugendhilfe sollten mindestens zwei Vollzeitäquivalente an Fachpersonal vorhanden sein, um nicht nur den Arbeitsaufwand, sondern auch die emotionale und psychische Last zu teilen und nachhaltige Arbeitsverhältnisse zu ermöglichen. Bei der Verteilung von finanziellen Mitteln und Einrichtung weiterer Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe sowie konsumfreier Räume wollen wir, dass sich an den Lebenslagenkarten, die im Auftrag der Stadt Frankfurt erstellt wurden, orientiert wird.

Foto von RDNE Stock project von Pexels



## Lebenslagenkarte

„Um die vielfältigen Dimensionen von Armut und die sozialräumlichen Unterschiede in Frankfurt am Main sichtbar zu machen, wurden gemeinsam mit dem Stadtplanungsbüro urbanista sogenannte Lebenslagenkarten erstellt.“ **Jugend- und Sozialamt Frankfurt**



## Menschen im fortgeschrittenen Alter

Frankfurt verändert sich auch demografisch – knapp 10 % der Frankfurter\*innen sind über 70 Jahre alt. Viele leben allein, in nicht barrierefreien Wohnungen oder ohne enge familiäre und freundschaftliche Kontakte. Einsamkeit, Isolation und unzureichende Versorgung sind die Folge. Volt setzt sich für eine lebenswerte Stadt ein, in der ältere Menschen sichtbar, eingebunden und gut versorgt sind.

Wir machen uns daher dafür stark, dass das Programm „[Würde im Alter](#)“ fortgeführt und generationenübergreifende Mentoringprogramme gefördert werden. So entsteht soziale Nähe und Zusammenhalt. Wir wollen durch den Ausbau von Service- und Bringdiensten in den Stadtteilen zur Förderung eines selbstbestimmten Lebens beitragen, sowie durch die

regelmäßige Aktualisierung der Stadtteil-Service-Broschüren sicherstellen, dass Bürger\*innen stets informiert sind. Durch die gezielte Förderung von barrierefreiem und altersgerechtem Wohnen, der Schaffung von Begegnungsorten wie generationenübergreifenden Cafés und nachbarschaftlichen Treffpunkten, wollen wir gezielt älteren Personen den Zugang zur Gesellschaft ermöglichen.

Zudem wollen wir die Bekämpfung von Altersdiskriminierung in allen Lebensbereichen und die Förderung von lebenslangem Lernen durch Weiterbildungsangebote für ältere Menschen gewährleisten. Dazu zählt auch, dass persönliche und unkomplizierte Amtsgänge vor Ort trotz Digitalisierung möglich sind.

## Det Gode Ældreliv

### DK Best Practice

Der dänische Aktionsplan für „[Das gute Leben im Alter](#)“ zielt darauf ab, das Wohlbefinden, die Gesundheit und die Würde älterer Bürger\*innen zu verbessern. Er befasst sich mit Themen wie der zunehmenden Lebenserwartung, sozialer Isolation, körperlicher Schwäche und allgemeiner, gesundheitlicher Probleme unter Senior\*innen. Der Plan strebt nach einer Verringerung von Gebrechlichkeit, Einsamkeit und schlechter Gesundheit. Er soll ein gesundes Altern durch Prävention, Rehabilitation und soziale Inklusion fördern.

Foto von cottonbro studio von [Pexels](#)



# Barrierefreiheit

Barrierefreiheit ist mehr als nur ein Nice-to-have oder eine moralische Verpflichtung. Aktuell sind bundesweit 7,9 Mio. Schwerbehinderte registriert. Das entspricht 9,3% der Gesamtbevölkerung. Die Zahl der leichter Behinderten ist noch sehr viel größer.

Die meisten Behinderungen werden im Lauf des Lebens durch Unfälle oder infolge von Krankheiten erworben. Daher steigt in einer alternden Gesellschaft auch der Anteil der Behinderten. Alle haben ein Recht darauf, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Selbst 17 Jahre nach der Anerkennung der **UN-Behindertenkonvention** sehen sich Behinderte auf vielen Ebenen diskriminiert und noch immer von echter Teilhabe ausgeschlossen.

Von will das ändern und Inklusion zur Querschnittsaufgabe für ein lebenswertes Frankfurt machen. Inklusion muss in der Kita beginnen und sich in der Schule und den weitergehenden Bildungseinrichtungen fortsetzen, damit alle Bevölkerungsgruppen die Möglichkeit haben, ihre Talente und Fähigkeiten voll und möglichst frei zu entwickeln.

Schulen und Kitas sind so auszustatten, dass eine inklusive Betreuung möglich ist. Wir wollen daher sicherstellen, dass die Schulbauoffensive der Stadt Frankfurt die entsprechenden baulichen Maßnahmen berücksichtigt und ausgebildetes Personal vorhanden ist.

Der öffentliche Raum muss für alle nutzbar sein – unabhängig von Geschlecht, Alter, Einkommen oder Behinderung. Eine barrierefreie Stadt ist eine Stadt der kurzen Wege, insbesondere für geh- und sehbehinderte Menschen. Ihre Bedürfnisse sind über die des fließenden oder ruhenden Verkehrs zu stellen. Daher machen wir uns dafür stark, dass die Bedürfnisse Behindter konsequent in der Stadtplanung berücksichtigt werden. Was

für Behinderte essentiell ist, kommt auch Nicht-Behinderten zugute. Wir wollen Behinderte unabhängig von der Art ihrer Behinderung in die Lage versetzen, öffentliche Verkehrsmittel in vollem Umfang zu nutzen. Dazu gehört, alle Frankfurter U-Bahnlinien mit ausreichend Stellplätzen für E-Rollstühle auszustatten, alle Bahnstationen barrierefrei zu gestalten, Leitsysteme für Sehbehinderte zu schaffen und die Orientierungsmöglichkeiten im Allgemeinen auszubauen.

► **s. Mobilität** Alle Menschen sollen den Verkehrsraum sicher nutzen können – unabhängig von Alter, Behinderung und der Art der Fortbewegung. Bei der Verkehrsplanung sind die Bedürfnisse der Schwächsten konsequent zu priorisieren. Das bedeutet u. a., Gehwege von Hindernissen frei zu halten, mehr Behindertenparkplätze zu schaffen, Parkverstöße konsequent zu ahnden, Baustellen so zu planen, dass sie auch von Sehbehinderten rechtzeitig erkannt und barrierefrei umgangen werden können. Dazu wollen wir entsprechende Richtlinien prüfen und erweitern.

Behinderte sollen auf ein breites Angebot im Wohnungsmarkt zurückgreifen können. Zu den Minimalanforderungen barrierefreier Bauten gehört, dass sämtliche Etagen, auch Keller und Dachgeschoss, durch Fahrstühle erschlossen, die Türbreiten auf Elektrorollstühle ausgelegt, Badezimmer und Toilettenräume barrierefrei sind und Balkone auch mit Elektrorollstühlen genutzt werden können.

Außerdem müssen alle Barrieren abgebaut werden, die Behinderte daran hindern, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen, Nicht-Behinderte zu besuchen und ihrer Arbeitsfähigkeit nachzugehen. Medizinische Versorgung darf ebenso wenig an physischen Barrieren scheitern wie der Besuch von Konzerten, Ausstellungen oder Denkmälern. Wir wollen sicherstellen, dass öffentliche Gebäude bei Neu- und Umbauten

mit entsprechenden Leitsystemen ausgestattet werden. Wir wollen eine Stadt, die Behinderten in allen Bereichen die Teilhabe am öffentlichen Leben ermöglicht. Hierzu gehört, dass jede\*r unabhängig von der Behinderung schnell und barrierefrei Zugang zu korrekten Informationen hinsichtlich der Barrierefreiheit von Orten bekommt. Wir wollen daher, dass sämtliche Online Angebote der Stadt Frankfurt auf Barrierefreiheit überprüft und gegebenenfalls überarbeitet werden, um ihre Informationen barrierefrei zur Verfügung zu stellen.

Behinderte müssen in Notfällen die gleichen Überlebenschancen haben wie Nicht-Behinderte. Hierfür ist sicherzustellen, dass Behinderte rechtzeitig gewarnt und sichere Rettungswege geschaffen werden. Öffentliche Gebäude sind mit entsprechenden Vorrichtungen und Hilfsmitteln auszustatten. Rettungsstrategien müssen klar kommuniziert und Rettungskräfte entsprechend geschult werden.

Die neu zu schaffenden Hitzeschutzeinrichtungen müssen konsequent barrierefrei und auf die Bedürfnisse Behindter eingerichtet sein.

Foto von [Raj Tuladhar](#) auf [Unsplash](#)



# Integration von Geflüchteten

Volt setzt sich für eine humane, pragmatische und eine proaktive Integrationspolitik ein. Wir wollen, dass alle Menschen, die in unserer Stadt ankommen, eine faire Chance erhalten, sich sicher zu fühlen und einen eigenen Alltag aufzubauen. Das gilt ganz besonders für junge Menschen und Familien. Menschen mit einer Einwanderungsgeschichte prägen das kulturelle, wirtschaftliche und soziale Leben in Frankfurt ganz entscheidend mit – und das seit Jahrzehnten. Doch erfolgreiche Integration benötigt vor allem gute Rahmenbedingungen, insbesondere zur Überwindung von sprachlichen Barrieren, um Dialog, Begegnung und soziale und politische Teilhabe. Volt versteht Integration nicht als Einbahnstraße, sondern als Chance zum Austausch und gelebter Vielfalt.

Wir machen uns für ein Ende von Abschiebungen von Kindern und Jugendlichen und ihren Familien stark. Zwar ist Frankfurt nicht direkt für Abschiebungen zuständig, wenn Kinder hier soziale Einrichtungen besuchen oder zur Schule gehen, sehen wir es dennoch als Verantwortung der Stadt, all ihre Möglichkeiten zu nutzen, um zu verhindern, dass sie durch eine Abschiebung ihrem sozialen Umfeld entrissen werden. Wir wollen außerdem Kinder und Jugendliche durch gezielte Maßnahmen fördern, dies umfasst den Ausbau der Angebote in den Ankommensstrukturen für junge Geflüchtete, inkl. Beratung und Schutz, den Ausbau von jugendgerechten Sprachkursen, die Einhaltung des Kinderschutzes

und Kinderrechten in Geflüchtetenunterkünften. Damit die Anforderungen an Schulen und Ausbildungssätze erfüllt werden, setzen wir uns für die Bereitstellung von Jugendräumen in den Unterkünften ein. Wir wollen die Bereitstellung von Endgeräten und Förderung des digitalen Lernens junger Geflüchteter ermöglichen. Wir machen uns dafür stark, dass die Stadt Frankfurt ihrer Verantwortung als sicherer Hafen gerecht wird und auch weiterhin mehr Geflüchtete aufnimmt, als nach dem Königsteiner Schlüssel vorgesehen ist.

Durch die Einführung der Bezahlkarte in Hessen ist auch Frankfurt dazu verpflichtet, diese umzusetzen. Volt sieht in der Bezahlkarte Symbolpolitik ohne belegbaren Nutzen. Um in Frankfurt den Menschen mit Bezahlkarte dennoch ein Leben in Würde zu ermöglichen, ist es notwendig, ihnen möglichst viel Selbstbestimmung im Alltag zu gewähren. Wir stellen infrage, ob die Nutzung der Bezahlkarte nachweislich den Verwaltungsaufwand verringert. Aus diesen Gründen wollen wir alle konkreten Handlungsspielräume auf kommunaler Ebene nutzen, um den Einsatz der Bezahlkarte sowohl im Sinne der geflüchteten Menschen als auch im Sinne der Verwaltung zu gestalten.

Volt möchte die Ausbildung und Nachqualifizierung gezielt fördern. Gerade in Branchen mit

Fachkräftemangel wie Pflege, Erziehung oder Bau braucht es Angebote zur beruflichen Aus- und Weiterbildung mit sprachlich angepassten Lehr- und Lernmaterial. Wir möchten das „Arbeitsmarktzugang für Geduldete und Gestattete“-Projekt nach Wiesbadener Vorbild ins Leben rufen.

Zudem setzt Volt sich dafür ein, dass das „**Immigration Office**“ (ehemals **Ausländerbehörde**), sowie langfristig alle Ämter, neben Deutsch auch Englisch für den persönlichen und schriftlichen Kontakt anbietet. Wir sorgen dafür, dass jede\*r schnell an einer individuellen Bildungsmaßnahme zum Erwerb der deutschen Sprache teilnehmen kann. Dabei berücksichtigen wir insbesondere Kinderbetreuungen, Nebentätigkeiten, Berufsgruppe und Lerntempo. Für Mütter und Erziehende sollen hinreichend Kursplätze mit Kinderbetreuung zur Verfügung stehen. Um das Engagement der Zivilgesellschaft besser zu koordinieren und Ehrenamtliche von organisatorischen Aufgaben zu entlasten, schlagen wir die Gründung eines städtischen Integrationsausschusses vor. Ähnlich zum Jugendhilfeausschuss sollten hier Vertreter\*innen aus zivilgesellschaftlichen Organisationen, migrantischer Selbstorganisation und Stadtverwaltung zusammenarbeiten.

Foto von Daniel auf Unsplash

## Kontakten

### Best Practice

„Kontakten“ in Uppsala ist ein offenes Begegnungszentrum, das Integration und gesellschaftliche Teilhabe fördert. Es bietet Geflüchteten und Asylsuchenden

Unterstützung durch Sprachcafés, psychosoziale Angebote, Gesundheitsförderung und Orientierung im schwedischen Alltag. Die Einrichtung wird von der Stadt Uppsala unterstützt und arbeitet mit zahlreichen Vereinen zusammen. Ziel ist es, soziale Netzwerke zu stärken, Eigeninitiative zu fördern und Barrieren abzubauen. „Kontakten“ schafft einen sicheren Begegnungsort.



# Newcomer and Expats

In Frankfurt leben Menschen aus über 175 Ländern. Das unterstreicht, wie international die Stadt ist. Sie machen einen wichtigen Teil der Wirtschaftskraft der Stadt aus. Viele Menschen kommen nach Frankfurt, entweder langfristig oder nur temporär für ihren Arbeitgeber. Diese Neuankömmlinge und Expats stehen irgendwann vor der Frage, ob sie bleiben oder nicht. Um dem demografischen Wandel sowie dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, muss Frankfurt sich als langfristige Heimat präsentieren. Neben vielen Faktoren, wie Wohnraum, Infrastruktur und wirtschaftlicher Stärke sind noch weitere Punkte für diese Gruppe wichtig, damit sie sich wohl fühlen und bleiben möchten.

Volt setzt sich zum einen dafür ein, dass der Austausch von Einwander\*innen untereinander gestärkt wird. Hierzu schlagen wir vor, ein Buddy-System, koordiniert vom Frankfurt "Welcome and Information Center", einzuführen. Hierbei soll eine Person, die bereits lange in Frankfurt lebt, mit einer neu in Frankfurt angekommen Person vernetzt werden, um bei Themen wie

Freizeit, Kultur und Sport zu unterstützen. Außerdem soll es organisierte Austauschtreffen, Newsletter mit wichtigen Informationen und VHS-Kurse speziell für Einwander\*innen und Newcomer geben, um den sozialen Austausch zu fördern und Netzwerke außerhalb des Arbeitsplatzes zu schaffen. Bereits bestehende Angebote wie Newcomers Network sollen unterstützt und beworben werden.

Wir wollen das "Frankfurt Immigration Office" (FIO) personell und technisch besser ausstatten. Die permanente Auslastung der Behörde ist ein Hindernis in der Integration der Arbeitsmigrant\*innen und eine Gefahr für die betroffenen Menschen und Unternehmen. Die verbesserte Ausstattung soll die Behörde auch in die Lage versetzen, die zusätzlichen Aufgaben des neuen Fachkräfteeinwanderungsgesetzes umzusetzen. Um eine Überlastung der Mitarbeiter\*innen zu vermeiden und Anträge zuverlässig und fristgerecht zu bearbeiten, ist zusätzliches

Personal unerlässlich. Während Frankfurt an den gesetzlichen Vorgaben direkt nichts ändern kann, können die Mitarbeiter\*innen der Behörde geschult werden, um Ermessensspielräume bei den Entscheidungen besser auszunutzen. Das FIO soll auch die Integration von Langzeitgeduldeten in den Arbeitsmarkt fördern. Nur so sind langfristige Bleibeperspektiven möglich. Volt setzt sich daher dafür ein, das "Welcome and Information Center Frankfurt" auszubauen, damit Frankfurt eigenständig nach Fachkräften aus dem Ausland suchen und werben kann.

Foto von Yan Krukau von Pexels



## Community Connectors

### Best Practice

Die Stadt Düsseldorf setzt auf das Projekt „Community Connectors“, bei dem Freiwillige mit Migrations- oder Fluchthintergrund als Brücke zwischen der Kommune und den Neuankömmlingen fungieren. Diese Connectors werden geschult und begleiten Neuankömmlinge aktiv, z. B. bei Behördengängen und Freizeitangeboten. Ziel ist es, Integration stärker persönlich und sozial zu gestalten, statt nur administrativ. Das Projekt stärkt den Austausch zwischen Alteingesessenen und Neuankömmlingen und fördert die Teilhabe in der Stadtgesellschaft.

## Exklusion

## Rassismus

Rassismus ist ein vielschichtiges, gesellschaftliches Problem, das sich tagtäglich in unterschiedlichen Formen zeigt und ganz spezifische Auswirkungen auf die jeweiligen Individuen und Gruppen hat. Von subtilen Mikroaggressionen bis hin zu strukturellen Ungleichheiten in Bildung, Arbeitsmarkt oder Wohnungswesen; Rassismus prägt Institutionen, Diskurse und soziale Beziehungen, oft unsichtbar, aber mit nachhaltigen Folgen für alle Betroffene und für den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt. In Frankfurt, einer vielfältigen und internationalen Stadt, bedeutet die Auseinandersetzung mit Rassismus auch die Verantwortung, ihn klar zu benennen und in all seinen Facetten sichtbar zu machen. Deshalb stehen wir entschlossen gegen Anti-Schwarzen, Anti-Kurdischen,

Anti-Muslimischen, Anti-Slawischen, Anti-Asiatischen-Rassismus, sowie Antiziganismus. Denn Rassismus richtet sich nicht abstrakt, sondern gezielt gegen Menschen und Gruppen, alle sind auf unterschiedliche Weise von Vorurteilen, Diskriminierung und Gewalt betroffen.

Der Kampf gegen Rassismus verlangt einen umfassenden Ansatz. Strukturelle Reformen, institutionelle Selbtkritik und Veränderung, kulturelle Sensibilisierung und Aufklärung, klarer Abgrenzung gegenüber extremistischen Ideologien und die Förderung einer solidarischen Alltagskultur, die Vielfalt als Stärke begreift. Wir möchten, dass Frankfurt eine lebenswerte, inklusive Stadt wird, in der alle Menschen frei, sicher und selbstbestimmt leben können.

Wir setzen uns für eine umfassende Verwirklichung des 10-Punkte-Aktionsplanes der "European Coalition of Cities against Racism (ECCAR)" ein. Frankfurt ist seit 2007 Teil des Netzwerks und wir möchten unsere Beteiligung darin erhöhen.

Um institutionellem Rassismus entgegenzuwirken, wollen wir „Racial Profiling“ in der städtischen Praxis bekämpfen, sowie unabhängige Beschwerdestellen für Betroffene einrichten. Wir setzen uns für die Einführung von verpflichtenden Sensibilisierungstrainings für Polizei, Sicherheitsdienste und Verwaltungsmitarbeiter\*innen ein und wollen durch eine transparente Datenerhebung von rassistischen Vorfällen in städtischen Behörden ein umfassendes Lagebild sicherstellen.

## LGBTQIA+

Die Gleichberechtigung von queeren Personen ist auch heute noch nicht selbstverständlich. Insbesondere die Entwicklungen der letzten Monate und Jahre zeigen, dass die Bedrohung von queeren Leben durch einzelne Gewalttäter\*innen, aber auch durch staatliche Institutionen weltweit zunimmt.

Veranstaltungen im Rahmen des Christopher Street Day (CSD) sind deshalb weiterhin essentiell, um auf die fehlende Gleichberechtigung und die Bedrohung von queeren Personen aufmerksam zu machen und queeres Leben zu feiern. Die Stadt Frankfurt muss das sichere Stattfinden des CSD auch in Zukunft gewährleisten und wenn nötig auch finanziell unterstützen. Um Gleichberechtigung am Arbeitsplatz zu fördern, stärken wir Kooperationen mit lokalen Unternehmen, die sich dem weltweiten Trend widersetzen, Gender- und Diversitätskampagnen sowie entsprechende Förderungen in Wirtschaft und öffentlicher Verwaltung abzubauen.

Wir fördern politische Bildungsarbeit zur Sensibilisierung zu Themen wie Diskriminierung von LGBTQIA+ Menschen und Menschen mit einer Behinderung. Dazu wollen wir, dass Verwaltungsmitarbeiter\*innen im Bereich Antidiskriminierung und Inklusion geschult werden und Bildungsangebote für Schulen ausgebaut werden. Volt unterstützt die Arbeit des "LSBTIQ\* Koordinierungskreis" der Stadt Frankfurt. Die Arbeit soll verstetigt und intensiviert werden. Zudem möchten wir den Aufbau einer queeren Jugendorganisation beim [Frankfurter Jugendring](#) unterstützen. Der "LSBTIQ\* Koordinierungskreis" ist eines der wichtigsten kommunalen Modellprojekte geworden. Hier arbeiten Vertreter\*innen aus der Politik, Polizei, Verwaltung, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Betroffene von queerfeindlichen Diskriminierung und Gewalt an drei übergeordneten Zielen zusammen:

- › Schutz vor Gewalt und Diskriminierung
- › Sichtbarkeit der queeren Communities und Empowerment
- › Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts

Foto von [Karine Zenda](#) auf [Unsplash](#)



## Exklusion

## Antisemitismus

Wir wollen jüdisches Leben und Kultur in Frankfurt am Main sicher und sichtbar machen. Volt stellt sich gegen jede Form von Antisemitismus. Dazu gehören unter anderem auch religiöser, kultureller, rassistischer, ökonomischer, israelbezogener, linker, sekundärer sowie philosemitischer Antisemitismus. Wir nutzen die Arbeitsdefinition der International Holocaust Remembrance Alliance zur Erkennung von Antisemitismus.

Wir wollen, dass jüdische Einrichtungen umfassend geschützt werden, indem neben finanzieller Förderung auch die Kooperationen der Behörden verbessert werden. Wir fördern den Austausch mit der jüdischen Community, bspw. durch interreligiösen Dialog in Kitas und Schulen und durch die Einbindung der jüdischen Perspektive in städtische Museen, Stadtführungen und Schulcurricula.



Foto von [David Holfield](#) auf [Unsplash](#)

## Intersektionale Diskriminierung

Volt erkennt an, dass verschiedene Diskriminierungsformen zeitgleich existieren, zusammenwirken und sich überschneiden können. Wir wollen gewährleisten, dass Intersektionalität überall bedacht wird und keine Form von Diskriminierung stattfindet. Wir wollen verpflichtende Antidiskriminierungsschulungen für Lehrkräfte, Schüler\*innen und städtische Beschäftigte, sowie die Überarbeitung von Lehrmaterialien in Schulen. Beispielsweise sollen koloniale und rassistische Stereotype entfernt und vielfältige Perspektiven eingenommen und geschätzt werden können. Zudem wollen wir Kooperationen mit Vereinen, Hochschulen und Initiativen stärken, um so unsere Demokratie an der Wurzel zu stärken.

Wir sehen eine umfassende Beratung und Unterstützung für Betroffene von Diskriminierung als essentiell an. Daher möchten wir Beratungsstellen ausbauen, an die sich Opfer von Rassismus, Antisemitismus, Queerfeindlichkeit, Sexismus, Ableismus und weiteren Formen von Diskriminierung (analog zum „[Demokratiezentrum Hessen](#)“) wenden können. Wir wollen die finanzielle Förderung von Initiativen und Vereinen, die diskriminierungskritische Arbeit leisten, wie z. B.

Bürgerbündnisse oder Selbstorganisationen von Migrant\*innen sicherstellen. Wir wollen lokale Communities bei ihrer Arbeit unterstützen, um ihre Teilhabe und Sichtbarkeit in unserer Stadt zu fördern.

Um einer Benachteiligung auf dem Wohnungsmarkt entgegenzuwirken, machen wir uns für ein Monitoring gegen diskriminierende Vermietungspraktiken stark, dazu zählen beispielsweise verdeckte Ablehnungen bei queeren Paaren oder „ausländischen“ Namen. Auf dem Arbeitsmarkt wollen wir durch anonyme Bewerbungsverfahren in städtischen Einrichtungen Chancengleichheit gewährleisten, sowie Kontrollmechanismen gegen Diskriminierung am Arbeitsplatz schaffen.

Der öffentliche- und Kulturbereich muss inklusiv gestaltet werden, deshalb werden wir Vereine, Clubs, Restaurants und Organisationen, die diskriminieren, nicht mit städtischen Fördergeldern unterstützen. Zudem wollen wir kulturelle Projekte wie z. B. Ausstellungen, Gedenkveranstaltungen, den CSD und weitere Festivals fördern, welche die Vielfalt Frankfurts sichtbar und erlebbar machen. Volt möchte auch Straßennamen und Denkmäler in Frankfurt kritisch überprüfen und gegebenenfalls

umbenennen oder kontextualisieren. Wir machen uns stark für eine klare Positionierung der Stadt Frankfurt gegen alle Formen von Diskriminierung in Politik und Verwaltung, dies wollen wir durch öffentliche Bekenntnisse und zielgerichtete Kampagnen erreichen.

Wir setzen uns dafür ein, dass rechte Parteien und Hetze keine Bühne in städtischen Gremien haben. Wir wollen die Diversität in städtischen Institutionen durch Quoten, Mentoringprogramme und gezielte Förderung von Bewerbungen von marginalisierten Menschen erhöhen, um auch in der städtischen Verwaltung die Diversität und Facettenreichtum Frankfurts abzubilden. Die Einbeziehung aller Perspektiven verbessert die Arbeit der Verwaltung und städtischer Betriebe.

Wir wollen die geschlechtliche Gleichstellung in der Verwaltung erreichen und bewerben Netzwerke, die sich insbesondere auf Frauen\* beziehen. Über geeignete Maßnahmen wie z. B. gendersensible Bewertungen, gezielte Ansprache sowie Flexibilisierung von Karrierewegen wollen wir den Anteil von Frauen\* auch in den Führungsebenen erhöhen.

# Verantwortung nach innen und außen

## Kapitel 4: Global Balance

Europa, und damit auch Frankfurt am Main, muss seiner Verantwortung in der Welt zur Sicherung unserer gemeinsamen Zukunft gerecht werden. Zu den wichtigsten Fragen der heutigen Zeit zählen dabei der Klimawandel, internationale Handelsbeziehungen, nachhaltige Landwirtschaft, Ernährungssicherheit, Biodiversität, Flucht und Migration.

Der Klimaschutz war und ist eines der zentralen politischen Anliegen von Volt in Frankfurt. Mit dem Ziel der Klimaneutralität bis 2035 wurde ein ambitionierter, aber notwendiger Pfad für ein lebenswertes und funktionierendes Frankfurt eingeschlagen.

Ein Meilenstein war die Umsetzung des Frankfurter Klimaentscheids, der klare Handlungsziele und Prioritäten für die Stadt definiert. Um

den Ausbau erneuerbarer Energien voranzutreiben, wurde eine Solaroffensive gestartet, diese beinhaltet unter anderem ein neues und stark nachgefragtes Förderprogramm für Solaranlagen auf privaten und gewerblichen Dächern sowie eine bessere Beratung für Hauseigentümer\*innen.

Ein wichtiger Partner dabei ist die neu gegründete "Frankfurter Bürgerenergiegenossenschaft" (FraBeG), die es Bürger\*innen ermöglicht, sich direkt an der Energiewende in Form von gemeinschaftlich finanzierten und betriebenen Solarprojekten zu beteiligen

Umweltschutz, der funktioniert.



# Klimawandel

Der Klimawandel trifft unsere Großstadt besonders stark, denn längere, intensivere Hitzewellen, Trockenperioden und Extremwetter stellen Frankfurt vor enorme Herausforderungen. Volt setzt sich dafür ein, dass Frankfurt am Main klimaresilient wird und auch in Zukunft lebenswert bleibt. Dafür setzen wir auf innovative Ideen, konsequentes Handeln und echte Bürger\*innenbeteiligung. Gleichzeitig schauen wir auch auf internationale Vorbilder und die Erfahrungen unserer europäischen „Klimazwillinge“, um unsere Stadt fit für die Zukunft zu machen.

Unsere Vision einer Entsiegelung und Begrünung ist die Umsetzung der sogenannten „3-30-300-Regel“. Dies bedeutet, dass mindestens drei Bäume von jedem Ort aus im Blick sind, mindestens 30 % Baumkronenbedeckung im Quartier vorhanden ist und maximal 300 Meter bis zur nächsten Grünfläche zurückzulegen sind. Dafür wollen wir Grünanlagen naturnäher gestalten und Flächen entsiegeln. Supermarktparkplätze und versiegelte Restflächen werden geprüft und nach Möglichkeit begrünt.

Innovative Lösungen wie begrünte Netze oder „Miyawaki-Wälder“ sollen vermehrt zum Einsatz kommen. Das sind kleine Mischwälder, deren besonderer Vorteil ist, dass sie sich auf sehr kleinräumigen Flächen errichten lassen. Diese Wälder entstehen zudem innerhalb von nur drei Jahren, danach sind sie komplett autark. Bei der Errichtung bestehen außerdem Mitwirkungsmöglichkeiten für Schüler\*innen und Freiwillige, die die Natur in der Stadt neu erleben können. Wir machen uns dafür stark, dass auch Frankfurt mehrere Miyawaki-Wälder innerhalb der Stadt errichtet und dabei für eine ausgewogene Mischkultur sorgt.

Besonders sensible Orte wie Schulen, Kitas, Altenheime, Kliniken oder Unterkünfte für Obdachlose und Geflüchtete müssen vorrangig an den Klimawandel angepasst werden. Wir setzen auf Gebäudebegrünung, Verschattung, helle Oberflächen, bessere Dämmung und moderne, energieeffiziente Kühlung mit erneuerbaren Energien beim klimafreundlichen Umbau öffentlicher Einrichtungen. Wir wollen, dass Neubauten von

Anfang an klimaangepasst geplant und errichtet werden. Volt will „Fliegende Gärten“, grüne Schattenspender, Sprühnebelduschen oder vergünstigte Hotelzimmer für hitzebetroffene Bürger\*innen während Hitzewellen als pragmatische Maßnahmen umsetzen. Bei der weiteren Begrünung in Frankfurt muss insbesondere die Stadt selbst ein Vorbild sein. Wir setzen uns dafür ein, dass die stadteigenen Gebäude und Ämter grün werden und die begrünten Dachflächen, sofern möglich, für die Bürger\*innen zugänglich sind. Ebenso bieten hunderte Dächer von Bushaltestellen eine Möglichkeit für neue Grünflächen in der Stadt. Selbst wenige Quadratmeter Begrünung sind als Trittssteinbiotope vorteilhaft für die Artenvielfalt in der Stadt. Für die Verwaltungen aller Ressorts und für die Öffentlichkeit werden wir eine Stelle für eine\*n Beauftragte\*n für „Urban Gardening“ im Grünflächenamt schaffen. Langfristig wird damit eine begehbarer grüne Gebäudelandschaft hergestellt werden.

Foto von Aaron Bourcier auf Unsplash



# Klimawandel

Wir machen uns für soziale Klimagerechtigkeit stark. Menschen mit geringem Einkommen und in besonders hitzelasteten Vierteln leiden am stärksten. Deshalb setzen wir dort gezielt Hitzeschutzmaßnahmen um und schaffen Förderprogramme, die allen zugutekommen. Das erfolgreiche Förderprogramm „Klima Bonus“ werden wir weiterführen und einen Ausbau um weitere ökologische Komponenten wie kostenfreie bzw. kostengünstige Baum-Ausgaben an Privatpersonen prüfen. Ergänzend fördern wir Mini-Beete von Anwohner\*innen in allen Stadtteilen, Umweltbildungsprojekte in Schulen und die aktive Beteiligung junger Menschen.

Wir wollen Bürger\*innen frühzeitig einbeziehen und ihnen echte Mitgestaltungsmöglichkeiten geben. Die schon existierende „Coole Map“ (Stadtkaarte mit kühlen Orten auf der „Urbanen Datenplattform“) wollen wir regelmäßig aktualisieren, ausbauen und bewerben. Wir möchten, dass über eine digitale Beteiligungsplattform Hitze-Hotspots oder Starkregenprobleme gemeldet, Vorschläge eingereicht und über Projekte abgestimmt werden können.

Wir stärken den Katastrophenschutz mit moderner Ausrüstung, besseren Warnsystemen und digitaler Einsatzkoordination. Trinkbrunnen werden in allen Stadtteilen ausgebaut. Durch innovative Regenwassernutzung – z. B. Tiefbeete, Baumrigolen oder multifunktionale Retentionsflächen – wird Starkregen besser aufgefangen und das Grundwasser geschützt.

Der Stadtwald hat für Frankfurt eine große Bedeutung. Er trägt zur Erzielung der „Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen“ bei. Er ist jedoch in einem sehr schlechten Zustand. Volt setzt sich daher dafür ein, die in 2024 vorgestellte „Waldstrategie“ umzusetzen. Das bedeutet unter anderem, dass der Stadtwald eine höhere Gewichtung in der Stadt- und Verkehrsplanung erhält und Nachforstung durch klimaresiliente Baumarten erfolgt. So soll sich der Stadtwald an die prognostizierten Klimawerte der Zukunft anpassen und Frankfurts wichtigste grüne Lunge bleiben.

Nicht nur Menschen, sondern auch Tiere wie Vögel, Insekten oder Eichhörnchen leiden unter anhaltender Hitze und Trockenheit. Wir sorgen für eine vermehrte Bereitstellung von flachen Wasserrührn und -schalen, z. B. an Taubenhäusern oder in Parks. Wir setzen uns für eine begleitende Sensibilisierungskampagne und öffentlichkeitswirksame Informationen ein und fördern so das Bewusstsein für den Tierschutz.

## Paris devient plus vert

### ■ Best Practice

Paris setzt erfolgreich auf Begrünung, um z.B. die Belastung durch Hitzewellen zu reduzieren. Mit rund 170.000 neu gepflanzten Bäumen und der Umgestaltung von über 200 Straßen zu „Gartenstraßen“ lassen sich die Temperaturen in begrünten Stadtteilen nach Schätzungen um 1 bis 4 °C senken. Dach- und Fassadenbegrünung sorgt dafür, dass die historischen Zinkdächer, die bei 40 °C Außentemperatur ohne Begrünung schnell bis zu 85 °C heiß werden, auf etwa 35 °C abkühlen. Dies reduziert die Wärmebelastung in Gebäuden deutlich.

Eine konsequente Umwandlung von Parkplätzen in Grünflächen verringert versiegelte Flächen und trägt zusätzlich zur Abkühlung der Stadt bei. Quartiersweise umgesetzt zeigen Beispiele, dass bereits nur einzelne Projekte die gefühlte Temperatur um bis zu 2,5 °C senken können. Begrünung sollte dabei als integraler Bestandteil der Stadtentwicklung betrachtet werden, der Verkehrs-, Infrastruktur- und Klimaaspekte verbindet.

## Temperatur in Frankfurt

Die **Urbane Datenplattform der Stadt Frankfurt am Main** stellt zahlreiche Umweltdaten visuell aufgearbeitet zur Verfügung.



# Klimaschonender Strom

Wir unterstützen den Grundsatzbeschluss der Stadt Frankfurt zur **Klimaneutralität bis spätestens 2035**. Gleichzeitig steigt durch Digitalisierung, Rechenzentren und neue Technologien – etwa Künstliche Intelligenz – der Energiebedarf stark an. Daher ist für ein funktionierendes Frankfurt, der zügige Ausbau erneuerbarer Energien sowie ein effizienter Umbau der Energieinfrastruktur unerlässlich.

Aktuell sind nur ca. 30 % der neu errichteten Dachflächen mit Photovoltaik ausgerüstet. Die Installation von Photovoltaikanlagen ist seit dem Jahr 2024 für Neubauten in Frankfurt verpflichtend. Doch vor allem auf Bestandsgebäuden besteht noch erhebliches Potential für die Nutzung von Sonnenenergie.

Wir wollen daher, dass das Frankfurter Förderprogramm „**Klima Bonus**“ für private, genossenschaftliche und gewerbliche Projekte weiterhin gestärkt wird und Verfahren für Einspeisung, Netzanschluss und Genehmigungen vereinfacht werden. Mieter\*innen sollen durch Balkonkraftwerke, „Energy Sharing“ oder Mieterstrommodelle direkt profitieren.

Zudem wollen wir, dass endlich alle stadteigenen Dächer vollständig mit Photovoltaikanlagen ausgerüstet werden und Frankfurter Bürger:innen genossenschaften bei der Gründung und Umsetzung ihrer Projekte unterstützt werden. Wir möchten die Akzeptanz von Grüner Energie fördern, dazu sollen bei der Errichtung von Solarparks oder Windkraftprojekten Bürger\*innen oder die Stadt eine verbindliche Gewinnbeteiligung erhalten.

Wir setzen uns dafür ein, dass überschüssige Energie aus Photovoltaik- und Windkraftanlagen in Batteriespeichern vorgehalten wird. Zudem sollen grüne Konzepte zur langfristigen Speicherung, wie z. B. „Power-to-Gas“ auf Wasserstoffbasis, geprüft werden, um Leistungsspitzen oder saisonale Engpässe zu überbrücken und die Netzstabilität zu gewährleisten. Frankfurt ist ein zentraler Standort für Rechenzentren in Europa. Diese tragen wesentlich zum lokalen Strombedarf bei, der durch KI-Anwendungen weiter stetig zunimmt. Vor diesem Hintergrund setzt sich Volt dafür ein, dass Betreiber\*innen von Rechenzentren sich dazu verpflichten, Strom ausschließlich aus erneuerbaren Quellen zu beziehen und sich aktiv messbar am Ausbau erneuerbarer Erzeugungskapazitäten beteiligen – z. B. durch

„Power Purchase Agreements“ (PPA) oder Beteiligungen an regionalen Wind- und Solaranlagen. Der Ausstieg der Frankfurter Kraftwerke aus der Kohlekraft ist noch für 2026 geplant. Jedoch werden weiterhin fast alle Kraftwerke mit Erdgas betrieben. Volt setzt sich daher dafür ein, dass der Ausbau von Solar- und Windenergie konsequent vorangetrieben wird und die Umstellung des neu errichteten gasbetriebenen Kraftwerks auf grünen Wasserstoff schnellstmöglich erfolgt. Wir möchten zudem, dass die Mainova AG die Dekarbonisierung ihrer Erzeugungskapazitäten mit einem klaren Fokus auf erneuerbare Energien vorantreibt, sowie die Klimaneutralität der städtischen Kraftwerke bis 2035 erreicht ist, damit Energie langfristig für die Frankfurter Bürger\*innen bezahlbar bleibt.

Der Umbau der Energieinfrastruktur erfordert ein hohes Maß an behördlicher Koordination. Volt setzt sich dafür ein, eine zentrale Ansprechperson für Energieprojekte beim Klimareferat der Stadtverwaltung zu etablieren, um Genehmigungsprozesse im Bereich von Leitungsstrassen, Tiefbau, Verkehrsrecht und Netzanschlüssen zu beschleunigen. Aufgaben dieser Energiewende-koordination sind außerdem die Verbesserung der Kommunikation zwischen städtischen Stellen, Energieversorgern und Projektträgern sowie die effiziente Begleitung der Priorisierungen im Sinne des Masterplan 100 % Klimaschutz.

## CRotian One-Stop-Shop (CROSS)

### Best Practice

Die Stadt Zagreb hat 2023 mit der Unterstützung der Europäischen Union das ambitionierte Programm **CRoation One-Stop-Shop (CROSS)** zur energetischen Sanierung öffentlicher Gebäude und zur Installation von Photovoltaik gestartet, mit Ziel, bis 2026 über 100 Gebäude zu sanieren und mehr als 20 MW PV-Kapazität zu installieren. Durch geförderte Projekte werden umfassende Bestandserhebungen, Machbarkeitsstudien und innovative Finanzierungsmechanismen umgesetzt.



Foto von Lukas auf Unsplash

# Nachhaltige Wärmequellen

Volt setzt sich dafür ein, dass die Wärmewende in Frankfurt mit starker Bürger\*innenbeteiligung, hoher Effizienz und im Einklang mit den gesetzlichen Anforderungen zur kommunalen Wärmeplanung umgesetzt wird. Die kommunale Wärmeplanung soll für ein funktionierendes Frankfurt alle möglichen Potentiale an nachhaltigen Wärmequellen berücksichtigen. Dazu gehören unter anderem die Geothermie, die Nutzung von Abwärme (Fernwärme) und dezentrale Wärmepumpen. Dies erfordert eine enge Zusammenarbeit mit Energieversorgern und Netzdienstleistern.

Um die Wärmewende zügig umzusetzen, braucht es eine neue Planungs- und Beteiligungskultur. Volt setzt sich dafür ein, dass Genehmigungsverfahren für Wärmenetze in Bündeln vergeben, sowie Anschlussmodalitäten standardisiert und beschleunigt werden. Dabei sollen Bauarbeiten pro Straße mit anderen Vorhaben zusammengefasst werden, damit diese nur einmal aufgerissen werden müssen. Wir möchten, dass Bürger\*innen, Hauseigentümer\*innen und Unternehmen bereits in der Planung aktiv als Mitgestaltende eingebunden und öffentliche Liegenschaften der Stadt frühzeitig an das Fernwärmenetz angeschlossen werden, um Investitionen abzusichern und weitere Nutzer\*innen anzubinden.

Die Frankfurter Rechenzentren bieten enorme Potenziale zur lokalen Wärmeplanung. Wir machen uns dafür stark, dass die Abwärme von Rechenzentren systematisch in die kommunale Wärmeplanung integriert wird und umliegende Quartiere, Gewerbe und öffentliche Gebäude über Fernwärme versorgt werden. Wir möchten, dass gemeinsam mit Rechenzentrumsbetreibern planerische Vorbereitungen getroffen werden. Dies beinhaltet die frühzeitige Berücksichtigung des Flächenbedarfs für Großwärmepumpen, die Sicherstellung ausreichender grüner

Stromnetzkapazitäten sowie eine enge Abstimmung zwischen Stadt, Energieversorgern und Rechenzentrbetreibern. Hohe Anschlussquoten sind Voraussetzung für tragfähige Wärmenetze. Diese hängen maßgeblich von Vertrauen und Fairness ab. Volt setzt sich dafür ein, mehr Transparenz bei Fernwärmepreisen, deren Zusammensetzung und eine sozialverträgliche Preisgestaltung herzustellen. Des Weiteren wollen wir den frühzeitigen Umstieg der städtischen Liegenschaften auf klimaneutrale Wärmelösungen herbeiführen, um Vorbild zu sein und Vertrauen zu stärken. Wir wollen zudem einen systematischen Ausbau der Energieberatung vollziehen, da die kommunale Wärmeplanung und die Alternativen transparent sein müssen. Wir werden durch soziale Förderprogramme für die energetische Sanierung einkommensschwache Haushalte vor steigenden Wohnkosten schützen. Die langfristige Erhaltung des Gasnetzes ist kritisch zu betrachten, auch um Planungssicherheit für die Installation erneuerbarer Heizungssysteme zu bieten.

Innovative Quartierslösungen bilden die Grundlage für eine sozial gerechte Wärmewende. Volt setzt sich für die Schaffung von Energiewendevierteln mit dezentralen und kombinierbaren Technologien wie z. B. Solarthermie, Großwärmepumpen, saisonale Speicher oder Fernwärme ein. Wir wollen die gezielte Förderung von "Power-to-Heat"-Konzepten wie Sandbatterien, die erneuerbaren Strom in speicherbare Wärme überführen, prüfen. Wir machen uns für eine vorausschauende Flächen- und Netzplanung gemeinsam mit Industrie- und IT-Infrastrukturbetreibern stark, um Großanlagen effektiv einzubinden.

Wärmepumpen sind ein Schlüsselement für die klimaneutrale Wärmeversorgung einzelner Gebäude, sowohl im sanierungsfähigen Bestand als auch im energieeffizienten Neubau. Sie

ermöglichen den Umstieg von fossilen Heizsystemen auf emissionsfreie Wärme von Gebäuden, welche nicht an das Fernwärmenetz angeschlossen werden können. Wir wollen, dass private und gewerbliche Hauseigentümer\*innen durch eine Erweiterung des Frankfurt Klimabonus gezielt bei der Umstellung auf Wärmepumpen unterstützt werden. Die Netzinfrastruktur sowie Genehmigungen sollen schnell angepasst werden, z. B. für Luft- oder Erdsonden-Wärmepumpen. Quartierslösungen sollen durch den Einsatz von dezentralen Einzelanlagen ergänzt werden, wenn diese wirtschaftlich oder technisch sinnvoller sind.

Volt setzt sich dafür ein, das lokale Potenzial für Geothermie konsequent zu nutzen. Als verlässliche und saubere Energiequelle kann sie einen wichtigen Beitrag zur Wärmewende leisten und unsere Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen verringern. Wir wollen die geologischen Möglichkeiten systematisch untersuchen. Innovative Lösungen müssen ebenfalls in Betracht gezogen werden. Beispielsweise können auch U-Bahn-Tunnel als Wärmequelle dienen.

## Bunhill Heat and Power Network

### Best Practice

Das [Bunhill Heat and Power Network](#) in London nutzt Abwärme aus U-Bahn-Tunneln, um Gebäude effizient zu beheizen. Seit 2012 versorgt das System Wohnungen und Einrichtungen über ein integriertes Wärmenetz, 2016 wurde eine zusätzliche Energiezentrale mit Wärmepumpe in einem Lüftungsschacht der Northern Line installiert. So werden vorhandene Infrastruktur und innovative Technologien kombiniert, um Energieeffizienz zu steigern und CO<sub>2</sub>-Emissionen zu reduzieren.

# Sauberkeit und Müll

Frankfurt hat in den letzten Jahren zahlreiche Maßnahmen zur Verbesserung der Stadtsauberkeit auf den Weg gebracht und viele neue Ideen entwickelt. Volt unterstützt diese Maßnahmen und Ideen und setzt sich weiterhin für deren Umsetzung und Weiterentwicklung für ein sauberes und lebenswertes Frankfurt ein. Die „[Stabsstelle Sauberes Frankfurt](#)“ der Stadt Frankfurt bleibt dabei eine zentrale Koordinierungs- und Ansprechstelle.

Zu den bereits bestehenden Maßnahmen zählen u.a. die geplante Zertifizierung als „[Zero Waste City](#)“, welche unter anderem durch die Förderung von Projekten zur Müllreduzierung durch das „[Zero Waste Lab](#)“ erreicht werden soll. Volt unterstützt darüber hinausgehend die Konzepte „Reinigung aus einer Hand“ und „[Stadtsauberkeit Plus](#)“, die insbesondere an Hotspot-Orten für Sauberkeit sorgen sollen. Ergänzt wird dies durch diverse Projekte der Kampagne „#cleanffm“, sowie regelmäßig stattfindende Clean-Up-Days, an denen sich alle Bürger\*innen beteiligen können.

Wir wollen eine kommunale Verpackungssteuer einführen und die dadurch erzielten Einnahmen für

die Beseitigung von Müll und Verunreinigungen, sowie die Förderung von ergänzenden Umweltmaßnahmen und Food-Waste-Initiativen nutzen. Wir machen uns stark für den Ausbau von Abfallcontainern an Hotspots. Insbesondere in den Sommermonaten sollen mehr Kapazitäten bereitgestellt werden. Durch mehr Hundekot-Beutelspender, sowie leicht verständliche, digitale Informationsangebote zu Themen Sauberkeit und Müll (z. B. mittels QR-Codes an Abfalleimern) wollen wir unsachgemäßer Müllentsorgung entgegentreten.

Wir setzen uns für eine konsequente Verhängung von Bußgeldern sowie den Einsatz von „Waste-Watchern“ oder Mülldetektiven zur Aufklärung und Ahndung von Müllvergehen und illegaler Müllentsorgung ein.

Durch den Einsatz von Outdoor-saugern für die Entfernung von Kleinmüll und Zigarettenkippen in der Stadt und Grünflächen wollen wir eine effiziente Müllentsorgung gewährleisten. Des Weiteren wollen wir durch smarte Füllstandssensoren an Abfalleimern und an Kehrfahrzeugen angebrachten Kameras, KI-gestützte Vermüllungs-Erkennung nutzen, um die Müllentsorgung effizient, ressourcenschonend

und nachhaltig umzusetzen. Wir werden die „#cleanffm“-Projekte ausbauen und weiterentwickeln. Außerdem planen wir, die Angebote und Informationen zum Thema Sauberkeit und Müllentsorgung niedrigschwellig für alle Bürger\*innen zugänglich zu machen. Volt unterstützt Gamification-Formate wie die „[FES-Abfalljagd](#)“ und möchte diese weiterentwickeln. Bürgernahe Mitmach-Möglichkeiten sind für uns der richtige Weg, auch wollen wir die Förderung von Sauberkeits-Botschaftern in allen Stadtteilen etablieren.

Frankfurt ist bunt und soll es bleiben, deshalb möchten wir die legalen Street-Art-Flächen erweitern. Die Lichtverschmutzung in der Stadt soll durch intelligente und moderne Technik, wie z. B. automatische dimmbare Beleuchtung reduziert werden.

Nur wenn bestehende und neue Maßnahmen auch konsequent umgesetzt und ausgeweitet werden, kann Frankfurt am Main das Ziel einer „Zero-Waste-City“ erreichen. Hierbei ist die aktive Beteiligung der Bürger\*innen entscheidend für den Erfolg.

## Zero Waste Europe

Zero Waste Europe ist ein europäisches Netzwerk aus Gemeinschaften, Expert\*innen und Change Agents. Gemeinsam arbeiten sie an einem besseren Einsatz unserer Ressourcen und an der Vermeidung von Abfall. Das hier entstandene Zero Waste Cities-Programm soll Gemeinden dabei unterstützen, lokale Projekte auf die Beine zu stellen, die zu Müllvermeidung und zu einer circular economy führen, die den gesamten Lebenszyklus eines Produkts betrachtet und an jeder Stelle vermeidet, Müll zu verursachen.

## Schweizer Sauberkeit

### Best Practice

Die Stadt Zürich überzeugt durch ein stringentes Konzept zur Sauberkeit im öffentlichen Raum:

Durch klare Abfallregelungen, konsequente Ahndung von allen Verstößen und dem Einsatz eines engagierten Meldesystems, wird die Sauberkeit im Stadtbild verbessert. So wurden allein 2023 Bußgelder in Höhe von rund 61 Mio. CHF verhängt. Das entspricht zum aktuellen Kurs mehr als 65 Mio. €.

# Unterwegs in Frankfurt

In Frankfurt sind täglich hunderttausende Personen unterwegs. Durch die vielen Pendler\*innen wird die Stadt tagsüber zur Millionenstadt. Angesichts der wachsenden Bevölkerungszahl, mehr Lärm, Stau und Luftbelastung sowie steigender CO2-Emissionen ist klar: Ein "Weiter so" autozentrierter Planung wird nicht mehr funktionieren. Unser Ziel ist eine funktionierende Mobilitätswende, die niemanden zurücklässt und allen freie, sichere und effizi-

ente Mobilität ermöglicht. Dafür müssen öffentlicher Nahverkehr (ÖPNV), Radverkehr und Fußverkehr das attraktivste Verkehrsmittel für die meisten Wege werden.

Der begrenzte öffentliche Raum in unserer Stadt muss effizienter genutzt werden. Wir wollen unsere Infrastruktur besser vernetzen, Flächengerechtigkeit zwischen den Verkehrsmitteln anstreben und urbane Daten zum Nutzen der

Verkehrsteilnehmenden einsetzen. Hier möchten wir uns unter anderem an Paris, einer Vorreiterin der schnellen Verkehrswende unter Erhalt der regionalen Vernetzung, orientieren. So möchten wir allen Frankfurter\*innen eine freiheitliche, eine barrierearme und eine effiziente Mobilität ermöglichen. Davon profitieren letztendlich auch alle, die langfristig auf ihr Auto angewiesen sind.

## Superblocks

Lebenswerter Raum in den Quartieren der Stadt kann ebenfalls durch Neugestaltung entstehen. Volt hat das Konzept "Superblocks" in Frankfurt maßgeblich vorangetrieben und setzt sich weiterhin für eine schnellstmögliche Umsetzung ein. Superblocks zielen darauf ab, den Autoverkehr innerhalb von Quartieren zu reduzieren, indem der Durchgangsverkehr durch bauliche Maßnahmen eingeschränkt und auf den Hauptstraßen um den Superblock herum gebündelt wird. Der Fuß- und Radverkehr bekommt Vorrang. Der gezielte Zugang für Autos und Lieferverkehr in den Superblocks bleibt in reduzierter Geschwindigkeit erhalten. So entstehen sichere, verkehrsberuhigte Bereiche mit mehr Platz für

Sitz- und Begegnungsmöglichkeiten sowie Sportflächen und Begrünung.

Der [Masterplan Mobilität](#) sieht eine autoarme Quartiersgestaltung und Priorisierung des Umweltverbunds vor. Die Stadtverordnetenversammlung beschloss bereits Anfang 2024 die Einführung von drei Superblocks. Die Umsetzung verzögert sich jedoch wegen vermeintlich fehlender Ressourcen für Planung und Beteiligung der Bürger\*innen, obwohl genau dafür bereits Gelder im Haushalt 2023 eingeplant wurden. Für Herbst 2025 wurden Planergespräche mit lokalen Gremien und Initiativen in Bockenheim eingeplant, außerdem soll die

Auswertung der Verkehrszählung abgeschlossen sein. Wir setzen uns dafür ein, dass die vergleichsweise kostengünstige, aber sehr wirkungsvolle Umsetzung der geplanten Superblocks mit hoher Priorität vorangetrieben wird. Die Herausforderungen liegen in der individuellen Planung, der Kommunikation mit Bewohner\*innen und Gewerbetreibenden sowie der Berücksichtigung von Befürchtungen. Ein „One-Size-Fits-All“-Ansatz ist nicht möglich, da die Bedürfnisse vor Ort unterschiedlich sind.

Foto von [Logan Armstrong](#) auf [Unsplash](#)

## Superilles

### Best Practice

In Barcelona haben die [Superblocks](#) – auf Katalanisch „Superilles“ – seit 2016 den öffentlichen Raum in mehreren Quartieren neu gestaltet, indem der Durchgangsverkehr stark eingeschränkt und Fußgängerinnen, Radfahrende sowie Aufenthaltsflächen priorisiert wurden. Dies führte zu einer deutlichen Reduzierung von Autoverkehr, Lärm und Luftverschmutzung. Innerhalb der

Superilles wurden Straßen in Grünflächen, Plätze, Spielzonen und Sitzgelegenheiten umgewandelt, was die Aufenthaltsqualität für Anwohner\*innen und Besucher\*innen spürbar steigerte. Die niedrigere Geschwindigkeit für den verbleibenden Verkehr erhöhte die Sicherheit im Quartier erheblich. Die neu gestalteten Bereiche förderten Begegnungen, Gemeinschaft und eine stärkere Identifikation der Bewohner\*innen mit ihrem Viertel. Umweltaspekte wie Stadtklima und Biodiversität profitieren ebenfalls von den zusätzlichen Grünflächen.



# Fußverkehr

Jeder Weg in Frankfurt beginnt und endet zu Fuß, und viele Wege werden sogar vollständig zu Fuß zurückgelegt. Damit ist die Qualität des Fußverkehrs ein entscheidender Faktor für die Lebensqualität in unserer Stadt. Dennoch sind die Bedingungen oft unzureichend.

Die aktuelle „SrV-Erfassung (System repräsentativer Verkehrsbefragungen)“ zeigt, dass der Fußverkehr den höchsten Anteil aller Mobilitätsformen unter den Frankfurter\*innen ausmacht: 80% aller Wege in unserer Stadt werden zu Fuß zurückgelegt. Dementsprechend werden wir die Belange des Fußverkehrs für ein funktionierendes Frankfurt deutlich stärker priorisieren.

Wir werden die Teilstrategie Fußverkehr des Masterplan Mobilitäts fertigstellen, umsetzen und die personelle Verstärkung der Fußverkehrsbeauftragten sicherstellen, damit die Belange von Fußgänger\*innen ganzheitlich und barrierefrei berücksichtigt werden können.

Wir wollen den Aufbau eines durchgängigen und gut ausgebauten Fußwegnetzes vorantreiben, das sichere Schulwege, attraktive Verbindungen in die Quartiere und barrierefreie Zugänge im gesamten Stadtgebiet gewährleistet.

An Knotenpunkten mit hohem Aufkommen von Fußgänger\*innen wollen wir die Grünphase für Fußgänger\*innen optimieren, sodass auch bei breiten Straßen eine Querung der Straße in einer Ampelphase möglich ist.

Wir setzen uns dafür ein, dass Ampeln nachgerüstet und Ampeln mit Querungsanforderung (sogenannten „Bettelampeln“) durch Ampeln ersetzt werden, die Fußgänger\*innen standardmäßig priorisieren, es sei denn ein anderes Verkehrsmittel nähert sich, was mittels entsprechender Sensorik erfasst werden kann, sodass für Fußgänger\*innen eine möglichst ununterbrochene Fortbewegung ermöglicht wird.

Um Hindernisse für den Fußverkehr vom Gehweg zu entfernen wollen wir mittelfristig E-Scooter Stellplätze, teilweise im Rahmen von den bereits beschlossenen Mobilitätsstationen entlang des Konzepts der „traffiQ“ einrichten und die Entfernung unsachgemäß abgestellter E-Scooter durch die Anbieter sicherstellen.

Volt möchte die nötige Infrastruktur für Parkraumbewirtschaftung, Brandschutz oder sonstige Zwecke auf ehemaligen Parkplätzen statt dem Gehweg einrichten. Wir machen uns stark für ein konsequentes Vorgehen gegen auf dem Gehweg geparkte Autos durch die städtische Verkehrspolizei, wofür mehr Personal und digitale Vereinfachungen der Arbeitsabläufe (von Feststellung zu Dokumentierung und Bußgeldbescheid) vorzusehen sind. Wir wollen vom Gehweg getrennte Radwege durch Höhenunterschiede und, wo möglich, durch Grünflächen einrichten.



## Smart Pedestrian Network

### Best Practice

Die Stadt Porto in Portugal entwickelte 2015 das Modell „Smart Pedestrian Network“ (SPN), mit dem Ziel, die Fußwegeinfrastruktur systematisch zu verbessern und die Stadt lebenswerter zu machen. Mittels verschiedener Analysen wurden Kriterien wie Erreichbarkeit, Bevölkerungsdichte, Nutzungsverteilung sowie Geländeneigung ausgewertet, um zentrale Fußwege und Mobilitätsachsen zu identifizieren. Auf dieser Grundlage erhielt jede Straße im Altstadtgebiet eine Prioritätsbewertung. So wurde transparent, wo Investitionen in Gehwege, Querungsmöglichkeiten oder Aufenthaltsflächen am wirkungsvollsten sind.

# Fahrradstadt

Frankfurt am Main hat beim "ADFC-Fahrradklima-Test" mit einer Gesamtwertung von 3,5 als fahrradfreundlichste Großstadt mit über 500.000 Einwohner\*innen abgeschnitten – eine klare Verbesserung gegenüber der 3,9 im Jahr 2018. Gleichzeitig haben sich zurecht die Ansprüche an einen sicheren und leistungsfähigen Radverkehr erhöht. Wir werden den Radverkehr zur tragenden Säule einer zukunfts-fähigen, klimafreundlichen und funktionierenden Stadt entwickeln. Grundlage dafür ist ein durchgängiges, intuitives und komfortables Radwegenetz, das alle Stadtteile verbindet, flüssige Verbindungen ins Umland bietet und Menschen jeder Erfahrung und jeden Alters einlädt, aufs Rad zu steigen. Somit werden wir uns weiterhin für die mit dem Radentscheid beschlossenen Ziele und Maßnahmen einsetzen.

Wir fördern den Ausbau eines leistungsfähigen Rad-Hauptnetzes. Dieses soll weitgehend vom Autoverkehr getrennt sein und sowohl das Zentrum als auch die Stadtteile und das Umland effizient verbinden, durch Radschnellwege, Fahrradbrücken und -tunnel. Wir setzen uns für Lückenschlüsse mit baulich getrennten und farblich markierten

Radspuren ein, die Ausweisung zusätzlicher Fahrradstraßen sowie gezielter Maßnahmen in Umgebung von Schulen und entlang wichtiger Schulwege. Konfliktstellen werden durch bessere Beleuchtung, klare Wegeführung und Markierungen entschärft und eine konsequente Ahndung von Verstößen gegen Falschparken auf Geh- und Radwegen soll sichergestellt werden.

Die Niederlande machen vor, wie mit durchdachtem Kreuzungsdesign, mit direkten Sichtbeziehungen und klaren Vorfahrtsregelungen sichere Bedingungen für alle geschaffen werden können. Wir wollen neu gestaltete Kreuzungen nach diesem Vorbild. Konzepte wie "geschützte Kreisverkehre" und "All-Ride"-Phasen erhöhen die Übersichtlichkeit und reduzieren Konflikte.

Bei neuen Bauvorhaben sowie bei Umbauten von Kreuzungspunkten muss der Radverkehr von Beginn der Planungen an berücksichtigt und sich an internationalen und nationalen Best Practices orientiert werden. Wir machen uns stark für intelligente Ampelschaltungen, denn "Grüne Wellen" und Geschwindigkeitsempfehlungen

über LED-Bodenlichter oder Infosäulen sorgen für mehr Sicherheit und einen besseren Verkehrsfluss. Hamburg demonstriert mit dem Projekt "PrioBike", wie digitale Lösungen Radfahren effizienter und komfortabler machen können.

Volt möchte gute Schnittstellen zum öffentlichen Verkehr aufbauen. Fahrradparkhäuser an zentralen Punkten, wie dem Hauptbahnhof, stärken die Kombination aus Rad- und Bahnverkehr. Zudem sollte der Ausbau von sicheren Fahrradabstellmöglichkeiten beschleunigt werden. Städte wie Münster und Utrecht zeigen, wie solche Knotenpunkte die Mobilität insgesamt verbessern und den Umstieg erleichtern. Ein durchgehender Promenadenring und die gute Anbindung des Umlands machen die Stadt zu einem Vorbild für urbane Radinfrastruktur.

Zusätzliche Komfortelemente wie Fußstützen an Ampeln, geneigte Müllheimer oder Luftpumpen machen den Radalltag lebenswerter und fördern die regelmäßige Nutzung.

## Kopenhagen

### ■ Best Practice

Kopenhagen gilt als Vorzeigestadt für fahrradfreundliche Infrastruktur. 50 % aller Wege zur Arbeit, zur Schule oder zur Universität werden mit dem Rad zurückgelegt. Die dänische Hauptstadt setzt konsequent auf baulich getrennte Radwege, ein durchgängiges und klar strukturiertes Radverkehrsnetz, geeignete Abstelleinrichtungen sowie auf intelligente Ampelschaltungen, die eine grüne Welle für Radfahrende ermöglichen. Neben der Infrastruktur tragen auch zahlreiche Details zur Alltags-tauglichkeit bei. Hinzu kommt eine gute Verzahnung mit dem ÖPNV.

## Utrecht

### ■ Best Practice

In Utrecht werden 50 % aller Wege unter 7,5 Kilometern mit dem Fahrrad zurückgelegt. Die Stadt verfolgt einen systemischen Ansatz, bei dem dem Rad- und Fußverkehr sowie dem öffentlichen Nahverkehr Vorrang eingeräumt wird. Durch die Errichtung eines eigenständigen, weitestgehend vom Autoverkehr getrennten Radverkehrsnetzes – bestehend aus neuen Fahrradstraßen, -brücken und -tunnels – wurde die Attraktivität des Radfahrens deutlich gesteigert. An Kreuzungen erhält der Radverkehr in der Regel Vorfahrt. Ergänzend wurde z.B. mit dem Fahrradparkhaus am Utrechter Hauptbahnhof eine leistungsfähige Abstellinfrastruktur geschaffen.

# ÖPNV

Nur mit einem leistungsfähigen ÖPNV kann die Verkehrswende in Frankfurt funktionieren. Auf dem Papier ist der Frankfurter ÖPNV einer der besten in Deutschland. In der Realität ist er von Fahrplankürzungen durch Personalmangel, Ausfällen und für viele Stadtteile indirekte Strecken geprägt. Dennoch besteht in unserer vorhandenen Infrastruktur bereits großes Potential, das wir ausbauen und besser nutzen wollen. Die Möglichkeit, sich mit dem ÖPNV klimaschonend und barrierefrei fortzubewegen, sehen wir nicht als Privileg, sondern als Teil eines Grundrechts auf soziale Teilhabe. Zugleich profitiert die ganze Stadt von eingesparten Emissionen, weniger Platzverbrauch durch PKW Verkehr und höherer wirtschaftlicher Aktivität durch leichteren Zugang zu Arbeit und Konsummöglichkeiten.

Um die sternförmige Ausrichtung des Netzes auf das Zentrum aufzubrechen, setzen wir eine Ringstraßenbahn ein, die die Stadtteile direkter miteinander verbindet. Bis zu ihrer Realisierung sollen Expressbusse diese Querverbindungen stärken. Wir unterstützen zudem den Bau der **Regionaltangenten West** und Ost.

Nach dem Vorbild von Paris, Wien und bereits über 7% aller U-Bahnstrecken weltweit soll auch Frankfurt langfristig fahrerlose U-Bahnen nutzen. Als erstes denkbar ist das bei der U4, da sie ohne Kreuzungsverkehr fährt. Für Linien mit Kreuzungsverkehr ist ein langfristiger Umstieg zu automatischen U-Bahnen ebenso erstrebenswert.

An Ampeln sollten nach Vorbild der Niederlande in der Regel ÖPNV, Rad- und Fußverkehr bevorzugt werden, mit einer Priorität auf den ÖPNV, sodass der ÖPNV immer die schnellste Option ist und nicht unnötig an Ampeln aufgehalten wird. Des Weiteren setzen wir uns für eine bessere Anbindung ans Umland ein. Der Personalmangel im Frankfurter ÖPNV hat zu einge-

schränkten Fahrplänen und zahlreichen Ausfällen im laufenden Betrieb geführt. Um den Personalmangel im ÖPNV zu beheben, setzt sich Volt für eine ausreichende und langfristige Finanzierung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen ein.

Durch Absenkung der Anforderung an Sprachkenntnisse sowie eine beschleunigte Anerkennung von Qualifikationen aus dem Ausland wollen wir die Einstiegshürden senken und weitere Unterstützung beim Erwerb von Sprachkenntnissen oder sonstigen notwendigen Qualifikationen im Rahmen der Ausbildung anbieten, um mehr Bewerber\*innen die Ausbildung zu ermöglichen. Wir möchten zudem attraktive Quereinstiegsmöglichkeiten, insbesondere für Personen aus dem Personennahverkehr-Betrieb wie zum Beispiel Taxifahrende eröffnen.

Wir setzen uns für eine grundsätzliche Änderung der Ticketpreise im Frankfurt ÖPNV ein. Sie müssen nachvollziehbarer, unbürokratischer und günstiger sein. Dazu wollen wir ein kostenloses, unbürokratisches ÖPNV Ticket für alle Schüler\*innen und Berufsschüler\*innen, unabhängig von Alter und Entfernung des Wohnorts von der Schule anbieten. Ergänzend wollen wir ein "9€ Ticket" für Inhaber\*innen des "Frankfurt Pass", also Personen mit besonders wenig verfügbarem Einkommen ermöglichen. Wir setzen uns für die Subventionierung des "Deutschland-Tickets" für Einwohner\*innen Frankfurts ein, sodass sich die jährlichen Kosten beim aktuellen Preis des Deutschlandtickets dem Preis eines 365-Euro-Ticket annähern. Das wurde in **Tübingen** ausprobiert und erfolgreich umgesetzt.

Wir wollen, dass beim Fahren ohne Fahrschein (Beförderungsschleichung) weiterhin auf das Stellen eines Strafantrags verzichtet wird, um dieses oft aufgrund von Armut begangene Vergehen nicht überproportional zu bestrafen und

staatliche Ressourcen mit der Bearbeitung und Durchsetzung zu binden. Wir machen uns stark für die Abschaffung der Tarifgebiete zugunsten einer Bepreisung von Einzelfahrten entlang tatsächlich zurückgelegter Strecken ( "Pay as you go" System). Überschreiten die Kosten den Preis eines Tagestickets, wird maximal der Preis eines Tagestickets fällig. Der "RMV" hat mit "RMVsmart" bereits ein solches Prinzip erfolgreich getestet. Wir wollen die Kopplung der Preise des städtischen Rufbus-Angebots "**Knut**" an normale Streckenpreise, wo reguläre Linien ersetzt werden. Die kostenlose Nutzung für Schwerbehinderte durch Entfall des Komfortzuschlags soll ermöglicht werden.

Foto von [Kiran Reddy](#) auf [Unsplash](#)



## Free ÖPNV

### ■ Best Practice

**Tallinn** hat einen **kostenlosen ÖPNV** für alle gemeldeten Einwohner eingeführt. Finanziert wird das System unter anderem durch zusätzliche Steuereinnahmen der neu gemeldeten Bürger\*innen. Die Nutzung des ÖPNV konnte stark erhöht werden, jedoch nicht nur durch die Reduktion von Autofahrten. Der Anteil der Personen, die sich gar nicht fortbewegen und somit nur begrenzt am öffentlichen Leben teilnehmen, konnte durch die Maßnahme stark reduziert werden.

# Autoverkehr

In Deutschland gibt es mehr PKW als Haushalte. Innenstädte und Wohnsiedlungen werden durch Autos stark belastet, da sie durchschnittlich 23 Stunden am Tag parken und kaum genutzt werden. Spielplätze, Grün- und Freiflächen finden wenig Platz und Fahrrad- wie Gehwege sind zugunsten von Parkplätzen schmäler angelegt. Sharing-Angebote, die die Anzahl der PKW in Privatbesitz drastisch reduzieren können, ohne die individuelle Mobilität erheblich einzuschränken, sind jedoch noch nicht flächendeckend verfügbar und bieten ohne "Free Floating-Sharing" wenig Flexibilität.

Allein in Hessen gibt es über 3 Mio. Pendlerbewegungen pro Tag und über 65% der Pendler\*innen verwenden dafür das Auto. Überfüllte Autobahnen, Landstraßen und Innenstädte zeigen, dass dies nicht funktioniert. Wir müssen das Pendeln mit anderen Verkehrsmitteln fördern, nicht nur zugunsten des Klima- und Umweltschutzes, sondern auch, weil in dicht bebauten Innenstädten der Platz für weiteren Autoverkehr nicht vorhanden ist. Dies führt auch für Personen, die auf das Auto angewiesen sind, zu einer schlechteren Situation.

Für ein lebenswertes und funktionierendes Frankfurt streben wir Flächengerechtigkeit zwischen den Verkehrsmitteln an. Die Planung weiterer Autobahnen und die Erweiterung der A5 auf 10 Spuren lehnen wir daher ab. Der finanzielle Aufwand und der Flächenverbrauch, der mit dem Autobahnbau einhergeht, ist gegenüber dem oft nur geringen verkehrlichen Nutzen nicht zu rechtfertigen. So werden kurzfristige Verbesserungen des Verkehrsfluss oft durch die gesteigerte Nutzung aufgrund der nun erhöhten Attraktivität ausgeglichen. Auf von Stau belasteten Autobahnen wollen wir, dass einzelne Spuren, gegebenenfalls zeitbegrenzt, für Busse und Carpooling vorbehalten sind, um die Effizienz der Fortbewegung von Personen zu steigern.

Wichtige Einkaufsstraßen und viel besuchte Räume, wie z. B. die Berger Straße und die Leipziger Straße, werden von Durchfahrtsverkehr befreit, ausgenommen Anwohner\*innen und Lieferverkehr. Die für die Bürger\*innen zurückgewonnenen Flächen sollen zudem entsiegelt und begrünt werden und Raum für Begegnungen bieten, indem Superblocks geschaffen werden.

## ► s. Superblocks

Lieferzonen sind für Lieferdienste vorbehalten, die nicht auf ein Auto verzichten können. Das Vorgehen gegen falsches Parken in Lieferzonen wollen wir durch konsequente Kontrollen und digitale Überwachung der Lieferzonen (datenschutzkonform) sicherstellen. Wir machen uns stark für die Einführung einer City-Maut. Diese soll auf der Grundlage der bestehenden Best Practice-Erfahrungen in London, Oslo, Stockholm und New York erfolgen. Die City-Maut schafft Gerechtigkeit, da die verursachten externen Kosten durch Bau und Unterhalt von Straßen und Parkplätzen, Lärm- und Luftverschmutzung von den Nutzer\*innen getragen werden und nicht von der Allgemeinheit. Die Erhebung erfolgt vollständig digital, Ausnahmen für unmittelbar auf ein Auto angewiesene Personen oder Wege zu „Park & Ride“-Plätzen sind vorzusehen.

Volt möchte, dass der Mainkai dauerhaft autofrei wird. Hierfür ist sowohl ein Verkehrskonzept als auch ein Konzept zur Entsiegelung und besseren Nutzung der Flächen des Mainkais zu entwickeln, um den Frankfurter\*innen eine menschenfreundliche Grünfläche im Herzen der Stadt zu bieten.

In der aktuellen Wahlperiode konnte die Planung und der Aufbau von rund 950 **Mobilitätsstationen**, die auch Car-Sharing abdecken, in den nächsten 5 Jahren beschlossen werden. Wir unterstützen dieses Vorhaben und werden uns auch in den Ortsbeiräten dafür einsetzen, dass die Stationen an sinnvollen Orten, wie in der Nähe von ÖPNV Stationen, errichtet werden.

Volt setzt sich für die Umwandlung von freien Parkplätzen im öffentlichen Raum zu ausgewiesenen Car-Sharing Parkplätzen ein. Zudem sollten private Parkplatzinhaber\*innen oder Mieter\*innen, die ihren Stellplatz nicht nutzen, eine niedrigschwellige Möglichkeit erhalten, diesen für Car-Sharing zur Verfügung zu stellen. So werden bereits versiegelte Flächen effizienter genutzt und die Notwendigkeit für neue Versiegelung für Parkplätze minimiert.

Lärmbelastung durch den Straßenverkehr ist eine wachsende Herausforderung in Städten wie Frankfurt. Ganz besonders betroffen sind Hauptverkehrsstraßen wie die Friedberger Landstraße, die nachts als Rennstrecke missbraucht werden, aber auch in Autobahnnähe beeinträchtigt eine andauernde und situative Lärmbelastung die Gesundheit der Frankfurter\*innen. Wir unterstützen die **Empfehlung der „World Health Organization“** und setzen uns für eine maximale durchschnittliche Lärmbelastung von unter 53 Dezibel tagsüber und 45 nachts ein.

Neben bestehenden Maßnahmen wie Kontrollen von getunten Fahrzeugen und Tempolimits in Wohnstraßen setzt sich Volt auch für ein

## AutoPASS

### ■ Best Practice

Oslo berücksichtigt mit seiner **Maut** eine Vielzahl an Faktoren. Dazu zählt, ob jemand aus der Stadt hinaus- oder hineinfährt, wie groß das Auto ist und ob das Fahrzeug mit Kraftstoff oder Strom betrieben wird. Ebenso spielt der Tag und die Uhrzeit eine Rolle bei der Festlegung der Mauthöhe. Zuletzt wurde der Großraum Oslo in drei Bereiche (Indre ring, Osloringen und Bygrensen) unterteilt, die wiederum Einfluss auf die Maut haben.

# Autoverkehr

Pilotprojekt für den Einsatz von Lärmblitzern ein. Hier orientierten wir uns am Vorbild **Paris**, wo mithilfe von Lärmblitzern nach ersten Tests nun ab Sommer 2025 Geldstrafen verteilt werden, aber auch Brüssel und Barcelona sowie wissenschaftlichen Erkenntnissen, die in Berlin beim Einsatz von Lärmblitzern gemacht wurden. Mit Strafen zu versehen sind zunächst Fahrzeuge, die weit über den für die Fahrzeugklasse typischen Lärmwerten liegen.

Um das Taxigewerbe vor Ausbeutung zu schützen und gleichzeitig transparente und attraktive Preise für Kund\*innen zu garantieren, planen wir folgende Maßnahmen: Volt wird die Änderung der Verordnung über die Beförderungsentgelte und Beförderungsbedingungen für den Verkehr mit Taxen in Frankfurt am Main beibehalten. Diese erlaubt dem Taxigewerbe,

Festpreise anzubieten. So ermöglichen wir Konkurrenzfähigkeit gegenüber anderen Beförderungsdiensten und Transparenz für die Kund\*innen. Erfahrungen in München haben gezeigt, dass nach einer Einführung von Festpreisen die Nutzer\*innen von Fahrdienstvermittlern häufiger das Taxi gewählt haben als zuvor. Die Einführung von Mindestpreisen sehen wir kritisch, da sie rechtlich fragwürdig sind und eine Wettbewerbsverzerrung zu Ungunsten der Nutzer\*innen darstellen könnten. Eine Einführung kann nur auf Grundlage einer rechtlichen Prüfung und Analyse der Marktsituation diskutiert werden. Die für Fahrdienstvermittlungen geltenden Bestimmungen wie das Vorhandensein einer Konzession, Einhaltung des Personenbeförderungsgesetzes, Mindestlohn und arbeitsrechtliche Vorgaben müssen konsequent kontrolliert

und Verstöße sanktioniert werden. Taxifahrer\*innen, die aufgrund veränderter Wettbewerbsbedingungen das Taxigewerbe verlassen, sollen aufgrund ihrer langjährigen Berufserfahrung in der Personenbeförderung durch beschleunigte Quereinstiegsmöglichkeiten einen gerechten und einfachen Berufswechsel in die Frankfurter ÖPNV Betriebe erhalten.

Wir setzen uns für die Weiterführung und Ausweitung des Projektes "**Gütertram**" ein. Beim Projekt "**Gütertram**" ging es darum, Lastenfahrräder und Straßenbahnen zur effizienten Auslieferung kleinerer und mittelgroßer Pakete mit zu nutzen. So konnte bei 70-80 % der Pakete auf das Auto verzichtet werden. Das führte im Vergleich zum konventionellen Transport dazu, dass 57 % CO2 eingespart wurden.

## E-Auto-Ladeinfrastruktur

Damit die Mobilitätswende auch in Frankfurt am Main funktioniert, braucht es eine flächendeckende, effiziente E-Auto-Ladeinfrastruktur. Bis 2035 liegen mehr als 90% des Bedarfs an Ladepunkten im privaten Bereich, gefolgt von Unternehmen.

Lediglich ein kleiner Teil entfällt dabei auf die öffentliche Ladeinfrastruktur. Diese kann den Bedarf jedoch nicht allein decken, daher setzt Volt auf Kooperationen mit Eigentümer\*innen, Wohnungs-gesellschaften und Unternehmen, um flächendeckende E-Mobilität in der Stadt zu ermöglichen.

Wir setzen uns dafür ein, den Klimabonus für die Installation von privaten Ladepunkten im Bestand und Neubau beizubehalten. Zusätzlich unterstützen wir die Einrichtung von Ladehubs in Wohngebieten, die von mehreren Hausgemeinschaften gemeinsam genutzt werden können. Wir wollen Unternehmen bei der Errichtung von Ladepunkten durch gezielte Förderungen unterstützen.

Gewerbe-Neubauten sollen mit klaren Ausbauzielen ausgestattet werden, um z. B. Handwerkshöfe zukunftssicher zu gestalten.

### > s. Handwerk und Ausbildung

Wir fördern Kooperationen mit Parkhäusern, Supermärkten, Kultur- und Sportstätten, um weitere Ladeinfrastruktur zugänglich zu machen.

Die Erweiterung der öffentlichen Ladeinfrastruktur soll durch die Errichtung von Schnellladehubs (DC) an strategischen Verkehrsknoten und dem Bau von AC-Ladepunkte im gesamten Stadtgebiet erfolgen. Dabei setzen wir auf innovative Lösungen wie Laternenladen oder Ladebordsteine, um Fläche effizient zu nutzen. Laternenladen nutzt vorhandene Straßenlaternen als Ladepunkt für E-Autos, ideal für enge Innenstädte ohne Parkgarage. Ladebordsteine integrieren die Ladepunkte direkt in Parkstreifen oder Gehwege. Beide Konzepte sparen Platz, sind kostengünstig und erleichtern das Laden

für Anwohner\*innen ohne eigene Ladepunkte. Wir setzen uns für die Erstellung eines jährlichen Ladeinfrastrukturberichts ein, der die Ausbauziele der Stadt dokumentiert und zukünftige Handlungsempfehlungen aufzeigt. Private und gewerbliche Ladepunkte können für die Öffentlichkeit geöffnet werden. Wer seinen Ladepunkt teilt, wird mit Steuererleichterungen oder Förderungen unterstützt.

Wir wollen mit einer Integration in die "Frankfurt App" über freie Ladepunkte informieren und über eine faire und soziale Tarifgestaltung für eine benutzerfreundliche E-Auto-Ladeinfrastruktur aufbauen

### > s. Digitaler Zugang zur Stadt

# Autoverkehr

## Stellplatzsatzung

Die **Stellplatzsatzung** verpflichtet die Entwickler\*innen von Bauvorhaben dazu, eine gewisse Menge von Parkplätzen für die errichtete Nutzung zur Verfügung zu stellen. Die Mindestanzahl der vorgeschriebenen Parkplätze ist über Quoten in der Stellplatzsatzung geregelt. Bei größeren Projekten treiben die Kosten zur Errichtung von Tiefgaragen oder überirdischen Parkflächen die Baupreise in die Höhe, welche auf die Mieten umgelegt werden.

Bewohner\*innen ohne Fahrzeug subventionieren hierbei häufig jene, die einen Parkplatz mieten. Wir möchten die Baupreise für den Wohnungsbau senken, indem die vorgeschriebene Mindestanzahl der Parkplätze reduziert wird. So sinken die Flächenkosten, Mietpreise und eine effizientere Flächennutzung wird ermöglicht. Um Baukosten zu senken und die Mobilitätswende durch die Flächennutzung in Frankfurt voranzutreiben, will Volt die

**Stellplatzsatzung** anpassen. Die Frankfurter **Stellplatzsatzung** ist vergleichsweise fortschrittlich, denn sie erlaubt eine Reduktion notwendiger Stellplätze entlang der ÖPNV-Verfügbarkeit. Ausgenommen von dieser Regelung sind jedoch Wohnnutzungen. Diese Ausnahme wollen wir aufheben.

Die erlaubte Entfernung von Parkplätzen bis zur Wohnung sollte auf bis zu 500 Meter ausgeweitet werden. Ausgenommen hiervon sind Parkplätze für behinderte Menschen. Als Alternative zur Stellplatzschaffung auf dem Baugrundstück können Anwohnerparkplätze im Quartier erschlossen werden, indem zum Beispiel private Parkplätze umliegender Geschäfte nachts auch zur Nutzung gemietet werden oder zentrale Parkplätze geschaffen werden, die Parkbedarfe mehrerer Gebäude abdecken. Parallel zu diesen Maßnahmen ist die Parkraumbewirtschaftung und das bezahlte

Anwohnerparken auszuweiten, sodass Autos, die auf dem Wohngrundstück keinen Platz haben, den öffentlichen Raum nicht zusätzlich belasten. Ergänzend wollen wir die vorgegebene Anzahl von Parkplätzen reduzieren, wenn Wohnungen eine gute ÖPNV-Anbindung haben.

Weiterhin fordern wir eine dynamische Parkplatzbepreisung in Spitzenzeiten statt unflexiblen Gebühren. Dabei sollte auch die Autogröße und somit auch der beanspruchte Platz Einfluss auf den Preis haben.

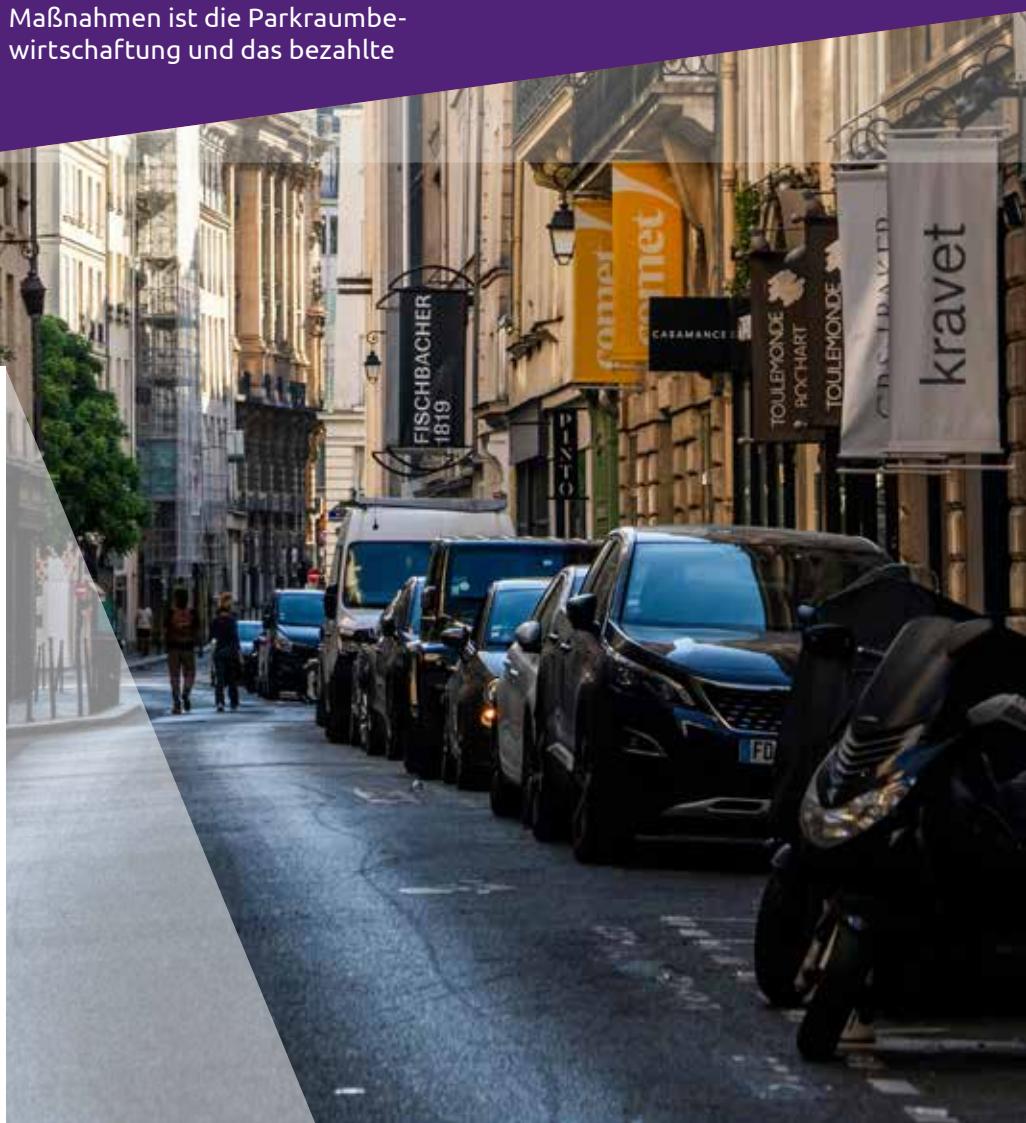
Die bereits vorhandene Möglichkeit, die Parkplatzzahl durch Installation von Radstellplätzen zu reduzieren, wollen wir beibehalten. Eine feste Quote der geschaffenen Parkplätze sollte dabei für Car-Sharing reserviert werden.

Foto von [Jimmy Woo](#) auf [Unsplash](#)

# SUV-Gebühr

## ■ ■ Best Practice

Paris hat 2024 ein innovatives **Parkgebührenmodell** eingeführt, bei dem schwere Fahrzeuge über 1.600 kg (SUVs) dreimal höhere Parkgebühren zahlen als kleinere Autos. Ziel ist, den Anteil großer Fahrzeuge zu reduzieren, die mehr Platz beanspruchen und höhere Umweltbelastungen verursachen. Durch die differenzierten Gebühren werden finanzielle Anreize für kleinere, effizientere Autos geschaffen. Die Maßnahme fördert die gerechtere Nutzung des öffentlichen Raums und unterstützt eine nachhaltige Mobilitätspolitik.



# Die eigene Stadt selbst gestalten

## Kapitel 5: Citizen Empowerment

Wir wollen, dass alle Bürger\*innen Frankfurts in der Lage sind, fundierte politische Entscheidungen zu treffen, über Wahlen hinaus selbst Einfluss auf die Politik zu nehmen und ihre demokratischen Rechte aktiv auszuüben.

Eine funktionierende Stadt Frankfurt lebt von aktiver Beteiligung aller Bürger\*innen. Jede\*r Einzelne übernimmt Verantwortung und gestaltet aktiv mit – sei es durch Engagement in der Nachbarschaft, durch Mitwirkung an städtischen Entscheidungen oder durch Unterstützung sozialer Initiativen. Nur so funktioniert eine inklusive, gerechte und lebenswerte Stadtgesellschaft, in der alle die Möglichkeit haben, ihr Leben selbstbestimmt zu gestalten und sich einzubringen.

Volt hat sich in der Stadtregierung konsequent für mehr Transparenz, Mitbestimmung und direkte Beteiligung der Bürger\*innen eingesetzt. Ein zentraler Erfolg war die Verabschiedung der Richtlinie zur Öffentlichkeitsbeteiligung, die erstmals verbindliche Standards für Bürger\*innenbeteiligung in Frankfurt schafft. Damit wird Beteiligung systematisch und frühzeitig in Entscheidungsprozessen mitgedacht.

Stadtgesellschaft, die **funktioniert**.



**Teilhabe**

# Politische Teilhabe

Frankfurt ist eine vielfältige Stadt und doch werden viele unserer Mitbürger\*innen von echter politischer Teilhabe ausgeschlossen. Die Maßnahmen und Empfehlungen des „Frankfurter Demokratiekonvents“ wurden von der Stadtpolitik bislang kaum oder nur halbherzig umgesetzt. Dabei bietet der Konvent die Chance, Demokratie erlebbar zu machen, Politik nahbar zu gestalten und Bürger\*innen aktiv einzubeziehen. Gleichzeitig verhindert das aktuelle Kommunalwahlrecht, dass ein erheblicher Teil unserer Mitbürger\*innen, mit nicht deutscher oder EU-Staatsangehörigkeit, an Kommunalwahlen teilnehmen können – obwohl sie hier leben, arbeiten und das Stadtleben prägen. In einer Stadt wie Frankfurt, in der Vielfalt gelebter Alltag ist, ist dies eine verpasste Chance, echte Mitbestimmung zu ermöglichen. Wir wollen deshalb, dass das Kommunalwahlrecht auf Bundesebene und somit auch den Frankfurter\*innen ohne EU-Staatsbürgerschaft eingeräumt wird, um die Lebensrealität in Frankfurt abzubilden sowie ihre politische Teilhabe zu stärken.

Das Wahlrecht sollte, wie bei der Europawahl, ab 16 Jahren gelten.

**> s. Politische Teilhabe von Kindern und Jugendlichen**

Wir setzen uns dafür ein, dass die vom Dezernat V eingebrachte Richtlinie zur Öffentlichkeitsbeteiligung in der gesamten Stadtverwaltung etabliert und stetig weiterentwickelt wird. Wir wollen auf ihrer Basis die Beteiligungskultur in Frankfurt ausbauen, politische Entscheidungen auf Grundlage einer Vielfalt an Perspektiven treffen und bei Interessenkonflikten frühzeitig tragfähige Lösungen entwickeln. Zudem kann sie genutzt werden, um das Vertrauen der Öffentlichkeit in Entscheidungen der Politik, Verwaltung herzustellen, sowie die Stadt Frankfurt in ihrer Arbeit zu stärken.

Wir machen uns dafür stark, dass der „Frankfurter Demokratiekonvent“ institutionelle Förderung erhält, sowie eine zeitlich, wie inhaltlich angemessene Rückmeldung durch die Stadtpolitik auf die Handlungsempfehlungen erfolgt, um zu zeigen, dass auch nicht gewählte Bürger\*innen Einfluss auf die Stadt und ihre Politik haben.

Wir möchten, dass die neu aufgesetzte Beteiligungsplattform „ffm.de“ ein wichtiger Bestandteil der Beteiligungskultur der Stadt bleibt, sowie das Informationsfreiheitskonzept regelmäßig hinsichtlich der Praktikabilität für die Bürger\*innen evaluiert wird.

Es soll ein eigenes Römer-Besucherprogramm etabliert werden, um Bürger\*innen und Tourist\*innen niedrigschwellige Informations- und Bildungsangebote anzubieten, damit Kommunalpolitik erlebbar wird. Der vielbesuchte „Tag der offenen Tür“ im Römer sollte nicht nur alle zwei Jahre, sondern jährlich stattfinden.

## Bürger\*innenrat Aachen

 **Best Practice**

Der Bürger\*innenrat ist eine Gruppe aus zufällig ausgewählten Bürger\*innen. Er trifft sich zweimal bis drei Mal im Jahr und bespricht kommunalpolitische Themen.

Der Bürger\*innenrat besteht aus 56 Mitgliedern, die zufällig ausgelost werden. In moderierten Sitzungen werden die Themen beraten und diskutiert. Hierbei helfen Fachleute. Das Ergebnis wird zusammengefasst und heißt Bürger\*innengutachten.

Das Bürger\*innengutachten wird dann zur Beratung dem Bürgerforum vorgelegt und später im Rat der Stadt Aachen vorgestellt und darüber entschieden.



## Teilhabe

# Teilhabe von Kindern und Jugendlichen



Laut der aktuellen "Sinus-Jugendstudie" haben viele junge Menschen zwar ein Bewusstsein für den Klimawandel, soziale Ungleichheit oder Diskriminierung, fühlen sich aber nicht ausreichend vorbereitet, um sich aktiv und dauerhaft politisch einzubringen. Die spezifischen Anforderungen von Kindern und Jugendlichen werden bislang in Frankfurt nicht systematisch in politische Entscheidungen miteinbezogen.

Daher wollen wir den Aufbau eines rechtssicheren Jugendparlaments mit eigenem Antragsrecht in der Stadtverordnetenversammlung fördern. Um leicht zugängliche Informationen zu erhalten und die Beteiligung zu stärken, soll die Arbeit von Anfang an online und auf Social Media-Kanälen veröffentlicht und zugänglich gemacht werden.

Wir machen uns für Kinder- und Jugendversammlungen stark. Dies sind regelmäßige und professionell organisierte Versammlungen, bei denen Kinder und Jugendliche direkt mit der Stadtpolitik auf Augenhöhe in den Austausch treten können, um ihre Rechte in Stadtplanung, Mobilität, Bildung und Nachhaltigkeit sicherzustellen. Die Stadt Nürnberg hat dies bereits seit 1996 etabliert.

Wir wollen eine Förderung von Kinderrechten im Stadtleben, durch dauerhafte Unterstützung von Projekten wie z. B. „Stadt der

Kinder“. Zudem werden wir die politische Bildung stärken. Durch den Ausbau der Angebote an Schulen, Jugendhäusern und online, um Jugendliche auf ihre demokratische Teilhabe vorzubereiten und ihre Ängste vor Populismus und extremer Politik ernst zu nehmen.

Wir setzen uns für die zügige Umsetzung des Schüler\*innenhaushalts in Frankfurt ein. Bereits 2022 hat das Stadtparlament hierfür Mittel beantragt, doch bislang kommt das Projekt kaum voran. Mit einem Schüler\*innenhaushalt erhalten Kinder und Jugendliche die Möglichkeit, eigenständig über ein Budget für ihre Schule zu entscheiden und so demokratische Beteiligung praktisch zu erfahren. Wir wollen, dass dieses innovative Beteiligungsinstrument endlich realisiert und dauerhaft gefördert wird, denn Demokratieverständnis beginnt vor Ort und bereits im Klassenzimmer.

Foto von Norma Mortenson von [Pexels](#)

## Kinderversammlung

### Best Practice

Die Stadt Nürnberg setzt mit der Kinderversammlung (KiVe) seit 1996 ein erfolgreiches Modell der Kinderbeteiligung um. Kinder im Alter von 6 bis 14 Jahren können alle zwei Jahre am selben Tag wie die Bürgerversammlung ihre Anliegen einbringen. Die Veranstaltung wird vom Jugendamt in Kooperation mit der Kinderkommission, Schulen und Kindertageseinrichtungen organisiert. Presse und Öffentlichkeit sind eingeladen, was Transparenz und Sichtbarkeit der Kinderperspektive sicherstellt. Nürnberg zeigt, wie Kinder frühzeitig in kommunale Entscheidungsprozesse eingebunden werden.

# Partizipativer Haushalt

Die politische Teilhabe der Bürger\*innen, Transparenz und bessere Services stehen für Volt ganz oben auf der Agenda. Wir wollen daher ein Bürgerbudget für Frankfurt einführen, über dessen konkrete Verwendung die Bürger\*innen direkt abstimmen können. Dies ist ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg zu mehr gelebter Demokratie, Bürgernähe und einem lebenswerten Frankfurt.

Ein partizipatives Bürgerbudget kann politikverdrossene Bürger\*innen zu aktiver Mitgestaltung der „Politik vor der eigenen Haustür“ motivieren und sie aus der gefühlten Isolation holen. Konkrete Förderbereiche für das

Bürgerbudget sehen wir unter anderem in der Verschönerung des öffentlichen Raumes wie z. B. Stadtmobiliar und Begrünung. Ebenso sind Nachbarschafts- Veranstaltungen wie Straßenfeste und Kultur-Events oder soziale Projekte wie interessenbezogene Treffpunkte und Bildungsangebote denkbar. Ebenfalls bieten sich kleinere bauliche Maßnahmen wie die Erweiterung von Spielplätzen, barrierefreie Zugänge oder Fassadengestaltung für eine bürgernahe Teilnahme an.

## koosloodudlinn

### Best Practice

Tallinn zeigt, wie tatsächlich gelebte Demokratie vor allem im digitalen Zeitalter funktioniert. Seit 2021 entscheiden Bürger\*innen dort mit, wofür jährlich 800.000€ **komunales Budget** eingesetzt werden sollen. Jede Idee wird von Expert\*innen geprüft, im Online-Voting bewertet und umgesetzt, wenn sie überzeugt. So entstehen Projekte, die das Leben spürbar verbessern: Seit 2021 gibt es z.B. Trinkbrunnen in Tallinns Innenstadt. Diese niedrigschwellige digitale Beteiligungsmöglichkeit begeistert besonders junge Menschen und stärkt das Vertrauen in Politik.

# Dortmunder Nordstadt

### Best Practice

Trotz sozialer Herausforderungen, wie hoher Arbeitslosigkeit und einem hohen Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund, hat sich das Quartier zu einem lebendigen und zu einem kulturell vielfältigen Stadtteil entwickelt. Das **Quartiersmanagement** fördert interkulturelle Projekte wie die „Nordstadtliga“, eine Straßenfußball Liga für Jugendliche, sowie kreative Formate wie Street-Art-Aktionen und Schreibwerkstätten. Durch regelmäßige Stadtteilkonferenzen, Bürgerbeteiligung und transparente Kommunikation stärkt es den sozialen Zusammenhalt. In Kooperation mit Polizei, Sozialarbeit und Zivilgesellschaft setzt das Projekt auf Konfliktprävention und Sicherheit. Für diesen Ansatz wurde das Quartiersmanagement Dortmund Nordstadt im Wettbewerb „Soziale Stadt 2016“ mit einem bundesweiten Preis ausgezeichnet.

# Quartiersmanagement

Lebendige und lebenswerte Nachbarschaften entstehen dort, wo Menschen die Möglichkeit haben, ihr unmittelbares Umfeld aktiv mitzugestalten. Quartiersmanagement ist für uns nicht nur reine Verwaltung, sondern ein Raum für Begegnung, Austausch und neue Ideen. Hier vernetzen sich Nachbarschaften, Initiativen, Vereine und lokale Betriebe. Dies schafft gemeinsame funktionierende Lösungen, die den Stadtteil nachhaltig bereichern.

Damit das gelingt, wollen wir das Quartiersmanagement dauerhaft mit ausreichenden Mitteln ausstatten und gezielt Anreize für bürgerschaftliches Engagement schaffen, etwa durch Ehrenamtspauschalen. So können Nachbar\*innen echte Verantwortung übernehmen, ohne auf persönliche Absicherung verzichten zu müssen.

Ebenso wichtig sind Orte für gemeinschaftliches Leben und voneinander Lernen. Deshalb unterstützen wir alle Stadtteile bei der Schaffung und Erhaltung von Gemeinschaftsräumen oder Stadtteilbüros. Diese sollen niedrigschwellige Treffpunkte für Kultur, Bildung, Beratung und Nachbarschaftshilfe sein, angepasst an die Bedürfnisse vor Ort. Wir wollen Räume schaffen, die von allen Generationen genutzt und aktiv bespielt werden können. Unser Ziel ist eine Stadt, in der Nachbarschaften nicht nur nebeneinander, sondern miteinander wachsen – offen, solidarisch und zukunftsorientiert.

## Teilhabe

# Öffentliche Gremien

Demokratie lebt vom Mitmachen, dies gilt insbesondere in der Kommunalpolitik. Um eine Beteiligung zu ermöglichen, ist es wichtig, dass Politik transparent ist. Informationen müssen verständlich und leicht verfügbar sein. Es ist die Aufgabe der kommunalen Selbstverwaltung die Bürger\*innen in ihren politischen Prozessen mitzunehmen. Dazu gehört auch, zu hinterfragen, ob Anpassungen an den politischen Prozessen und Gewohnheiten eher zu einer demokratischen Meinungsbildung führen können.

Volt möchte es einem größeren Kreis an Menschen ermöglichen, selbst kommunale Mandate zu übernehmen. Hierzu müssen Erleichterungen geschaffen und Barrieren abgeschafft werden. Gleichzeitig haben die Stadtverordneten eine hohe Verantwortung für die fünfgrößte Stadt Deutschlands und müssen für die Vielzahl an Aufgaben viel Zeit aufbringen. Das schließt viele Gruppen von der aktiven Mandatsübernahme aus. Volt setzt sich dafür ein, dass viele diverse Perspektiven Teil der politischen Debatte sind.

Wir möchten die Arbeit als Stadtverordnete attraktiver und realisierbar gestalten. Denn als Gesellschaft sind wir auf ehrenamtlich Tätige angewiesen. Um jedoch mehr Bürger\*innen das Ehrenamt zu ermöglichen, wollen wir prüfen, wie die Arbeit als Stadtverordnete attraktiver und besser zu den Lebensverhältnissen der Menschen passend gestaltet werden kann. Denkbar sind hier Kinderbetreuungsmöglichkeiten, häufigere und dafür kürzere Plenarsitzungen, Pairing in Ausschüssen, sodass nicht immer alle Stadtverordneten tatsächlich anwesend sein müssen sowie eine potentielle Anhebung der Aufwandsentschädigung. Dies soll insbesondere dazu führen, dass sich mehr Menschen den Zeitaufwand für Kommunalpolitik und damit Einschritte im Hauptjob leisten können. Volt setzt sich für

die Einführung hybrider Gremiensitzungen ein, um politische Teilhabe für alle Mandatstragenden zugänglicher und flexibler zu gestalten. Dazu sollen die Frankfurter Hauptsatzung sowie die Geschäftsordnung angepasst werden. Diese moderne Lösung ermöglicht es, insbesondere Eltern, Berufstätigen und Menschen mit eingeschränkter Mobilität, aktiv an Sitzungen teilzunehmen – unabhängig von ihrem Standort.

Wir wollen, dass die Frist für die Beantwortung von Anregungen der Ortsbeiräte seitens des Magistrats strikt eingehalten wird. Gleichzeitig soll die Anzahl der Anregungen durch die Ortsbeiräte reduziert werden. Hierzu sollen von den Ortsbeiräten Vorschläge eingeholt werden. Es soll dabei geprüft werden, ob dies durch eine Änderung der Geschäftsordnungen erreicht werden kann oder eine Selbstverpflichtung der Gremien hier ausreichend ist. Wir machen uns für eine zeit-effizientere Plenarsitzung der Stadtverordnetenversammlung stark. Außerdem schlagen wir ein Rotationssystem bei der Reihenfolge der Anmeldung der Tagesordnungspunkte der Fraktionen vor. Volt möchte, dass Video- und Audioaufnahmen der Plenarsitzungen nicht nur live, sondern auch nachträglich noch abrufbar sind. Dies ermöglicht mehr Menschen, die politischen Entscheidungen und Debatten zu verfolgen.

Wir setzen uns für die Beibehaltung der neuen Transparenzregelungen in der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung ein. Außerdem fordern wir die Einführung eines Verhaltenskodexes, der als Selbstverpflichtung der Stadtverordneten zu ethischem Verhalten dient. Dies schärft das Bewusstsein für Grauzonen in der ehrenamtlich-politischen Tätigkeit und schließt

Regelungslücken mit Blick auf die Vorteilsnahme. Als Anlaufstelle für ehrenamtliche Mandatstragende sowie für die Durchführung von Workshops machen wir uns für eine\*n "Good Governance"-Beauftragte\*n stark. Die Anzahl der Aufsichtsratsmandate für städtische Beteiligungen wird zukünftig auf fünf pro Person begrenzt.

Wir wollen das **Parlamentarische Informationssystem (Parlis)** überarbeiten. Die Stadt Frankfurt bietet mit Parlis eine Möglichkeit, offizielle Dokumente, Mitteilungen und Protokolle der Stadt einsehen zu können. Wir betrachten die Lösung als verbesserungswürdig, da sie in ihrer bestehenden Form ein hohes Maß an Vorkenntnissen erfordert. Ergänzend wollen wir, dass der Ausweis von Abstimmungsergebnissen in Protokollen deutlich transparenter dargestellt wird.



## Darmstadt

### Best Practice

Die Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung in Darmstadt wird nicht nur digital in Bild und Ton aufgenommen, sie wird auch anschließend im **Archiv der Stadt** allen Bürger\*innen unbegrenzt zur Verfügung getellt.

# Frankfurts Kulturszene

Frankfurt ist ein einzigartiger Kulturstandort mit großer Vielfalt und kulturellen Chancen. Um dieses Potenzial voll zu entfalten, muss Kultur stärker in den politischen Diskurs und den öffentlichen Raum integriert werden. Frankfurts kultureller Schatz reicht weit über einen Neubau der "Städtischen Bühnen" hinaus; die freie Szene, kleinere Einrichtungen und die einzigartige Clubkultur prägen die Kulturszene der Stadt.

Wir setzen uns dafür ein, dass Clubs die Anerkennung als kultu-

relle Institution erhalten und in die städtische Kulturförderung aufgenommen werden. Zudem wollen wir durch den Aufbau langfristiger Förderstrukturen und Verantwortlichkeiten, wie z. B. der Nachrat, kulturelle Programme, Nachwuchsarbeit und Infrastruktur den Kreativstandort Frankfurt erhalten und ausbauen. Volt ist mehr als eine Partei, als europäische Bewegung werden wir gemeinsam mit unseren Partnerstädten kulturelle Aktivitäten planen und gemeinsam kulturelle Forderungen politisch vertreten und durch-

setzen, sowie die weitergehenden Finanzierungen Kultur-Kooperationen über Regional- und Landesgrenzen hinweg sicherstellen.

Frankfurt soll kulturell vielfältig, lebens- und liebenswert sein. Kulturschaffende finden hier Förderung und Freiräume, die Nachtclub-Szene wird als fester Teil der städtischen Kultur anerkannt. Die demokratische Geschichte ist präsent, Hessisch-Sein wird gefeiert, internationale Impulse machen Frankfurt zu einer europäischen Kulturstadt.

# Erinnerungskultur

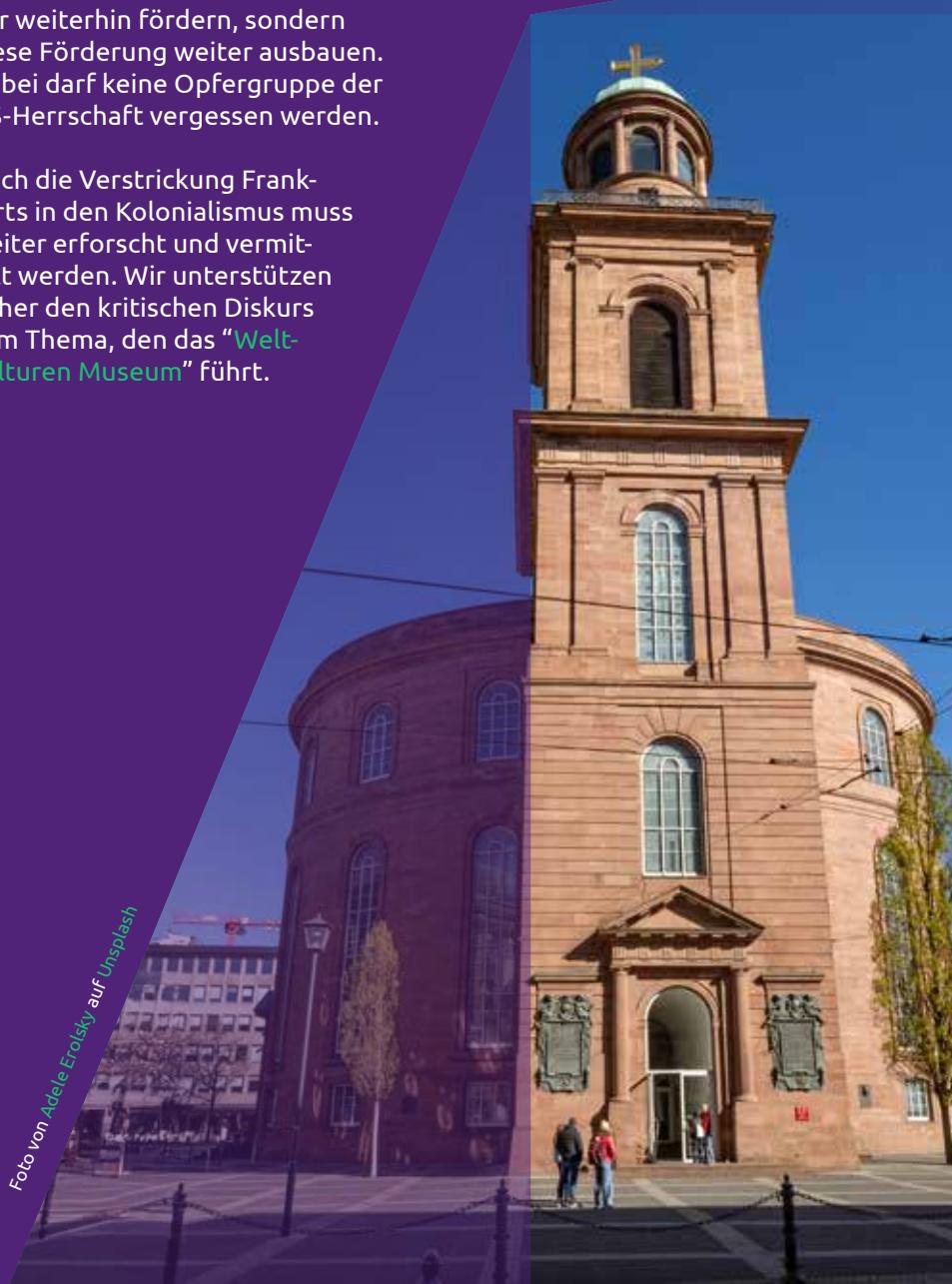
Erinnerungskultur ist für uns von zentraler Bedeutung. Frankfurts Rolle in der deutschen Demokratie muss sichtbarer gemacht werden, ebenso wie die Grauen des Nationalsozialismus, um eine aktive, reflektierte Erinnerungskultur zu gewährleisten.

Wir wollen die Paulskirche und die damit verbundene Geschichte stärker ins öffentliche Bewusstsein rücken. Wir setzen uns dafür ein, dass die geplante Sanierung moderne, interaktive Ausstellungen, sowie digitale Angebote, welche die Frankfurter Demokratiegeschichte mit der europäischen Gegenwart verbindet, für Bürger\*innen und Besucher\*innen erlebbar macht. Das geplante "Haus der Demokratie" soll zügig realisiert werden, zudem begrüßen wir die bisherige Transparenz und Bürger\*innenbeteiligung des Projektes.

Gleichzeitig ist es unsere Verpflichtung, insbesondere in Zeiten von Populismus und Nationalismus, an die Verbrechen und Gräueltaten der Nationalsozialist\*innen zu erinnern. Dazu wollen wir weiterhin die Institutionen und Initiativen, die die Verbrechen des Nationalsozialismus erforschen und insbesondere unter Berücksichtigung eines internationalen Publikums vermitteln, nicht

nur weiterhin fördern, sondern diese Förderung weiter ausbauen. Dabei darf keine Opfergruppe der NS-Herrschaft vergessen werden.

Auch die Verstrickung Frankfurts in den Kolonialismus muss weiter erforscht und vermittelt werden. Wir unterstützen daher den kritischen Diskurs zum Thema, den das "Weltkulturen Museum" führt.



# Kulturförderung

Wir setzen uns dafür ein, dass die bestehenden Verwaltungsstrukturen im Kulturbereich in ein „Culture Office“, das die Kulturschaffenden durch stärkere Digitalisierung bei der Antragsstellung und Verwendungsnachweisen, restrukturiert werden. Das Office unterstützt auch bei der Suche nach privaten Geldgebern. Zudem soll das „Culture Office“ eine Vernetzung der Ausstellungs- und Aufführungsorte in Frankfurt und der Region, aber auch in den Partnerstädten schaffen. Zudem soll das „Culture Office“ Kontakte zu regionalen Aktionsgruppen (RAG) wie z. B. der „Kulturinitiative RheinMain“ pflegen.

Wir wollen einen Diskurs anstoßen, der über eine mögliche (Um-)

Verteilung der Gelder innerhalb des Kulturetats und der kulturellen Infrastruktur im Besitz der Stadt berät. Dabei dürfen z. B. auch eine Verkleinerung der „Städtischen Bühnen“, das Hinterfragen der Notwendigkeit von gleich drei Standorten des „Museum für moderne Kunst (MMK)“ und ähnliches keine Tabuthemen sein.

Wir wollen die kulturelle Bildung viel stärker in den Fokus nehmen und mehr Angebote für junge Menschen schaffen. Dabei sollen die bisherigen Aktivitäten der Kinder- und Jugendkultur ausgebaut werden. Wir setzen uns dafür ein, dass weitere Mitmach-Angebote wie z. B. Schreibwerkstätten, Musikunterricht, Theaterworkshops in allen Stadtteilen angeboten

werden. Wir wollen die Schaffung eines „Literatur Incubator“ und Co-Working-Space für Neugründungen von Verlagen, Literaturveranstaltungen und anderen Literatur verbundenen Unternehmen zur Stärkung des Literatur- und Buchmessestandortes. In dieses Literaturproduktion-Haus könnte auch die Organisation der städtischen Literaturveranstaltungen eingegliedert werden.

Wir werden die Infrastruktur von Stadtteil- und Zentralbibliotheken als Foren für einen breiten kulturellen und wissenschaftlichen Informationsaustausch stärken, um diese für die Bürger\*innen zugänglicher zu machen und den europäischen Austausch über unterschiedliche Sprachangebote zu fördern.

# Kulturbau

Der Kulturcampus ist ein zentrales und wichtiges Projekt für uns. Eine Erhaltung des Juridicums aus Klimaschutz-Perspektive wäre zwar wünschenswert, allerdings ist der bauliche Zustand derart schlecht, dass ein Umbau inkl. vollständiger Entkernung nicht rechtfertigen ist. Zusätzlich strahlt die monotone und graue Bauweise der Umgebung wenig Aufenthaltsqualität aus. Daher wollen wir, dass das Gebäude abgerissen und durch einen architektonisch ansprechenden und klimafreundlichen Neubau, z. B. für „Hochschule für Musik und Darstellende Kunst (HFMDK)“, ersetzt wird, um den Ansprüchen an einen zukunftsfähigen Kulturcampus gerecht zu werden.

Wir unterstützen die Umwandlung des Studierendenhauses langfristig in das „Offene Haus der Kulturen“ – sobald ein neues Studierendenhaus errichtet wurde.

Wir befürworten die Ansiedlung des „Frankfurt LAB“ auf dem Kulturcampus. Aber auch der Erhalt des Kulturstandortes Schmidtstraße

ist wünschenswert. Derzeit sind dort mehrere Kulturinstitutionen untergebracht. Der Bereich Gallus, Europaviertel, Römerhöfe braucht auch in Zukunft Orte der Kultur.

Im Rahmen einer neuen „Visitor Economy Strategie“ sollen westliche Stadtteile mit dem Zentrum Höchst als wichtige Kulturstandorte anerkannt und ausgebaut werden. Mit der Fertigstellung des Bolongaropalastes 2027 sollen alle Kultureinrichtungen im Frankfurter Westen als „Kulturufer West“ beworben und sichtbar gemacht werden. Wir setzen uns für die Schaffung eines zusätzlichen Atelier- und Produktionshauses im Frankfurter Westen für Bildende Kunst, Design, Musik, Film und Tanz.

Die vorhandenen Kultureinrichtungen rund um und im Osthafen sowie um den Zoo sind zwei wichtige Kulturcluster als Ausbildungs-, Arbeits- und Präsentationsorte für Kunst, Kultur und Design. Wir stehen nicht nur für eine Sicherung dieser Institutionen und Veranstaltungen für die Zukunft,

sondern auch für eine bessere Förderung und Unterstützung ein.

Bei den [Neubauten der „Städtischen Bühnen“](#) müssen Kapazitäten realistisch geplant werden und auch eine ergänzende Nutzungen aus einem anderen Feldern (z. B. Bücherei, Musikschule, begehbarer Dachterrasse) mitgedacht werden, um das Ziel eines offenen Hauses, das auch tagsüber zugänglich ist, erreichen zu können.

Da die hessische Landesverfassung der Kultur den Schutz des Landes und der Kommunen spricht, erwarten wir eine erhebliche finanzielle Beteiligung des Landes am [Neubau der „Städtischen Bühnen“](#), denn dieses kulturelle Angebot nutzt Menschen weit über Frankfurts Grenzen hinaus. Auch um Finanzierung durch private Akteur\*innen sollte sich die Stadt bemühen.

# Über Frankfurt hinaus in die ganze Welt

## Kapitel 6: Europa und International

Die europäische Integration ist eines der Kernziele, die wir mit unserer Arbeit auf Europa-, Bundes-, Landes- und auch auf Kommunalebene verfolgen. Denn bereits heute haben auch kommunale Bestimmungen und Vorgaben zum Großteil ihren Ursprung in der EU. Eine funktionierende Verwaltung, die im Sinne einer vereinten Europäischen Union handelt, ist deshalb nicht nur hilfreich, sondern unerlässlich. Dazu gehört auch, die Bevölkerung von dem Projekt EU zu überzeugen und sie mit unseren europäischen Nachbarn in Kontakt zu bringen. Dieser Austausch geht natürlich auch über die europäischen Grenzen hinaus und ermöglicht Kontakt mit Menschen aus der ganzen Welt.

Im globalen Kontext kann Frankfurt am Main seinen Einfluss nur innerhalb einer gemeinsamen Bemühung aller kommunalen Vertretungen geltend machen. Mit einer gemeinsamen Stimme sprechen sie in nationalen Gremien wie dem Deutschen Städtetag oder der europäischen Initiative "Eurocities". Als vereintes, gestärktes Europa verändert sich nicht nur unser Selbstverständnis und unsere Idee einer Gemeinschaft, sondern auch unsere Position auf internationaler Ebene.

Europa, **funktioniert**.



# Europastadt

Im Rahmen unserer europapolitischen Arbeit konnten wir in den vergangenen Jahren mehrere Projekte initiieren und stärken, die den europäischen Gedanken in Frankfurt erlebbar machen.

Mit dem Programm "Free Interrail" ermöglichen wir seit 2023 jährlich rund 200 jungen Frankfurter\*innen im Alter von 18 bis 21 Jahren, Europa mit dem Zug zu entdecken. Denn wer die geografische Distanz mit dem europäischen Ausland überwindet, realisiert schnell, wie nahe wir uns als Gemeinschaft eigentlich sind. Damit diesem Gedanken keine finanziellen Hürden im Weg stehen, ermöglichen wir, als kommunale Volksvertretung, einer hoffentlich immer größeren Zahl an Frankfurter\*innen diesen Austausch.

Was im Einzelnen funktioniert, funktioniert auch zwischen Städten. 2024 wurde die Gruppe unserer Partnerstädte um eine Solidaritätspartnerschaft mit der ukrainischen Stadt Lviv erweitert. Hiermit demonstrieren wir nicht nur die kommunale Verbundenheit mit der Ukraine, wir etablieren auch Verbindungen in ein krisengebeuteltes Land, das sich der EU annähern und letztendlich anschließen möchte. Der erste Antrittsbesuch durch eine Frankfurter Delegation, darunter auch zivilgesellschaftliche Initiativen, fand im Herbst 2024 statt. Bereits seit 2023 konnten, über die gemeinsame Partnerstadt Krakau, Hilfslieferungen in die Ukraine organisiert werden; ein Beispiel europäischer Kooperation, wie wir es uns wünschen.

Als Gründungsmitglied der europäischen Städte-Initiative "Eurocities", hat Frankfurt am Main schon 1986 den Wert eines kommunalen, europäischen Netzwerks erkannt und gefördert. Diese Bemühungen möchten wir fortführen und intensivieren. Frankfurt engagiert sich deshalb seit 2024 in der Eurocities Shadow Commission. Hier werden, gemeinsam

mit Vertreter\*innen anderer europäischer Städte, kommunale Perspektiven gegenüber der Europäischen Kommission eingebracht. Unser besonderer Fokus liegt dabei auf Jugendthemen.

2025 wurde Frankfurt als einziges deutsches Mitglied ins Executive Committee der "Eurocities" gewählt. Damit übernehmen wir eine Schlüsselrolle in der europäischen Städtepolitik. Wir vertreten nicht nur Frankfurts Interessen auf EU-Ebene, sondern gestalten Klimaschutz, sozialen Wohnungsbau, digitale Innovation und Demokratie aktiv europaweit mit. Diese Impulse der europäischen Ebene wollen wir durch eine breite Unterstützung und Zuarbeit in allen Dezernaten platzieren. Nur wenn die Idee von Europa auch wirklich überall berücksichtigt wird, kann die Europastadt Frankfurt davon bestmöglich profitieren.

Bei den "Eurocities" handelt es sich nicht nur um ein Verwaltungsthema. Frankfurts Bevölkerung und ihr Alltag sind genauso davon betroffen. Die Mehrheit, die in Frankfurt lebenden Ausländer\*innen, kommt aus Europa. Knapp über 80% unserer Gäste im Tourismusbereich kommen aus dem europäischen Ausland und durch seine geografische Lage und optimale Anbindung, durch den Bahnhofspunkt und Flughafen, ist der Einfluss nach und aus Europa in Frankfurt allgegenwärtig. Wir wünschen uns eine Intensivierung dieser Entwicklung und unterstützen sie durch z. B. unsere aktive Rolle im Netzwerk "Eurocities", unsere Kooperationen mit unseren 10 europäischen und 8 internationalen Partnerstädten, sowie der Ansiedlung großer, wichtiger europäischer Institutionen, wie der EZB, EIOPA oder der AMLA. Wir profitieren vom internationalen Flughafen, freiem Handel und sind der Motor für Europas Finanzwirtschaft. Ein Frankfurt ohne Europa und ein Europa ohne Frankfurt sind undenkbar. Die Stadt hat in

der vergangenen Legislaturperiode weitere wichtige Schritte hin zu einem europäischen Zentrum gemacht. Volt will diesen Weg fortführen und Frankfurt zu einer der lebenswertesten Städte im Herzen Europas gestalten. Wir wollen deshalb Austauschprogramme ausbauen und um eine Förderung von Vorhaben die klassische Schüler\*innen- und Studierenden-Austausche durch digitale Formate ergänzen. Zusätzlich wollen wir die Einführung von Europäischen Begegnungswochen, um verschiedene Schülergruppen Europas in Frankfurt zusammenzubringen, gemeinsame Projekte zu ermöglichen und so interkulturelles Lernen, Perspektivwechsel und internationale Freundschaften zu fördern.

Wir setzen uns für die Anfertigung eines jährlichen Europaberichts der Stadt ein, in dem alle bezogenen Fördergelder, Stellungnahmen und Aktivitäten im Zusammenhang mit der EU aufgelistet werden. Volt möchte den Bürger\*innen die europäischen Vor- und Nachteile transparent machen und zeigen, welchen Einfluss die EU bis nach Frankfurt hat – und umgekehrt. Doch Europa sehen und lesen ist nicht das gleiche, wie Europa zu leben.

Dafür möchten wir das Europa-Fest am Römer, zum 30-jährigen Jubiläum Europastadt Frankfurt 2028, deutlich ausbauen. Es bietet bereits heute ein spürbares Europa-Gefühl mitten in Frankfurt. Es macht offene Grenzen und europäische Errungenschaften und Werte sichtbar, stärkt den Zusammenhalt und bietet Bühne für Musik, Kultur und vor allem Begegnung. Es soll zukünftig ein jährlicher Höhepunkt der europäischen Identität unserer Stadt werden und uns stärker mit unserer europäischen Nachbarschaft verbinden.



# Weltstadt

Unsere Stadt ist auch über die europäischen Grenzen hinaus stark vernetzt. Wir sind Finanzzentrum, wichtiger Wirtschaftsstandort für global agierende Industrien, haben eine renommierte Wissenschaft und sind ein wichtiges Drehkreuz in der Logistik durch den Flughafen und den Internetknotenpunkt. Diese internationale Verbundenheit möchten wir erhalten und fördern.

Das "Frankfurt Immigration Office" und das "Welcome and Information Center" sollen ausgebaut und modernisiert werden. Die Prozesse sollen verkürzt und vereinfacht werden, so dass weder die Mitarbeitenden überlastet, noch die Besucher\*innen unnötig lange warten müssen. Wir möchten den Standort Frankfurt am Main für Expats attraktiver machen und im globalen Vergleich mit konkurrierenden Städten aufschließen. Wir wollen die Integration von Newcomern und Expats verbessern und den Austausch miteinander und mit der Bevölkerung fördern.

**> s. Newcomer und Expats**

Auch im Bereich der Partnerstädte möchten wir unsere Verbindungen ins Ausland erweitern. Die Städtepartnerschaft mit Lviv in der Ukraine ist ein starkes Zeichen der Werte und Solidarität Frankfurts. Wir wollen diese Tradition fortführen und machen uns für eine Städtepartnerschaft mit Kobanê in Syrien und Taipeh in Taiwan stark. Wir werden die entsprechenden Städtefreundschaftsvereine dabei unterstützen, zudem unterstützen wir das Ziel einer Städtepartnerschaft mit einer Stadt in Subsahara-Afrika.

Um das volle Potential der bisher bestehenden 18 Partnerstädte Frankfurts zu entfalten, wollen wir, dass die Stadt Frankfurt eine Strategie entwickelt, in der die Prioritäten in den Bereichen Gesellschaft, Politik und Wirtschaft festgelegt und auf regelmäßiger Basis (1-3 Jahre) überprüft werden. Wir möchten unsere Bemühungen und deren Resultate für die Bürger\*innen aller beteiligter

Städte spürbar machen und können uns mit Prioritäten deutlicher positionieren. Diese Kernbereiche der Zusammenarbeit mit den Partnerstädten sollen gefördert werden.

Einen Teil der internationalen Attraktivität Frankfurts macht aber auch seine Einbindung in die Rhein-Main-Metropolregion aus. Davon profitieren alle anliegenden Gemeinden, benachbarte Großstädte wie Offenbach, Darmstadt sowie die Landeshauptstadt Hessens, Wiesbaden, oder die Landeshauptstadt von Rheinland Pfalz, Mainz. Gemeinsam bilden wir eine Region von knapp 6 Millionen Einwohner\*innen. Wir wollen die Zusammenarbeit mit unseren Nachbargemeinden ausbauen, um eine starke europäische Rhein-Main-Metropolregion auf einer globalen Bühne zu ermöglichen.

Foto von Leonhard Niedervimmer auf Unsplash



# Volt

Frankfurt am Main

## **Disclaimer**

Dieses Dokument wurde in Übereinstimmung mit den internen Richtlinien von Volt zur Verwendung generativer KI erstellt.

## **Impressum**

Volt Deutschland Landesverband Hessen  
Altenhöferallee 17  
60438 Frankfurt am Main

[vorstand@volthessen.org](mailto:vorstand@volthessen.org)  
[presse@voltfrankfurt.org](mailto:presse@voltfrankfurt.org)

[www.volthessen.org](http://www.volthessen.org)  
[www.voltfrankfurt.org](http://www.voltfrankfurt.org)